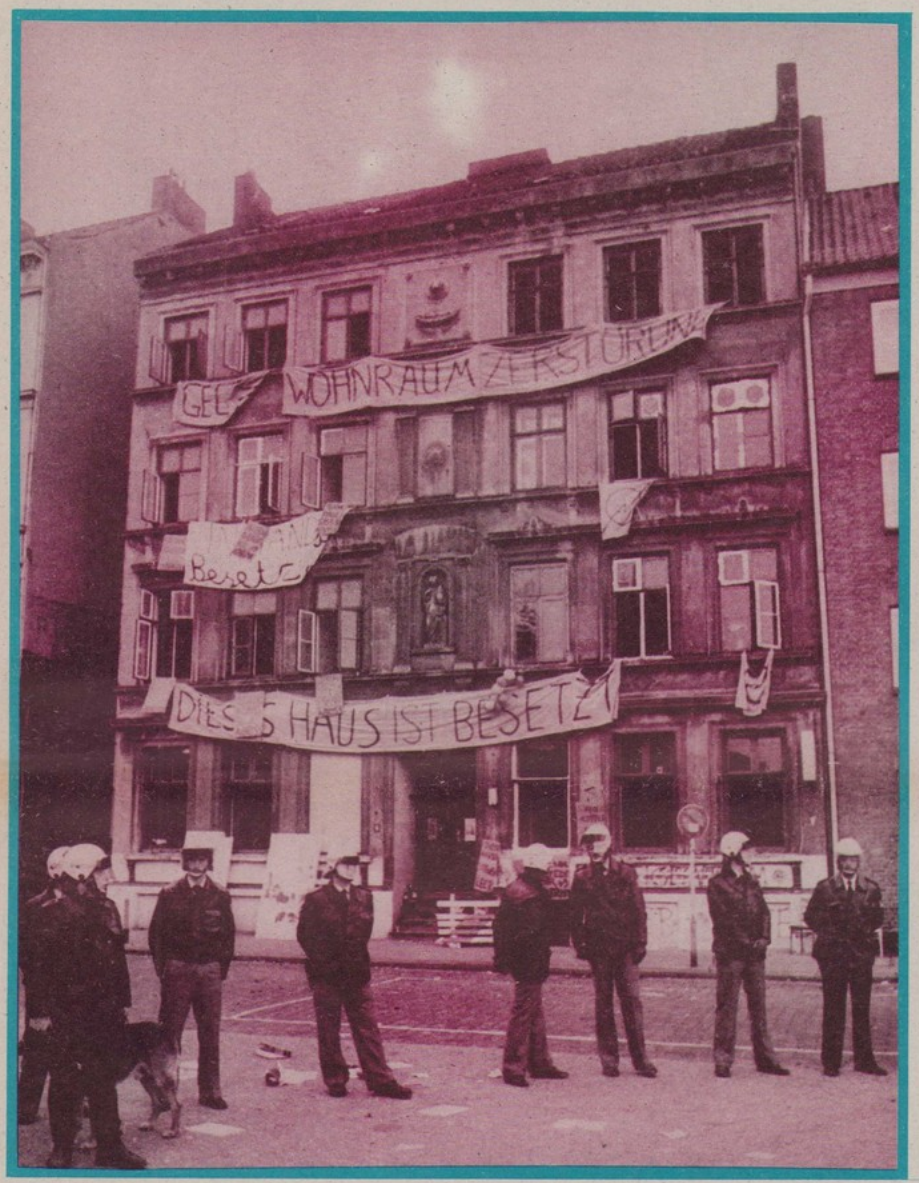
040-3902875
Mo&Do 17⁰⁰-22⁰⁰
OKT. 80
NR. 38
TILMILLENDEN-ECKE

grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG
Preis 2,– DM



HAUSBETZUNG:

MORGENS

RENOVIERT

ABENDS

DEMOLIERT

abends vor dem Haus Hospitalstraße 6 :
Bullen schützen die Zerstörung durch den SAGA-Bautrupp

HALT HIER LANGSAM ARBEITEN

Bei der "Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft" HHLA steht seit langer Zeit die Einführung der 'ständigen dritten Schicht' an. Das bedeutet einen festen Schichtplan rund um die Uhr incl. Wochenende, in dem u.a. in regelmäßigem Turnus eine Woche durchgehend Nachtschicht gearbeitet werden muß.

Üblich ist bei der HHLA einmal Nachtschicht pro Woche als Pflicht. Bei Bedarf werden zusätzliche Nachtschichten und zweite Schichten durch freiwillige Mehrarbeit abgedeckt.

Gegen die Einführung von Schichtplänen haben sich aufgrund der zugespitzten Lage die Arbeiter des Containerterminals am Burchardkai mit der Verweigerung jeglicher übertariflichen Mehrarbeit gewehrt.

Wir haben mit zwei Mitgliedern der linken Betriebsgruppe 'Alternative' (Jörg, Betriebsratsmitglied; Rolf, Vertrauensmann) ein Interview gemacht, in dem es um Auswirkungen bei der Einführung neuer Technologien im Hafen geht, um den konkreten Konflikt um die Nachtarbeit und um Möglichkeiten und Probleme von linker Betriebsarbeit.

Seite 19/20

INHALT

Hausmitteilungen 2
Stadtnachrichten 3
Schülerzeitungsverbot 4
Behinderte(n)-Wohnungssuche 4
Instandbesetzung in Hamburg 5
Kraaken in Amsterdam 6
ein Gedicht aus Zürich 6
NATO 7
Strauß-Demo 8/9
Punk 10
Beilage 'Im Namen des Volkes 11-14
Polen / Bolivien 15
ökologische Briefe 16/17
Gift wohin man blickt 18
Hafen / HHLA 19/20
Vergewaltigungsprozeß 21
Über Gailers Traumfrau 22/23
Kleinanzeigen / Termine 24

DIE FREIHEIT IST

HAUSMITTEILUNG

Leider auch die "grosse" nicht. Stapel ungelegter Zeitungen der letzten Nummer liegen hier rum, und während du dies liest, werde ich hier stehen und die restlichen Blätter dieser Ausgabe sammeln, knicken und stapeln.....

Die verkaufte Auflage fällt!
Die "freiheit" geht pleite!
Es fehlt an Unterstützung in jeder Hinsicht!
Der anlaufende Prozeß macht uns (wem? euch!) den Garaus!
Wir haben keine Lust mehr!
Das ist Panikmache!

Nein, ist es eben nicht. Im folgenden ein kurzer Abriß unseres Zeitungsalltags:
Der unbezahlte Bürodienst (z.Zt. Mo u. Do 17 -22 Uhr und oft auch zwischendurch) sitzt hier rum und wartet auf eure Anrufe, bearbeitet die Post, eingehende Artikel, Kleinanzeigen, Abos usw. leiert Artikel an, schreit Leuten (durchs Telefon oder ganz hautnah) ins Ohr, Artikel zu schreiben, bla, bla . . .
Ein Archiv wartet immer noch auf seine Einrichtung, immerhin sind schon die ca. 25 Austauschabos mit den "Alternativ"-Zeitungen anderer Städte geordnet und stehen euch zur Verfügung. . .
Das ganze wird hauptsächlich von 2 Leuten gemacht!

Viel Freiheit

ABONNIERT die GROSSE FREIHEIT

So kriegen wir das volle Geld (ohne Rabatte) und ihr die Zeitung immer als erste ins Haus.
Ihr könnt auch Geschenkabos oder Knastabos (z.B. kriegen 30 Knackis die gf umsonst) übernehmen.
25,- DM überweisen mit deutlichem Absender auf:
für 10 Nummern
PSchA Hmb. Kto.Nr. 432377-208, m.jacob

NOCH NICHT

fürs Geld.

Spendenkonto für unseren Prozeß:
PSchA Hmb, Kto.Nr. 439219-201 (m. jacob)
wir brauchen massig Geld.
Wenn was übrigbleibt geht's an andere Prozesse!

Freiheit

UNSERE NEUESTE ERRUNGENSCHAFT

der gf - Info - Dienst

"Ab sofort, gibt es den Grosse Freiheit Info-Dienst. Dieses Blatt soll schnell und kurzfristig, in Hamburg, Informationen an die Leute bringen. Denn Informationen, d.h. Wissen, und Wissen ist "Macht".

Macht im Sinne von Macht gegen den Staat, gegen die Herrschenden, Macht, für uns, etwas unternehmen zu können .....

Die 'Grosse Freiheit' erscheint sehr unaktuell. Das liegt vor Allem an der langen Satz-, Lay-out- und Druckdauer. Dagegen soll dieses Blatt kurz getippt und zusammengeklebt, schnell gedruckt und schnell unter die Leute gebracht werden.

Wie wir uns das vorstellen:

Ihr lasst uns Eure Infos zukommen, per Postkarte, persönlich, per Telefon (Mo. und Do. 17 - 22 Uhr, manchmal auch zwischendurch).

Was Infos sind, entscheidet Ihr: über, von und zu Demos, Veranstaltungen, Prozesse, sonstige Treffen oder auch ein guter Fernsehfilm .....

Sind genügend oder sehr wichtige Infos da, wird getippt, geklebt und gedruckt. Dabei könnt Ihr ruhig mitmachen. Das Blatt wird vertrieben, d.h. es kommt zu allen möglichen 'Multiplikatoren', eben wo viele Leute hinkommen wie Buchläden, Kneipen, sonstige Zentren.

Nennt uns solche Stellen und verteilt selber mit (Abholtermin telefonisch erfragen).

Zur Finanzierung: Alle, die den Info-Dienst wichtig finden, spenden etwas. An die Verteiler/innen oder auf unser Konto.

Längere Artikel, Hintergrundberichte, Ein- und Widersprüche können in der jeweils nächsten 'gf' abgedruckt werden. Schickt uns Artikel ! Sagt uns, was Ihr von dem Ganzen haltet ! Der Info-Dienst ist immer so groß wie nötig."

(Anm. ID: Gute IDee, wäre vielleicht auch in anderen Orten machbar, Herr/Frau Nachbar! Gruß von M. an M.)

Kontakt: grosse freiheit / Nernstweg 32 - 34 / 2 000 Hamburg 50 / Tel.: 040 / 3 90 28 75
Kto.Nr.: 43 23 77 - 208 / PSchA Hamburg (M. Jacob)

Vertreibt ihn, schreibt uns eure Meinung

Dann Mo und Do die sogen. Redaktionssitzungen. Montags kommen meistens mehr zusammen, so etwa 9 Leute (ich glaub, ich übertreibe), Überlegungen, wie es weiter gehen soll, kurze Besprechung, wer was macht für die nächste Nummer, eine Liste geht rum, kaum jemand trägt sich ein, denn: einer fährt demnächst in den Libanon, ein anderer nach Indien, ein dritter muß grad Geld verdienen, der vierte versteckt sich, der fünfte macht Examen, die sechste dreht einen Film, der siebte schweigt und die achte ist ratlos. . . Tja, und was bleibt den beiden Geplagten (nämlich uns, die wir dies schreiben), als nicht nur dies und das sondern auch noch jenes auf unsere breiten Schultern zu laden. . .?
Auf der anderen Seite gibt es die "Im Namen des Volkes"-Gruppe, die autonom ihre Sachen schreibt, layoutet und ihre Seite einzelnd vertreibt. Und ab nächsten Monat wird noch eine Gefangenengruppe kontinuierlich über den Knast berichten. Ein langer Blonder entwickelt sich zum Ökologieredakteur, doch zu "mehr" hat er kaum Zeit. . .
. . . und der Rest?
Anzeigen, Veranstaltungen, Adressen erfragen, sammeln, sortieren, Druckvorlagen in die Druckerei bringen, die Zeitungsseiten abholen (in einem großen Auto), dann legen, knicken, stapeln, Abos eintüten, verschicken, Briefmarken lecken, der Vertrieb an über 50 Läden, Zentren, Kneipen, Geld kassieren, quittieren, abends durch Kneipen latschen "Wollt ihr die "neue grosse freiheit?" . . .
Und die sonstige Verwaltungskacke? Wer macht die? Unbezahlt!?

sind wir die Sklaven der Bewegung? Welcher Bewegung?
kommt endlich in die Hufe!
WIR HABEN DIE SCHNAUZE VOLL!!
noch zwei Monate so weiter und wir machen den Laden dicht!

Die Bewegung kennt keine Wege, nur die vier Himmelsrichtungen, aus denen sie kommt und in die sie geht (seufz, stöhn. . . Scheiße!!!!)

AUSVERKAUFT.

à

ZU UNSEREN KOSTEN

Ausgaben mtl.		Einnahmen	
Büro	200 DM	Anzeigen	400 - 1000 DM
Tel. + Bürosachen	100 DM	sonstiges	150 DM
Druck	2500 DM	Vertrieb	ca. 2100 DM
Satz	1000 DM	(ca. 1400 x 1,50 DM, also ./. 25% Rabatt)	
Porto	150 DM		
	3950 DM		2650 - 3250 DM

la Karte.

bleibt eine Differenz von 700 - 1300 DM, die durch Handverkauf reinkommen muß: Also ohne Rabatt 350 - 650 Zeitungen.
Z.Zt. werden zwar bis zu 1000 abgeholt, doch abgerechnet werden höchstens 400 Stück.
Also, wir brauchen mehr Handverkauf, insbesondere in der ersten Zeit nach Erscheinen. Kommt zu Hauf! Nennt uns weitere Verkaufsstellen, Kioske, Läden, Zentren. Gerade auch in den "Randgebieten", Barmbek, Wandsbek, Bergedorf.

Freiheit für 15.975,- Mark.

LESERINNEN POST

Liebe Mitglieder der GF-Redaktion!

Nichts für Strauß! – Aber nicht so gegen Schmidt!
Zunächst mal vielen Dank für das Probeexemplar (Aug./Sept.). Ich muß Euch aber leider mitteilen, daß ich mit meiner Meinung nicht in die gleiche Richtung tendiere wie Ihr. Daher kommt ein Abo für mich leider (oder "Gott sei dank") nicht in Frage.

Besonders gestört haben mich Eure Artikel gegen Schmidt und die SPD. Ich bin weiß Gott kein SPD-Anhänger und genauso wenig verehre ich Schmidt, aber ich hatte gehofft, einigermaßen intelligente Menschen wüßten, wie sie sich zur Wehr setzen könnten. Mit der Aufstellung solch fadenscheiniger Argumente und Behauptungen bestimmt nicht! Wie wollt ihr Frieden und Freiheit schaffen, wenn Ihr durch direkte (personale) Gewalt versucht, die indirekte Gewalt (strukturelle Gewalt, durch Staat, Regierung etc.) zu bekämpfen? (nach "Galto", aus T.W. Beine, "Strukturelle Gewalt u. neue Weltwirtschaftsordnung").
Eure Form der Gegenwehr halte ich für reinsten Masochismus, da sie von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist.

Das selbe gilt u.a. für Euren Aufruf gegen das große Herbstmanöver.

Dem gegenüber findet man aber auch gute Artikel in Eurer Zeitung, z.B. "Fahrräder in die U-Bahn" oder "Remember 3 mile island". Ich habe allerdings eine Seite für Leserbriefe vermißt (oder hab' ich die übersehen?).

Ich wäre Euch dankbar, wenn Ihr mir noch andere Zeitungen von der Hamburger Szene nennen könntet, mit denen ich unter Umständen mehr anfangen könnte.

Im Sinne der Toleranz wünsche ich Euch für die Zukunft weiterhin vel Erfolg

Kai

So war das nicht gemeint!
–Fahrradklau –

Anti-Strauß-Demo Hamburg 25.8.:
Nach der Fahrraddemo stellte ich mich mit meinem Rad direkt an die Absperrung/Einlaß zur Ernst-Merck-Halle, am Holstenglacis. Du standest in meiner Nähe. Hast dir eine gedreht von mir & dich auf den Gepäckträger gesetzt, derweil ich auf dem Sattel saß. Klar, alles normal, alles okay.

Gegen 8 fragtest du mich, ob du mal kurz mit dem Rad wegfahren dürftest. – Ja, sagte ich, aber nicht lange!

Tja, und das war's dann. Das Rad hab ich nicht wiedergesehen. Hollandrad, und erst ein Jahr alt. Mit von der Partie war meine schöne selbstgesponnene & selbstgewebte Wolltasche mit diversem Inhalt: Luftpumpe, Stadtplan, Buch, Geld, alle möglichen Papiere: vom Personalausweis bis zum Karnickelschein (Bundesbahn-Billig-Fahrkarte), etc. etc.

Hör mal, du rothaarige Shit- und Grasliebhaberin mit dem Rest Henna-Erde im Haar (oder was immer das auch war!): so war das nicht gemeint,ey!

Meinst du, ich hab Lust, der HVV dauernd Geld in den Rachen zu schmeißen? Wenn du da keinen Bock drauf hast, ist das nicht mein Bier! Ich brauch das Rad jeden Tag, ey! Zur Arbeit, zum Einkaufen, zu Leuten. . .

Man, ich hab da schließlich malocht für! Wenn du 'n Rad brauchst, dann klau es dir gefälligst bei Karstadt (die haben auch sehr schöne!).

Wegen dem Personalausweis werd ich wohl Anzeige erstatten müssen, damit ich 'n neuen krieg. Na, die werden sich schieflachen, die Bullen, wenn die spitzkriegen, daß ich auf der Anti-Strauß-Demo von "unsereinem" beklaut worden bin!

Versichert bin ich natürlich auch nicht. Überhaupt, sagt sich da sicher so mancher, wie kann man auch nur so doof sein! An jemand Wildfremden sein Rad zu verleihen! Nun ja, ich war eben so doof/gutgläubig/naiv!

Mit sauren Grüßen
Gisela Graf, Sillemstr. 52
2 HH 19, Tel. 491 81 75

STATT NACHRICHTEN

WAHLKRAMPF ...

Schüler des Gymnasiums Kirchdorf schickten uns folgende Erklärung:

Wir sind Kirchdorfer Schüler aus der Krieterstraße. Unsere Gemeinschaftskunde-Leistungskurse wollten sich zur Bundestagswahl informieren und hatten dazu Kandidaten verschiedener konkurrierender Parteien eingeladen, um sie in einer Diskussion zu befragen.

Dies geschah im Einverständnis mit der Schulleitung, solange Ausgewogenheit gewährleistet ist, d.h. unbedingte Teilnahme der CDU.

Nachdem die F.D.P., die Grünen und die DKP zugesagt hatten und auch die SPD jemanden schicken wollte, war nur die CDU noch offen. Schließlich stellte Carl Damm (MdB, CDU) folgende Bedingung für seine Zusage:

Die DKP muß wieder ausgeladen werden! mit der Begründung: Für die CDU ist die DKP verfassungsfeindlich!

Wir sind zwar keine Anhänger der DKP, aber pochen auf unser Recht der freien Willensbildung; und dazu müssen auch Minderheiten gehört werden!

Das läßt die Wahlkampfpraxis der CDU in diesem Fall nicht zu, daher die Bitte von uns, solches Wahlkampfverhalten zu unterlassen, da wir dies UNDEMOKRATISCH finden.

GG, Art. 5, §1: Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und

zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

GG, Art. 9, §2: Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
Aber die DKP ist nicht verboten!

S III, LK Gem
Gymnasium Kirchdorf,
Krieterstr. 5, 2102 Hamburg 93

! UNS STINKT'S !

Seit Jahren schon wird in Ottensen vom Senat saniert. Sanieren heißt auf deutsch 'gesunden'. Wie sieht das aus:

Es werden Wohnungen modernisiert und die Mieten steigen im Schnitt um 20-30%. Folge: Vertreibung der Leute. Wer kam? Leute mit Kohle, jung und dynamisch, auch kritisch, aber sie zahlen jede Miete.

Es wurde eine Fußgängerzone eingerichtet und die Pacht stieg in einem Umfang, der viele alte Geschäfte zwang dichtzumachen. Beispiele gibt es sowohl in der Bahrenfelder Straße wie auch in der Ottenser Hauptstr. genug. So hat Bertelsmann das Bekleidungsgeschäft Reinhold vertrieben, das in der Heluftchaussee in Eppendorf (!) billiger mieten konnte.

Das schicke Image vom Einkaufszentrum mit Bänken, Bäumen und alten Laternen lockt Boutiquen an wie das Licht die Motten. Sie versprechen sich hier die schnelle Mark. Mit unverschämten Preisen s schielen sie auf die Brieftaschen der Othmarscher und Blankeneser Schickeria. Damit wird Ottensen zum zweiten Pöseldorf, für uns zu teuer!

Sanierung heißt also: Es stoßen sich einige Leute gesund, und zwar auf unsere Kosten. Unsere Geduld ist am Ende!

Wir wollen in Ottensen wohnen bleiben und nicht in einem zweiten Pöseldorf.

Jetzt sanieren wir!

Leider zeigten sich zwei Boutiquen und Bertelsmann nicht einsichtig. Sie kamen unserer schriftlichen Aufforderung, ihre Läden dichtzumachen, die wir auf ihre Scheiben gesprüht hatten, nicht nach. Deshalb haben wir noch etwas nachgeholfen und ihnen unseren Unmut deutlicher gezeigt. Dabei sind etliche Schaufensterscheiben zu Bruch gegangen.

Leute, beteiligt euch an der Sanierung Ottensens!
Seht euch im Stadtteil um,
Zeigt Phantasie,
Werdet aktiv!
Es gibt viel zu tun, packen wir's an!

SPZ Nachrichten SPZ

Bis heute verweigert die Uni den Lehrbeauftragten die Lehrtätigkeit auch für das Wintersemester 1980/81. Im Universitätsvorleseungsverzeichnis sind nur die Lehrveranstaltungen der drei Hauptamtlichen aufgeführt.

Deswegen wird es Anfang Oktober wieder Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht geben.Nach den Erfahrungen im letzten Semester wird dann die Uni wieder gezwungen, die alten Lehrbeauftragten zu übernehmen.

Wichtig für Leute, die SPZ weiter studieren oder anfangen wollen: Mitte Oktober zu Vorlesungsbeginn am SPZ, in der Sedanstr. 19, die Ankündigungen lesen. Zahlreich an den Veranstaltungen der Lehrbeauftragten teilnehmen. Sich nicht durch die Destruktionspolitik der Universitätsleitung entmutigen lassen. Eine große Zahl aktiver Studenten wird den Untergang des Instituts verhindern können!

Der erste Prozeß ('Pilotverfahren') eines Lehrbeauftragten auf Einstellung findet am 24.10. um 13.30 Uhr am Landesarbeitsgericht, Altonaer Bahnhofsplatz 5, 11. Stock, Saal 1106 statt.

HOPI bedeutet: FRIEDLICHE MENSCHEN

'HOPI' bedeutet 'friedliche Menschen', – alle Menschen, die lernen, mit sich und der Natur, der Erdmutter, in Frieden und Harmonie zu leben, sind HOPI. Hopi-Land liegt im Südwesten der USA, im Staat Arizona. Die Hopi sind eine unabhängige souveräne Nation, die niemals einen Vertrag mit der Regierung der Vereinigten Staaten unterzeichnet hat – die Hopi haben seit Hunderten von Jahren ihre eigene Regierungsform gelebt. . .
"Wir leben eine spirituell ausgerichtete Lebensweise in der traditionellen Form der Hopi, die uns von Massau'u, dem Großen Geist, gegeben wurde."

Traditionell, spirituell ausgerichtete Lebensweise heißt, in Harmonie mit der Erde, mit all ihren Kindern – Menschen, Tieren, Pflanzen – zu leben, sich selbst als integriertes Teil der Natur zu begreifen und – zu verhalten. Der Kreis des Lebens, der alle Dinge zu einer harmonischen Einheit umschließt, muß geschlossen bleiben. Durch ihren geistigen Glauben wissen die Hopi, daß Gier, Umweltverschmutzung und mangelndes Verstehen der Natur dabei sind, Mutter Erde zu zerstören. Die Hopi und all ihre eingeborenen Brüder und Schwestern haben seit eh und je dafür gekämpft, das Gleichgewicht der kosmischen Kräfte zu erhalten. Den Hopi ist das Land heilig. Land ist die Grundlage der Hopi und allen Lebens.

Dieses Land ist in zunehmendem Maße gefährdet: seit Jahren wird dem Gebiet der Hopi Wasser entzogen, um pulverisierte Kohle in riesigen Pipelines über Land zu befördern. Die Folge: der Grundwasserspiegel ist erheblich gestört, die Gila, eine Sandwüste, breitet sich unaufhaltsam aus, und somit wird die Lebensgrundlage von etwa 8000 Hopi und 25.000 Navajos völlig zerstört.

Nun wurde vor kurzem innerhalb des Hopi-Gebiets ein weiteres Kohle-, Öl- und Uranvorkommen entdeckt. Der US-Senat bemüht sich um den Ankauf dieses wertvollen Landes für 5 Mill. Dollar; tatsächlicher Wert, nach oberflächlichen Schätzungen: 25 Milliarden! Verhandelt wird mit dem "Stammesrat", der von der Regierung eingesetzt und bezahlt wird von den traditionellen Hopi jedoch keine Anerkennung findet. Dieser Stammesrat hat seine Zustimmung zum Verkauf bereits gegeben, ohne vorher die Einwilligung der dort ansässigen Familien einzuholen. Es bedarf nur noch der Unterschrift von Pr. Carter, um den Ankauf rechtsgültig zu machen, un um somit die Existenzgrundlage eines weiteren indianischen Volkes zu vernichten.

Wir, die es leid sind, einen einseitig negativen Kampf gegen Kernkraftwerke, umweltzerstörende Großindustrie, alles Symptome und Werkzeuge eines natur- und menschenfeindlichen Kapitalismus, zu führen, die sich nach einem klaren, positiven Konzept des 'danach' und 'wofür' sehnen, nahmen (...) die Botschaft der Hopi dankbar an.

"Die jungen Weißen brauchen die 'ursprünglichen Amerikaner', nur um sich zu erinnern, wer sie selber wirklich sind, damit sie vielleicht versuchen können, ihren eigenen Leuten beizubringen, ein natürliches Leben in ihrem Land zu führen." (G. High Pine)

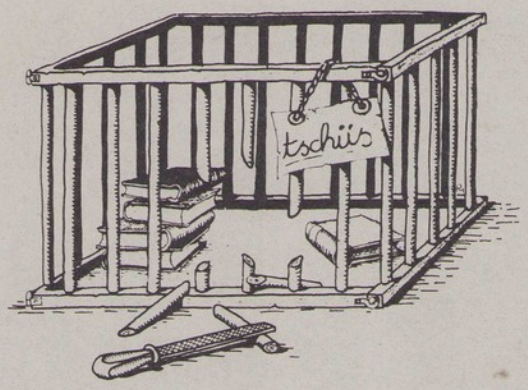
(...) Der Kampf der Hopi ist auch unser Kampf. Uran aus Hopi-Land kann auch jederzeit 'unsere' Kernkraftwerke nähren. Die feindliche Front umweltzerstörender, menschenfeindlicher Mächte kennt keine Landesgrenzen – unsere Hilfe, unsere Solidarität, unser gemeinsamer lustvoller Kampf darf davor auch nicht haltmachen. Schließen wir gemeinsam und stark den Kries des Lebens!
(aus: Rundbrief: Indianer heute, 27)

Fotografien von den HOPI der kanadischen Fotografin Uli Steltzen, zusätzlich wahrscheinlich noch einige Aufnahmen der Navaho, Zuni und Pueblo sind vom Freitag, 3.10. bis zum 15.11.80, jeweils von Dienstag bis Samstag von 15-18.30 Uhr im MORGENLAND (Sillemstr. 79, HH19, U-Bh. Lutterothstr.) in einer vielleicht letzten Ausstellung dort zu sehen. Einzelne Veranstaltungen werden extra angekündigt.

ER

BIERSTUBE
BIERGARTEN

Beim Schlump 33/Ecke Bundesstr.
9 Uhr früh bis 4 Uhr morgens
Frühstück, Käshe, Musik, Zeitungen



Schülerzeitungsverbot:

Wann ist Sexualität zu offen behandelt?

"Mit 16 habe ich in den Sommerferien mit einem 21jährigen Jungen das erste mal geschlafen. ... Er hat mir dabei die ganze Zeit den Kitzler gestreichelt, während ich mich gegen seinen Schwanz gedrückt habe bis wir ganz warm ineinandergeglitscht waren."

Das war der Schulleitung der Heinricht-Hertz-Schule (in Hamburg) dann wohl zu drastisch. 4 Tage nachdem unsere Schülerzeitung, die Herta-Welle, rausgekommen war, war sie auch schon wieder verboten.

Was gewesen war: Wir wollten Sexualität zur Sprache bringen, Sexualität von uns Schülern. Wir wollten es wegen der verkrampften Atmosphäre, in der wir gerade auch in der Schule leben. Wir wollten es, weil Sexualität immer noch viel zu wenig Thema ist, und wenn, so doch Zeitschriften wir 'Bravo' überlassen wird! Wir wollten Diskussion in die Schule reintragen, wir wollten eben nicht den antiseptischen Bravosex bringen, der sich nur in geschmackvollen Andeutungen verliert und alles weitergehende pervertiert. Wir wollten ja zur Entkrampfung beitragen!

Doch die Institution reagierte sofort:

Der Schulleiter, Dieter Baumann, verbot diese Ausgabe der Hertz-Welle, wobei er sich durch die Rechtsabteilung der Schulbehörde absicherte, weil er die Verantwortung scheute. Die Rechtsabteilung segnete ab.

Von Verletzung von Persönlichkeitsrechten und Jugendschutzbestimmungen ist da die Rede und davon, daß die Erfahrungsberichte der Schüler "offensichtlich dazu geeignet" seien, "Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden".

Für den Fall, daß die Zeitung außerhalb der Schule verbreitet würde, wies Herr Baumann darauf hin, daß die Zeitung wegen Verstoßes gegen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften auch außerhalb des Schulgeländes nicht verteilt werden dürfe, da man "dem Risiko strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt sei". Damit wird das Ergebnis einer eventuellen Gerichtsverhandlung vorweggenommen!

Beim NDR-Interview erfuhren wir dann, daß sie sich vor allen Dingen an folgendem Aufruf hochzogen:

"Das alles reizt nur dazu, zu sagen: schmust massenhaft auf Klassenfahrten, auf Fluren, im Treppenhaus, werft euch in die Büsche im Stadtpark und versucht, dem verdammten Schulalltag dadurch ein bißchen zu entfliehen, durchbrecht auf Klassenreisen die Schranken und laßt euch nicht einschüchtern."

Für Herrn Franke von der Rechtsabteilung ist dies unzumutbar: es gebe schließlich gewisse Tabus, an die man sich schließlich auch zu halten habe.

Nur, daß dieser Aufruf nicht das einzige war!

Sondern (und das haben die behördlichen Jugenschützer überhaupt nicht begriffen), da ist die Rede von Ängsten und Hemmungen, von Komplexen, die man seine ganze Entwicklung über, auch und gerade von den Frankes, eingeimpft bekommen hat, und von der Sehnsucht, lieb zu haben und Zärtlichkeit zu empfinden. Mal über Sexualität nachzudenken ohne diesen Überbau von offizieller Moral und Leistungsdruck, das war unser Ziel!

Doch wir lassen uns nicht einschüchtern, eine Fortsetzung wird folgen!

Schlußzitat von einem Bericht:

"Wenn man klein ist, hat man keine Sexualität, wenn man sie endlich hat, haben Zeitung-Moral-Eltern–Erziehung so viele Hemmungen und Ekelgefühle in dich und fast alle anderen reingepackt, daß es schon fast an Wunder grenzt, wenn mann/frau es doch noch bringt, sich auch nur anzufassen."

Claudia O. + Peer Voß

für Euch: viele warme Schmuser...

Die Maus hat rote Strümpfe an, damit sie besser lesen kann.
NAUTILUS Buchhandlung
Bahrenfelder Str. 68
2000 Hamburg 50
Tel. 040/395176

„Der Krüppel, solcher gehört in eine Anstalt" – DAS WILL ICH NICHT!

Ein Jahr lebe ich nun in Hamburg, schön weit draußen im Neubaughetto Neuwiedenthal in einer Institution für Behinderte, da ich im Rollstuhl sitze und auf die Hilfe von Menschen z.B. beim Aufstehen, Anziehen, Toilette angewiesen bin. Direkt gegenüber von unserem Haus ist die nächste Randgruppe der Gesellschaft untergebracht – die Alten. Beide sind Randgruppen im wahrsten Sinne des Wortes, nämlich an den äußersten Stadtrand gedrängt.

Ich befinde mich mittlerweile in der vierten Sondereinrichtung für Behinderte. Seit einem Jahr bin ich gezwungen, in der Institution zu wohnen, weil meine Versuche, eine Wohnung zu finden, alle gescheitert sind.

Das ist übrigens nicht verwunderlich, wenn ich mir die fragwürdige Bedarfsermittlung der Behörde anschaue. In Hamburg besteht bisher ein Angebot von 220 behindertengerechten Wohnungen und mindestens 1000 würden gebraucht. Bei der Wohnungssuche muß ich also von vornherein Abstriche machen, denn die Wartezeiten für behindertengerechte Wohnungen betragen Jahre, was einfach eine riesen Unverschämtheit ist. Solange kann und will ich nicht warten.

Die Ansprüche, die Petra, die Frau, mit der ich zusammenleben will, und ich an die Wohnung stellen, sind:

1. Sie sollte sich in Uninähe befinden,
2. Es müßte eine Wohnung im Erdgeschoß sein mit höchstens zwei Stufen am Eingang, bzw. eine, die mit Aufzug erreichbar ist,
3. Wir brauchen 2 1/2 - 3 Zimmer.

nernstweg 32 · 390 32 77

Ich möchte so normal leben wie andere auch, aber unser angeblich soziales System gibt mir dazu keine Möglichkeit. Ich möchte hier nur kurz einige institutionelle Bedingungen aufzeigen, unter denen ich und mit mir viele andere Behinderte, die in Heime abgeschoben werden, leben müssen.

Meine finanzielle Situation will ich als Beispiel nehmen. Ich muß mit 85,- DM Taschengeld und 20,- für Lernmittel monatlich auskommen. Für ein Mittagessen erhalten wir 1,24 DM.

Ich studiere und bekomme Bafög, muß aber mein gesamtes Bafög an einen überörtlichen Träger für Sozialhilfe abgeben, weil der für die entstehenden Kosten in der Institution aufkommt. Indem ich mein Bafög abgeben muß, finanziere ich also meine Pflegekosten mit für meine angebliche Eingliederung, obwohl ich die Unterbringung von Behinderten in Institutionen nicht als Eingliederung betrachte und es somit ablehne, irgendwo weit abgelegen untergebracht und versorgt zu werden.

Das Elend wird heute zwar am Leben gelassen, aber teuer darf es nicht sein, denn es ist für das Kapital ja nicht so optimal zu verbrauchen.

Die Wohnungssuche nervt Petra und mich total. Bei allen Versuchen, die wir starten, habe ich mittlerweile das Gefühl, daß alles sowieso keinen Sinn hat. Der Kampfgeist geht mir langsam verloren. Wir sind bei mehreren Wohnungsämtern und beim Amt für Wohnungswesen gemeldet, bekommen aber von der Behörde immer die Auskunft, daß sie solch eine Wohnung, die unseren Bedürfnissen entspricht, nicht anbieten können. Wir werden immer wieder an ein anderes Wohnungsamt abgeschoben. Wir sind von behördlicher Seite als Wohnungsnotfall anerkannt, das nützt uns aber gar nichts.

Die Behörden sind überhaupt sehr wenig darauf eingestellt, daß Behinderte außerhalb von Heimen leben wollen. Sie sind nicht in der Lage, sich auf die spezielle Situation bei der Wohnungssuche von Behinderten einzustellen. So haben wir z.B. nicht die Möglichkeit, uns bei mehreren Wohnungsämtern gleichzeitig als Wohnungssuchende zu melden, obwohl die dringende Notwendigkeit dazu bestehen würde. Es gibt ja nur sehr wenige mit dem Rollstuhl erreichbare Wohnungen. Da aber nur eine Akte von uns beim Wohnungsamt existiert, ist die Logik der Behörde so, daß sich diese auch nur bei einem Amt befindet. Wir erfahren kein Entgegenkommen. Wir müssen deshalb auf dem freien Wohnungsmarkt über die Zeitung suchen und sind auch dabei benachteiligt, weil die Zeitung in Neuwiedenthal erst Stunden später erscheint als in der Stadt.

Die Anzeige, die wir selbst in die Zeitung gesetzt haben, brachte uns auch nicht weiter. Wir hatten schon einige Male Hoffnung, endlich eine Wohnung zu haben, die unseren Bedürfnissen entsprach. Doch da stießen wir wieder auf die Vorurteile, die viele Vermieter gegenüber WGs haben, und Behinderte möchte man auch nicht so gern im Haus haben. Das könnte unter anderem zusätzliche architektonische Veränderungen am Haus, wie z.B., daß eine Rampe gebaut werden müßte, bedeuten. Außerdem müßten die anderen Mieter meinen Anblick ertragen, was ja eine erhebliche Belastung sein kann, wenn ich an das Frankfurter Urteil denke. Da klagte eine Rentnerin gegen ihren Reiseveranstalter, daß ihr Urlaubsgenuß erheblich gemindert wurde, weil sich in ihrem Hotel eine Gruppe von Behinderten befand. (56 % der Bevölkerung lehnen eine Hausgemeinschaft mit Behinderten ab, 63 % möchten Behinderte in Heime verbannen).

Auch über Aushänge in der Uni und in Läden haben Petra und ich uns erfolglos um eine Wohnung bemüht. Ich habe mich mit Maklern und Versicherungen in Verbindung gesetzt, auch alles ohne Erfolg.

Wir denken, das einzige, was jetzt noch helfen kann, ist, unser Problem öffentlich zu machen. Sicherlich suchen sehr viele Menschen eine Wohnung und alle stoßen dabei auf erhebliche Schwierigkeiten. Ich denke aber, daß Behinderte da sehr viel mehr Schwierigkeiten haben und eine größere Unterstützung brauchen.

Mit der Bitte wende ich mich an Euch, mich anzurufen, wenn ihr wißt, daß eine für uns geeignete Wohnung frei wird.

Bettina
Tel. 796 40 41

PROZESSE · PROZESSE · PROZESSE · PROZESSE ..

Liebe Freunde/innen!

Eine Reihe von Antifaschistien/innen und Genossen/innen sind seit einiger Zeit mit einer von den Institutionen befaß, mit denen mensch nicht gerne zu tun hat – der Justiz, auch Klassenjustiz genannt.

Bisher sieht das so aus, daß die Leute, die angeklagt sind, alleine dastehen, das heißt, es wird dem Staat leichtgemacht, Antifaschisten/innen und Genossen/innen zu verknacken.

Die Erfahrungen der letzten Prozesse sind

- Es gibt keine gemeinsam organisierte Öffentlichkeitsarbeit in Hamburg. Jeder Gruppe verteidigt ihre eigenen Miglieder. Die Arbeit der Gruppe ist dann oft lahmgelegt.
- Die Kassen der Gruppen und Organisationen sind leer.
- Es fehlt eine Auseinandersetzung um die Funktion politischer Prozesse und den Begriff der Solidarität.

In der augenblicklichen Situation ist das besonders nachteilig, da eine Riesenprozeßwelle auf die Hamburger Linke zukommt. Insgesamt über 70 Verfahren. Die Verfahren stammen aus verschiedenen Aktionen, Demonstrationen, Besetzungen, Flugblättern der letzten 2 Jahre.

- Katharinenkrichenstörung (Freiheit für Werner Hoppe)
- Stammheimflugblatt – 90a
- Amerikahaus-Dach-Besteigung – 129a
- Antifaschistische Türkendemo und Türkei-Hilfe
- Bremen Demonstration
- Große Freiheit – u.a. 90a
- Anti-Strauß-Demo
- Kirchturmbesetzung St. Georg
- Punkerprozesse
- Antiimperialistische Woche
- Kleben des Olaf-Plakats

Die meisten Verfahren stehen im Ermittlungsstadium. Es ist aber in allen Komplexen mit Anklagen zu rechnen. Im Falle der Katharinenkirchenstörung ist in 11 Fällen Anklage erfolgt. Der Stammheimflugblattprozeß ist in der nächsten Instanz.

Um gemeinsam zu diskutieren, wie wir hier und bei weiteren Prozessen eine Unterstützungsarbeit leisten können, treffen wir uns

DONNERSTAG 9.10.80 im NERNSTWEG um 20 UHR !

Juni 1980 – Sätze aus einem Kulturkampf

Ob, was die jungen Leute treiben, als Kultur zu betrachten sei, möchte unser Stadtpräsident offen lassen.

Weil das offen ist, bleiben die Jugendhäuser geschlossen.

Weil die Jugendhäuser geschlossen sind, sind die Jugendlichen zu und gehen auf die Strasse.

Dem Druck der Strasse weichen wir nicht.

Die Betrachter wollten nicht wissen, warum die Jugend so still war. Jetzt wüssten sie gern, warum sie so laut ist.

Vor zehn Jahren bat mich der Stadtrat in corpore zu einem Hearing über die Jugend, aber Herr Burkhart selig unterbrach mich scharf: Philosophie, sagte er, habe er auch studiert.

Wer nicht hören will, muss fühlen: jetzt bekommen die Jungen zu fühlen, dass die Alten nicht gehört haben.

Und damit die Polizei nicht fühlen muss, was sie hört, bekommt sie – lese ich – hundert neue Panzerwesten.

Recht so, eine dickere Haut löst alle Probleme, wäre der Lack nicht so zart auf unseren Kühlern, wir würden einfach zufahren

gegen diese menschlichen Hindernisse, und geflochtene Schilde haben schon die Pfahlbauer zum Sieg getragen über die Höhlenbewohner.

Vor zwölf Jahren haben sie noch Valéry zitiert: ‹Le vent se lève! ... il faut tenter de vivre!› Das waren noch Zeiten.

Nobile Turegum
Principiis obsta
Quo usque tandem
Wetten, die Demonstranten verstehen das nicht mehr.

Am Ende unseres Lateins müssen wir leider zu Griechisch greifen: Chloracetophenon Chlorbenzylidenmalodinitril Dibenz (b, f)–1, 4–oxazepin Da bleibt kein Auge trocken und die Lungen kriegen auch was mit.

Aber
Krebs erzeugen wir nicht, im Zürichbiet will ja einer an seinen ‹ungeweinten Tränen› gestorben sein, schön, also weint euch mal tüchtig aus

Im übrigen verbitten wir uns, dass das, worauf wir zielen, unsere Jugend sein soll In unserer Jugend gabs das nicht und alt sehen wir gar nicht aus es handelt sich vielmehr um die verschwindende Minderheit. Beweis: wir brauchen nur zu pusten, und sie verschwindet fast plötzlich –

Es handelt sich – Was sollen wir sonst tun ist doch besser als schiessen die lassen uns ja gar keine Wahl die wollen ja unser Bestes nicht, das wir jeden Tag geben, also geben wir Gas

Sie wollen ja nicht reden sie schmeissen ja Steine sie tragen ja nicht mal den Sachen Sorge die sie plündern sie vernichten bloss vernichten vernichten das ist ihre Sprache die sie uns zu sprechen zwingen wir sind gar nicht so wie wir aussehen in Panzerweste und Fiberglashelm wenn man uns machen lässt sind wir menschlich wir wären selbst gern ganz anders aber so nicht

Wenn ihr die Autos nicht am Verkehren hindert
wenn ihr nicht mehr demonstriert
wenn ihr uns versteht
wenn ihr unsere Sprache lernt
wenn ihr überhaupt erst was lernt und tüchtig arbeitet
wenn ihr ein bisschen Kultur annehmt
und Anstand
wenn ihr einseht
was wir schon alles
für euch
wen sonst
wenn die rote Fabrik grau wird
wenn die Junifestwochen im November sind
wenn ihr erst mal richtig erwachsen werdet
wenn ihr erst wisst, was es heisst, Verantwortung tragen
und was ein Herzinfarkt bedeutet,
dann bekommt ihr auch
kommt Zeit kommt Stadtrat
euer Jugendhaus.

Schaut uns an:
ist das ein Angebot?

Denkt an unser Land:
das ist auch nicht mit Gewalt gegründet worden.
(Zwischenruf)
Jedenfalls haben die alten Eidgenossen

nicht ‹power› dazu gesagt
die haben noch deutsch geredet
wie wir mit euch
das gute Deutsch der Falkenstrasse
jedenfalls waren die alten Eidgenossen älter als ihr
die brauchten kein Jugendhaus
keine Rockmusik und nackt jedenfalls
haben sie sich bei Sempach nicht sehen lassen
jedenfalls haben sie ihren Sachen Sorge getragen
Kultur
zeigt sich in kleinen Dingen.
Jedenfalls
wenn man jemand ist
hat man keine Gewalt nötig
nicht wahr.

Adolf Muschg

Beim Stadtjournal gibt es ein Videoband zu Zürich: "Jugendrevolte". Der Videoladen Zürich arbeitet gerade an einem ausführlichen Band mit mehr Hintergrund, das im Oktober fertiggestellt werden soll.
Kontakt: Stadtjournal Hamburg, Nernstweg 32, 2 HH 50, Tel. 390 33 68

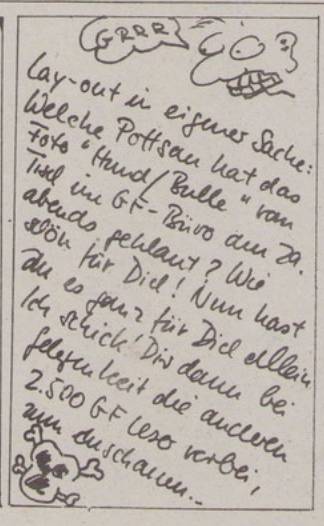
aus: "Die Züricher Unruhe" Texte, herausgegeben von der Gruppe Olten. Orte Verlag

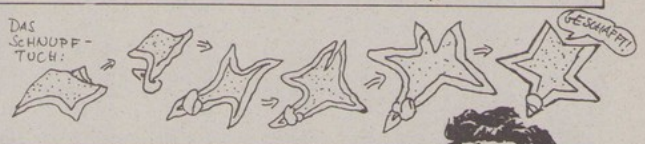
---

Stockholm International Peace Research Institute – SIPRI
RÜSTUNGSJAHRBUCH 80/81
Weltweite Militärausgaben / Rüstungsvergleich / Waffenhandel / Eurostrategische Waffen / Atomwaffen
rororo 4735 DM 5,80

Hansjörg Martin
DER VERWEIGERER – Ein Roman
Im Anhang Adressen, Verfahrensregeln und Gesetze
roroPanther 4508 DM 4,80

BUCHLADEN IN DER OSTERSTRASSE
2000 Hamburg 19 Osterstr 156 Tel.: 491 95 60





heinrich heine buchhandlung

2 Wochen zu Fuß, Wanderungen in Europa und anderswo	7,80
Blankerts / Goodmann, Staatlichkeitswahn	7,80
Dörner, u.a., Der Krieg gegen die psychisch Kranken	15,–
Mannhardt / Schwamborn, Zivildienststories	9,80
El Salvador, Ein Land im Kampf um seine Befreiung	6,–
Brucker, Das Abseits als sicherer Ort	8,50
Wieder lieferbar: Hochmuth / Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Wiederstand	25,–

grindelallee 26, 2000 hamburg 13, 040/44 97 78

BRAAKAMARRAAK*

Berichte über die Aktivitäten der Kraaker in Amsterdam sind zu unser aller Freude schon längst bis Hamburg durchgedrungen (s. auch gf 32, April 80; gf 34, Juni 80). In den letzten Wochen war die Prins Hendrik‚kade in Amsterdam Mittelpunkt der Diskussionen über die Kraaker. In der Prins Hendrik Kade, die sich direkt am Amsterdamer Hauptbahnhof befindet, ließ Spekulant Netjes einen Luxus-Appartementbau errichten. Die einzelnen Eigentumswohnungen jedoch waren so unerschwinglich, daß das Gebäude ein Jahr lang leerstand, bis sich die Kraaker vor etwa 4 1/2 Monaten (am Koninginnentag) seiner annahmen.

Da in Amsterdam ein großer Teil der Leute Sympathien für die Kraaker hat, wurde die Räumung der Prins Hendrik Kade immer wieder hinausgezögert. Der Bürgermeister von Amsterdam, Polak (Sozialist), verhandelt gerne und oft – wohl um sein sozialistisches Gesicht zu wahren. Ihm ist wie allen – vor allem den klugen – Politikern nicht zu trauen. Er macht Versprechungen hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus, von denen er wohl selbst weiß, daß sie unter den gegebenen Umständen nicht zu halten sind. So auch in Sachen Prins Hendrik Kade.

Nachdem Häuseigentümer Netjes mit Erfolg gerichtliche Schritte eingeleitet und Polak lange genug mit den Kraakern verhandelt hatte, schritt der niederländische Staat am 19.8.80 zu einer weiteren Demonstration seiner Autorität.

Die Prins Hendrik Kade sollte geräumt werden. Jedoch – die ca. 40 Kraaker hatten die Prins Hendrik Kade schon um 16.00 Uhr verlassen. Eine Stunde vor dem Sturm der Bullen auf das Haus. Bei einem Aufgebot von 2000 Mann der ME (Mobile Eenheid – holländische Bullen) wäre militanter Widerstand auch eine Kamikaze-Aktion gewesen. Zudem befanden sich auf den Dächern der Häuser um die Prins Hendrik Kade herum Scharfschützen der niederländischen Armee. Als etwa 200 Bullen in einer Metallbox, die jeweils ca. 50 Mann faßte, mit einem Krahn auf das Dach des Hauses gehoben wurden – ein anderer Weg lag wegen der (wie immer) verbarrikadierten Fenster und Türen nicht an – befand sich nur noch ein Kraaker (Deckname 'Moos') im Haus. Er wurde verhaftet, doch nach ein paar Stunden wieder freigelassen, ohne daß seine Personalien festgestellt worden waren.

Um 17.00 Uhr herrschte in Amsterdams Zentrum das Chaos. Im großen Umkreis der Prins Hendrik Kade waren die Straßen von den Bullen gesperrt. Die Busse und Straßenbahnen konnten nicht mehr bis an den Hauptbahnhof heranfahren. Mit einem Aufgebot von wie gesagt 2000 Bullen, Pferde- und Motorradstaffeln und natürlich Tränengas wurden die ca. 3000 Leute, die gegen die Räumung demonstrierten, von der Prins Hendrik Kade ferngehalten und systematisch zurückgedrängt. Nach dem altbekannten Ritual: der Einsatzleiter gibt seinen 'Rindern' den Befehl zum Vorrücken, ein paar Leute schmeißen Steine, die Bullen schmeißen Tränengas, und alle Leute rennen. Und wenn sie nicht vor Tränengas flüchten, dann vor heranstürmenden Mannschaftswagen, Pferde- oder Motorradstaffeln.

70 Zivilbullen (Stille Polite) nahmen – mit Waffe! – 17 Verhaftungen vor. Trotz des Versprechens Polaks, daß nur die Prins Hendrik Kade geräumt werden sollte, wurde auch in der Huiderstraat ein gekraaktes Haus geräumt. Daß die Räumung der Prins Handrik Kade verhältnismäßig ruhig ablief, hängt wohl hauptsächlich damit zusammen, daß die Kraaker das Haus schon vor dem Eintreffen der Bullen verlassen hatten (obwohl sie auf das Dach und die oberen Stockwerke der PHK Kühlschränke und andere schwere Sachen geschleppt hatten) und daß sich Huiderstraat sich in einer ganz anderen Ecke von Amsterdam befindet als die Prins Hendrik Kade. Aber – kommt Zeit, kommt Tat!

Vor dem gekraakten Haus in der Keizersgracht, das seit Monaten besetzt ist und in dem sich ein Piratensender – di vrije keizer – befindet, der fast immer sendet, fingen gegen 20.00 Uhr einige Leute an, Barrikaden zu bauen – die zum Glück an diesem Abend nicht ihren Zweck erfüllen mußten.

Eine Räumung der Keizersgracht würde wohl mindestens solche Aktionen mit sich bringen wie die Räumung der Vondelstraat am 10.3. 1980, für die 6 schwere Armeepanzer, Hubschrauber, 2000 Bullen, Bagger und Wasserwerfer anrückten und nach der am Abend 15.000 Leute demonstrierten, es in ganz Amsterdam zu Straßenschlachten kam und 2 Häuser neu gekraakt wurden.

Obwohl in Holland das Kraaken legal ist – ein Tisch, ein Stuhl und ein Bett, die man in ein leerstehendes Haus stellt, geben einem das Recht, dort zu wohnen – kam es schon vor 5 1/2 Jahren zu Kämpfen der Kraaker mit den Bullen. Seitdem nahm die Zahl der gekraakten Wohnungen ständig zu (schätzungsweise 5000 in Amsterdam) und auch – trotz Mißbilligung in den eigenen Reihen – die von der Regierung ausgehenden Repressionen.

Bei der Räumung des Hauses Voogelstruyss in der Herengracht am 3.7.80 wurden 6 Leute verhaftet. Nachdem sie 6 Wochen in U-Haft gesessen hatten, sollte ihnen am 20.8.80 um 15.00 Uhr der Prozeß wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt gemacht werden. Die Verhandlung wurde auf den 9.9. verschoben. Am selben Tag, also einen Tag nach der Räumung der PHK, fand im Paradiso (sog. Kommunikationszentrum) ein Kraaker-Tribunal statt. Nach diesem Treffen zogen um 15.00 Uhr etwa 300 Leute zum Gerichtspalast und verlasen lauthals eine Anklage gegen Polak und die seinen, den Polizeichef von Amsterdam und die seinen, den obersten Richter und die seinen, die Gesetzesmacher in Den Haag und die Medien.

Auch der Polizeihauptwacht in der Lijnbaansgracht wurde ein Besuch abgestattet. So schnell werden die Kraaker und ihre 'aktiven Sympis' in Amsterdam keine Ruhe geben. Über 50.000 Wohnungssuchende sind schließlich kein Pappenstil und der Rückhalt, den die Kraaker in der Amsterdamer Bevölkerung haben, macht es den Politikern schwer, sie einfach als Chaoten abzustempeln und dann ungestört einzumachen, wie es hier in der BRD oft genug mit uns gemacht wird.

Doch:

In der nächsten Zeit soll in Den Haag ein neuer Gesetzentwurf zur Sprache gebracht werden – das Leegstandwet (Leerstandsgesetz), in anderen Kreisen auch Anti-Kraakwet genannt. Kernpunkt dieses Gesetzes ist, daß man ein gekraaktes Haus auf die Aufforderung seines Besitzers hin sofort zu verlassen hat. Andernfalls hat man/frau mit einer Geldstrafe bis zu 500 Gulden (= 500 DM) oder des weiteren mit gerichtlicher Verfolgung zu rechnen.

* braakamarraak!
Altes Kraakersprichwort, auf deutsch etwa: "Es ist zum Kotzen"

HAMBURG: 400 000 ZINT

Wir sind Leute, die wie die meisten von uns in beengten Verhältnissen zu überleben versuchen, sofern wir überhaupt eine Wohnung haben.
Die große Wohnungsnot in Hamburg (60.000 Wohnungssuchende) macht es für uns fast unmöglich, eine Wohnung zu finden, in der wir zusammen leben können.
Auf der anderen Seite stehen mindestens 200 Häuser leer in Hamburg. Sie werden absichtlich verkommen gelassen und dann abgerissen, damit dort Straßen, Bürohäuser, teure Luxuswohnungen etc. gebaut werden können.
Deshalb besetzten wir letzten Samstag (27.9.) eines dieser vom Abriß bedrohten Häuser in der Hospitalstraße Nr. 6, das der Saga gehört und einer Straße weichen soll.
Die Besetzung war als Instandbesetzung geplant. Wir forderten Mietverträge von der gemein-"nützigen" Saga.
Für das Haus haben wir uns entschieden, weil es noch in astreinem Zustand war.

So gingen wir dann am Samstag früh um 6.30 Uhr mehr oder weniger unauffällig in unser neues Haus. Wenige Minuten später trafen die Wagen mit unseren Möbeln ein. Nachdem wir das Haus erstmal besichtigt und es uns ein bißchen gemütlich gemacht hatten, kamen auch schon die ersten Leute von den benachrichtigten Initiativen und Wohngemeinschaften und brachten uns Frühstück (heißen Kaffee!). Sie bauten draußen Stühle und Stände auf, während wir drinnen mit dem Renovieren begannen.

Dann erschienen einige unserer uniformierten "Freunde", nachdem sie vorher schon in Zivil die Lage gepeilt hatten, um uns über die "Unrechtmäßigkeit" unserer Aktion "aufzuklären". Wir telefonierten derweil die zuständigen Leute der Saga aus dem Bett, um mit ihnen in Verhandlung über Mietverträge zu treten. Sie waren hörbar überrascht, denn wir waren schneller als die Bullen durch das Gerangel um Zuständigkeiten gestiegen (Konäkt schens muß mensch haben). Scheinheilig erklärten sie sich zu Verhandlungen bereit.

In der Zwischenzeit wurden die Nachbarn und Besucher des anliegenden Marktes über unsere Aktion informiert. Sie zeigten reges Interesse und zum größten Teil auch Verständnis!

Um 15.00 Uhr kam dann endlich der Typ von der Saga. Er lehnte es ab, öffentlich mit uns zu verhandeln. Statt dessen sollte eine Delegation von uns mit ins benachbarte Saga-Hochhaus kommen. Nach einigem Für und Wider gingen dann 3 Leute von uns und ein Anwalt rüber, um dort in höflicher Form (mit Kaffee, Tee und sehr viel Schleim) eiskalt gesagt zu kriegen, daß ab 17.00 Uhr mit der Räumung zu rechnen sei.

Für uns haben damit noch keine Verhandlungen stattgefunden! Deshalb rufen wir den Leiter des Bezirksamtes an. Von ihm erfuhren wir, daß die endgültige Entschei-dung direkt von Klose und seinem SPD-Senat gefällt worden war.

Um 17.30 Uhr rückte dann ein Abbruchunternehmen mit ihren behelmten Schützern und Helfern an.

Es war dufte, daß zur Räumung wenigstens noch ein paar mehr Leute gekommen waren, um uns zu unterstützen. Sie bildeten Ketten vor dem Haus. Da der Widerstand so am besten möglich war, reihten wir uns dort mit ein. Wir waren auf eine friedliche Aktion eingestellt. Deshalb war es für die mit Helmen, Schlagstöcken und scharfen Hunden ausgerüsteten Bullen relativ leicht, sich zum Haus vor zu knüppeln. Zwei Leute wurden durch Hundebisse verletzt.

Um 18.30 Uhr begannen die Lakaien der Saga und des SPD-Senats, das Haus zu zerstören. Am gleichen Abend bereitete die Saga die Ausquartierung der letzten rechtmäßigen Bewohner des Hinterhauses vor, um jetzt den gesamten Komplex dem Erdboden gleich zu machen.

Wie wir jetzt erfuhren, wurden ihnen 2000 DM bar auf die Hand und eine neue Wohnung zu etwa gleicher Miete geboten. Wohnungen, die es sonst angeblich überhaupt nicht mehr gibt.

Heute am Montag, den 29.9. wurde unter Bullenschutz begonnen, das Haus abzureißen.

Währenddessen konnte auf der Straße vor dem Haus ein Videofilm über Besetzung und Räumung angesehen werden, außerdem Stellwände mit Fotos + Informationen. Die Bürger aus der Nachbarschaft kamen ziemlich zahlreich – auch sie waren empört über die "Sanierungs" Politik der SAGA.

Für uns war es zwar eine Niederlage, wir haben immer noch kein Haus. Trotzdem sollte mensch deshalb nicht entmutigt sein.

Wir haben bei vielen Leuten, auch Anwohnern Unterstützung gefunden und gesehen, daß es auch in Hamburg möglich sein sollte, Häuser instand zu besetzen. Viele Stadtteilgruppen und -initiativen haben praktische Solidarität gezeigt. Außerdem haben wir durch die Medien (z.B. Ndr) auf unsere Probleme hingewiesen.

Als Kritik ist anzumerken, daß wir es nicht gepackt haben, die Leute vor dem Haus mit einzubeziehen und sie an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Da muß sich noch reichlich was ändern!

Gemeinnützige Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg (SAGA)
GROSSE BERGSTRASSE 154 · 2000 HAMBURG 50 · TELEFON 3 80 10-1

An die
Damen und Herren
im Hause Hospitalstr.6

27.9.1980

Hiermit fordern wir Sie auf, das Gebäude Hospitalstr. 6
spätestens bis heute 17 Uhr zu räumen .
Falls Sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten, wird
Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt und die
Polizei gebeten,unser Hausrecht durchzusetzen.
Für Schäden, die am Hause entstehen, werden wir Sie haftbar
machen.

Gemeinnützige Siedlungs-Aktiengesellschaft
Hamburg SAGA

Aber es stehen ja noch 'ne Menge Häuser leer in Hamburg!

Zur weiteren Information über die Zusammenhänge zwischen Sanierung und Wirtschaftspolitik empfehlen wir auch:
– Zeitschrift 'Autonomie,', Nr. 3, über Stadtplanung
– 'die dritte Zerstörung Hamburgs' zusammengestellte Artikel aus Ausgaben der grossen freiheit, als TAZ-Beilage im Juli 80
(beides über die große freiheit bzw. über den linken Buchhandel zu beziehen)

ZERSCHLAGT DIE NATO

Anti-NATO-Demo in Hildesheim am 20.9.

Am Samstag, den 20.9. fand in Hildesheim eine Demonstration gegen die derzeit im Raum Hildesheim, Hannover, Göttingen, Braunschweig stattfindenden NATO-Herbstmanöver, die größten seit dem 2. Weltkrieg, statt. Hildesheim als Ort wurde gewählt, weil dort das Hauptquartier der Manöverstreitkräfte und das internationale Pressezentrum sitzt. Diese Demonstration sollte nach Bremen und etlichen Kleindemos gegen Rekrutenvereidigungen z.B. in Remscheid, Kamen usw. ein weiterer Punkt sein, eine sich langsam konstituierende Bewegung gegen Militarismus, gegen Nato und US-Imperialismus (wo bleibt denn hier die Sowjetunion? fragt Ulla) zu verbreiten und einen politischen Angriff gegen die Nato-Herbstmanöver zustande zu bringen, denn wie Bremen gezeigt hat, ist hier die Stelle, wo die Imperialisten am aufgeschrecktesten reagieren, weil sie hier bisher von der Linken völlig in Ruhe gelassen wurden.

Von Hamburg aus fuhren ca. 70 Leute an der Feldstraße ab, was so aussah, daß ringsum den U-Bahnhof Zivilbullenwagen standen, die jeden abfahrenden Wagen begleiteten. Als noch ca. 8 Leute auf einen Wagen warteten, kamen einige Mannschafts wagen uniformierte Bullerei angebraust; die 8 Leute wurden mit zur Wache in der Budapester Straße genommen. Nachdem "typische Demonstrationsgegenstände" wie Helme usw. beschlagnahmt waren, konnten die Leute wieder gehen.

In Hildesheim sah die Sache so aus, daß sämtliche Autobahnabfahrten und Zufahrtsstraßen durch Straßensperren blockiert waren. Mit grünen Robotern versehene Maschinenpistolen holten uns aus den Autos raus. Durchsuchung, Helme beschlagnahmt, Frage, was wir mit dem Zitronensaft wollen, ein Bulle beschlagnahmt das Werkzeug, sein Vorgesetzter nimmt es ihm ab und gibt's zurück, Personalienfeststellung, ein Polaroid-Bulle schießt wie wild Fotos von uns und den beschlagnahmten Sachen, mit einem Formblatt versehen dürfen wir schließlich weiterfahren.

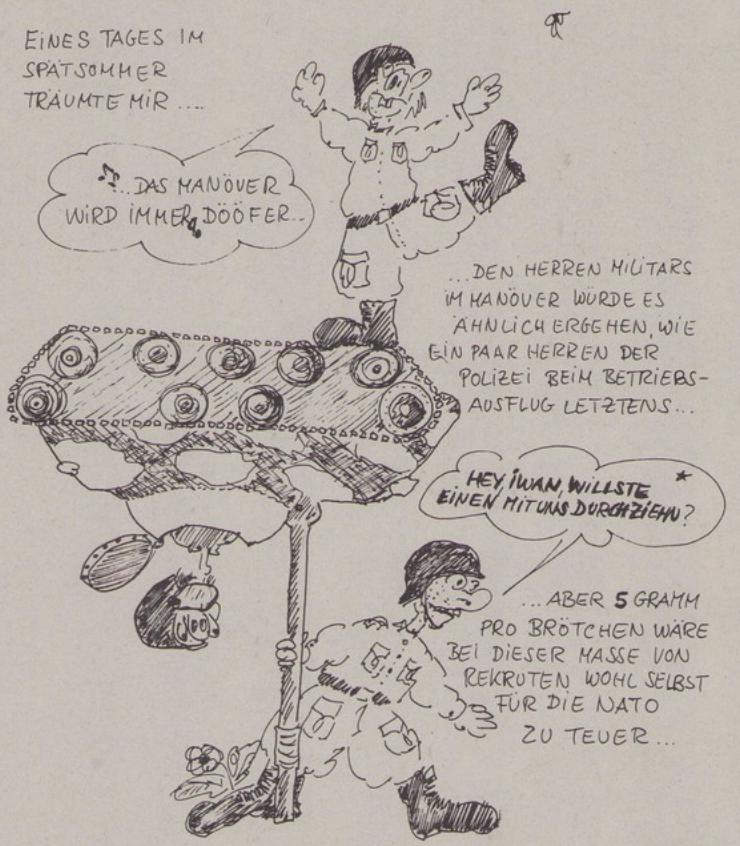
Am Demotreffpunkt wenige Demonstranten (ca. 2000), dafür umso mehr Bullen und Bürger, die von SPD, CDU und FDP aufgefordert wurden, für die Nato zu demonstrieren. Und ab ging's durch die Innenstadt. Der sinningen Auflage, keine Transparente mit staatsfeindlichen Parolen zu tragen, wurde natürlich nicht gefolgt, was auch zu keinen Reaktionen seitens der Bullen führte. Dann ging's weiter zum Headquarter an der von Grohnde her berüchtigten niedersächsischen Pferdestaffel und etlichen Hundertschaften von Bullen vorbei.

Parolen wurden gerufen wie: Nato, Bundeswehr, BKA sind zum Schutz der Bonzen da. Nato-Putsch in der Türkei, das ist Chile Nr. 2. US-Imperialisten, das sind die Terroristen.

Beteiligt an der Demo waren Autonome, Antiimpis, Türken (ATIF), KBW und die amerikanische Soldatengruppe FighT bAck (schlag zurück). Eine Niederlage war diese Demonstration sicher nicht, obwohl wir uns alle wohl mehr erwartet hatten, an Teilnehmern und Aktionen. Allein daran, daß in Berlin zur selben Zeit eine nationale Demonstration gegen den 2. Juni - Prozeß lief, kann es auch nicht liegen, und der Zensur der taz können wir auch nicht alles in die Schuhe schieben. Wir sollten uns auch nicht so sehr auf Großdemonstrationen konzentrieren, sondern mit dem alltäglichen Widerstand gegen die Militaristen, die ja nicht nur in Hildesheim anzutreffen sind, beginnen. Unseren Kampf gegen die Nato nicht darauf beschränken, von Demo zu Demo zu laufen, sondern sich an dezentralen Aktionen zu beteiligen oder sie selbst zu machen. Die Demo in Hildesheim hat noch einmal klar gemacht, daß wir noch ziemlich am Anfang einer antiimperialistischen Bewegung stehen und noch etliches an Diskussionen laufen muß, was wir wollen, was wir den Imperialisten entgegensetzen können usw.

In Hamburg gibt es eine Anti-Nato-Gruppe, die sich seit kurzer Zeit mit dieser Problematik beschäftigt. Treffpunkt ist jeden 1. und 3. Freitag im Monat in der Drallefrabrik, Nernstweg 32, 5. Stock. Nächtes Treffen ist am 3. Oktober, 19.00 Uhr. Das Treffen wird bisher hauptsächlich getragen von Autonomen, demnächst wollen auch KB, SB und andere teilnehmen.

Bremen war wirklich erst der Anfang
Zerschlagt die Nato
Krieg dem imperialistischen Krieg



12. November 80 — 25 Jahre Bundeswehr

öffentliche Rekrutenvereidigungen in der BRD

Am 12. November feiert die Bundeswehr ihr 25jähriges Bestehen mit zahlreichen öffentlichen Rekrutenvereidigungen. Nach recht langer Zeit der Zurückgezogenheit in ihre Kaserne, tritt das Militär heute wieder verstärkt in die Öffentlichkeit.

Ein stärkeres Selbstbewußtsein der Dritten Welt, Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung und eine wachsende Spannung zwischen den Großmächten haben zu einer festeren Aufteilung der Welt in Interessensgebiete geführt. So hat die Nato z.B. den Nahen Osten zu ihrem Interessensgebiet erklärt, ihn also praktisch zu ihrer Grenze bestimmt. Um diesen Anspruch aufrecht zu erhalten, ist die Demonstration von Stärke und "Verteidigungsbereitschaft" notwendig.

Deshalb finden den ganzen September über Nato-Manöver in einer noch nie dagewesenen Stärke statt, deren Charakter zeigt, daß die Nato zu einer aggressiven Durchsetzung ihrer Interessen bereit ist.

Parallel zu diesen Manövern läuft eine breite Öffentlichkeitskampagne für den wachsenden Militarismus. Bei den Manövern wurden z.T. vor Ort Tribünen für Manöverbeobachter und internationale Presse zur Verfügung gestellt. Öffentliche Vereidigungen, Truppenparaden und Ordensverleihungen häufen sich merklich.

Dies hat zum einen die Funktion, nach außen hin die Stärke des Nato Bündnisses zu zeigen und die Öffentlichkeit, wenn nicht für den Militarismus zu begeistern, so doch zumindest daran zu gewöhnen. Zum anderen sollen alle Kritiker massiv eingeschüchtert werden. Es liegt an uns, ihnen jetzt zu zeigen, daß ihnen dies nicht gelingen wird. Zeigen wir ihnen, daß wir nicht tatenlos zusehen werden, wie sie ihre Manöver abhalten und lassen wir sie bei öffentlichen Auftritten merken, daß wir dazu in der Lage sind, einen effektiven Widerstand gegen den imperialistischen Krieg zu leisten!

Verhindern wir die
öffentliche Vereidigung in Bonn

Auf nach Bonn

Zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr finden im gesamten Bundesgebiet öffentliche Rekrutenvereidigungen statt. Der Höhepunkt dieser Gelöbnisse soll Bonn werden. Bisher wurde für Bonn die meiste staatliche Propaganda gemacht. Apel und andere "wichtige" Politiker wollen in Bonn reden, die Traditionalisten und Reservistenverbände (Bundeswehrfans) mobilisieren nach Bonn.

Die öffentlichen Gelöbnisse, die nach Bremen stattgefunden haben, hatten leider ein recht klägliches Bild: tausende von Bullen und ein recht kläglicher Haufen von 300-500 Gegendemonstranten, die nichts machen konnten.

Bei der Einschätzung der Situation am 12. November gehen wir deshalb davon aus, daß es notwendig ist, den Widerstand auf ein Ziel zu konzentrieren.

Dieses Ziel sollte aus den oben aufgeführten Gründen Bonn sein!

Außerdem ist Bonn als Bundeshauptstadt der Hauptsitz internationaler Medien und steht im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Das bedeutet auch, daß bei reibungslosem Gelingen der Bonner Veranstaltung ein eventuelles Scheitern einer anderen Vereidigung durch das Herausstellen des Bonner Gelöbnisses in den Medien untergehen würde.

Auf Grund des politischen Drucks nach den Bremer Aktionen wollen die JUSOs und andere Organisationen nicht am Tage der Vereidigung, sondern an einem anderen Tag zu einer Großdemonstration aufrufen, um jedem Konflikt aus dem Weg zu gehen. Wir meinen jedoch, daß es nichts nützt, einen individuellen Rückzug von Militarismus und Aufrüstung zu vollziehen. Es wird immer noch genug Leute geben, die sich weiter in den Dienst der Kriegsmaschine stellen werden.

Es ist vielmehr nötig, seinen Protest mit dem aktiven Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu verbinden. Ein Teil dieses Kampfes muß die Störung von Nato-Manövern und die Verhinderung der öffentlichen Vereidigung sein, nicht nur eine Demonstration an irgend einem anderen Tag!

Auf nach Bonn – Krieg dem imperialistischen Krieg!

T. Odethal

Vereidigung in Lübeck

Durch eine Reihe von öffentlichen Vereidigungen in der BRD, die man als ganz eindeutige Kriegspropaganda interpretieren kann, und das in einer Situation, in der die US-Europa-Imperialisten eine militärische Lösung in der 3. Welt vorbereiten, fand auch bei uns in Lübeck-Bad-Schwartau eine solche Rekrutenvereidigung mit dem dazugehörigen Täterätä und Klimbim statt.

Unbeirrt von dem Protest gegen öffentliche Vereidigungen wurde bereits versucht, in mehreren Städten derartige Vereidigungen durchzuziehen. So fand auch am 10. Sept. die Vereidigung hier unter starken Sicherheitsvorkehrungen statt – z.B. hatten sie den ganzen Platz als militärisches Sicherheitsgebiet deklariert und dem entsprechend bewacht. Bereits um 15.00 wurden Panzer und Waffen vor dem Vereidigungsplatz, dem Sportplatz einer Schule, zur Schau gestellt. Um 19.30 Uhr trafen sich etwa 50 Protestler zu einer Kundgebung, zu der mehrere Initiativen aufgerufen hatten.

Zum Schutz der 248 zu vereidigenden Rekruten waren ca. 50 Feldjäger und 60 Pigs aufgeboten worden, außerdem liefen noch ca. 350 uniformierte Soldaten herum. Natürlich waren auch der VS, SS, MAD vertreten. Zusätzlich konnten auch Mitglieder der politischen Polizei und der bereits in Lübeck für Polit-Prozesse zuständige Staatsanwalt Förster mit seinem Vorgesetzten ausgemacht werden.

Um ca. 20.00 wurden bei einer gezielten Aktion eines Greifkomandos 2 Demo-Teilnehmer festgenommen, die ein Transparent mit der Aufschrift 'Eine Front mit der RAF' trugen. Während der Ed-Behandlung und der Verhöre durch den Staatsanwalt und seine Knechte entwickelte sich vor der Bullenwache ein reger Widerstand seitens der Protestler, der dazu führte, daß die Festgenommenen um ca. 22.30 freigelassen wurden. Gegen die beiden wurde ein Verfahren nach §129a Werbung für eine terroristische Vereinigung – eingeleitet.

An den vielen Beispielen, wo bei öffentlichen Vereidigungen Menschen festgenommen wurden, kann man/frau sehen, daß gezielter Meinungsterror, Hetzkampagnen und Repressionen für die Erhaltung der Ruhe im Hinterland als direkte Nato-Strategie zu begreifen sind. Denn das heißt nichts anderes als
Faschismus nach innen Krieg nach außen.
Einstellung des 129a-Verfahrens!
Vernichtung der ED-Karten
Krieg dem imperialistischen Krieg!

W. Unmuth c/o Buchladen der Alternativen; Hüxstr. 69, 24 Lübeck

STRAUSS-DEMO

Kritik an der Anti-Strauß-Demo
BI Umweltschutz Altona

Viele Demonstrationsteilnehmer kritisierten:
– "Wir wußten eigentlich nicht, was wir wollten!" und
– "Wir waren zu unorganisiert, zersplittert, zerstreut!"
Diese Meinung teilen wir. Die folgende Kritik soll ein Beitrag sein, um besser vorbereitet an künftigen Demonstrationen teilnehmen zu können.
In unserer BI ging die Kritik hauptsächlich in zwei Stoßrichtungen:

1. **Wir haben uns viel zu wenig über das politische Ziel der Demonstration in "Richtung Ernst-Merck-Halle" unterhalten, vereinheitlicht war schon gar nichts. Einige wollten lediglich das Recht auf eine Demonstration auf einer von uns gewählten Route behaupten und daher nur bis zu den Absperrungen gehen; andere wollten Strauß "behindern". In welcher konkreten Form das ablaufen sollte und welchen politischen Stellenwert das hat, welche Wirkung auf die Öffentlichkeit usw., darüber wurde gar nicht erst geredet. Ebensowenig, wie wir uns angesichts der aufgebotenen Polizei- und BGS-Truppen verhalten wollten.**
2. **Es geht nicht an, daß die ersten Reihen der Demonstration panisch fliehen und alle anderen mitreißen, sobald ein Polizist seinen Schlagstock hebt. Wir müssen uns in Zukunft einheitlicher und geschlossener verhalten und besser ausgerüstet sein. (Helm, Halstuch, Schutzbrille, Zitronensaft).**

Erläuterungen zu Punkt 1

Wenn alle Leute nur im Kopf gehabt hätten: "Stoppt Strauß!", und sonst nichts, dann hätte man getrost zur Juso- und DKP-Kundgebung am Großneumarkt ziehen können. Es ging uns aber um mehr, wir wollten auch zum Ausdruck bringen: "Stoppt Schmidt". (Auf einigen Flugblättern an die Demonstranten stand's zum Glück, stand's auch für die Öffentlichkeit sichtbar auf Transparenten?!)

Um unseren Protest möglichst öffentlichkeitswirksam zur Geltung zu bringen, und weil wir uns die Route nicht vorschreiben lassen wollten, dachten wir die Demo bis "möglichst weit vor die Ernst-Merck Halle" zu führen. Auf eine Schlägerei mit der Polizei hatten wir es dabei nicht abgesehen. Sie ist kein Selbstzweck, sondern eine lästige und möglichst zu vermeidende Nebenerscheinung. Eine Veränderung in diesem Staat ist nicht durch die Einzelaktionen von ein paar Leuten zu erreichen, sondern hat eine Wandlung des Bewußtseins der breiten Massen zur Voraussetzung. Nur Aktionen dieser Massen werden Entscheidendes ausrichten. Chaotische Einzelaktionen behindern diesen Prozeß aber eher, anstatt ihn zu fördern. **D.h. Aktionen müssen in einem politisch begründbaren und verständlichen Zusammenhang stehen, sie müssen sich aus dem politischen Ziel der Demonstration ergeben, und sie müssen von Massen von Menschen getragen werden.** (Ein Beispiel dafür wäre wohl die Demonstration in Brokdorf mit Versuch der Bauplatzbesetzung am 13. 11.76).

Schlicht verantwortungslos werden Aktionen, die nicht von vielen getragen werden, wenn einige sich und anderen ihre – ach so mutige – ach so revolutionäre – Militanz beweisen müssen, eine Militanz, die sich vom politischen Zweck loslöst und zum Selbstzweck wird, nach dem Motto: ". . . da haben wir es den Bullen aber gezeigt!"

Unbedingt notwendig ist dagegen eine – auch militante – Verteidigung der Demo, wenn sie von Polizei angegriffen wird. Aber nicht einmal dazu waren wir in der Lage!!

Wichtig erscheint uns vor allem, geschlossener und einheitlicher aufzutreten. Die Ziele, Aktionen, Routen, Transparente und Parolen sellten vorher abgesprochen werden.

Alle politischen Gruppen und Strömungen, die an der Demonstration teilnehmen, müssen sich vorher über ihre Absichten klar werden. Ihre Delegierten bilden eine Vorbereitungsgruppe, deren Beschlüsse für alle teilnehmenden Gruppen verbindlich sind. Sie müssen der Bewegung rechtzeitig bekannt werden.

Und Demonstranten, die wissen, was sie wollen, zeigen auch nach außen ein Bild der Entschlossenheit und Geschlossenheit. **Es ist für die Polizei nicht schwer, einen weit verstreuten, uneinheitlichen, lahm daherschlendernden Haufen zu zerstäuben.** Die Demonstranten in einem zügig voranschreitenden Trupp, der eng zusammenbleibt, sind nicht so schutzlos den Übergriffen der Polizei ausgeliefert. Leute, die politisch zusammenarbeiten oder sich sonst abgesprochen haben, gehören zusammen! Einhaken vermittelt ein Gefühl der Stärke und zeigt das auch nach außen! Das Rufen von Sprüchen und Parolen vermittelt unsere Absichten der Öffentlichkeit! Eine Fahne, ein Transparent o.ä. erleichtert das Wiederfinden, wenn man sich verloren hat.

Erläuterungen zu Punkt 2

Die Frage der Ausrüstung auf Demonstrationen ist innerhalb unserer BI umstritten. Von vielen wird – und von manchen wird auch noch heute – jede Ausrüstung, mit der man einer handfesten Auseinandersetzung mit der Polizei begegnen kann, mit der Begründung abgelehnt: "ich mache mit meinem Auftreten klar, wofür ich einstehe, und daß ich keine Schlägerei will, was uns von der Presse immer unterstellt wird. Wenn's knallt, haue ich eben ab." Einige meinen, daß die Polizisten gerade in der letzten Zeit auf Demonstranten eingeschlagen hätten, wenn die Demo im Auflösen begriffen war, eine Auseinandersetzung nicht mehr zu erwarten war, sie durch den Weggang vieler bereits geschwächt war. Dann wäre ". . . dann hau' ich ab" besonders schädlich. Aber der Ratschlag: "Bleibt zusammen, Leute!" nützt allein auch nichts. Ein Zusammenbleiben erfordert Einheitlichkeit, Verlaß auf die anderen und auf die Demoleitung. Daran mangelte es aber gerade auf der Anti-Strauß-Demo. Einige warfen Steine, zum Teil aus den hinteren Reihen. In der Menge Schutz suchend, stürzten sie nach hinten und lösten eine allgemeine Panik aus.

Es ist einfach lächerlich, wenn man auf der einen Seite große Töne spuckt, ("Buback, Ponto, Schleyer, der nächste ist ein Bayer!"), aber auf der anderen Seite politisch gar nicht gewillt ist und 'militärisch' dazu nicht in der Lage ist, die Konfrontation durchzustehen. Das gleiche gilt für vereinzelte Steinwürfe, wenn die Menge dem zu erwartenden Gegenangriff der Polizei nicht begegnen kann. Es muß dann zur Panik kommen. Und die Resignation folgt auf den Fuß.

Wir dürfen nicht immer gleich panisch loslaufen, sobald irgendeinem Bullen der Knüppel juckt! Aber Entschlossenheit allein reicht hier nicht. Auch in einer geschlossen daherkommenden Demonstration gibt es eine erste Reihe. Da muß man nicht gerade mit bloßen Armen, ohne Kopfbedeckung und in Sandaletten gehen. Ebenso wenig am Rand.

Wir sollten uns überlegen, ob nicht in jeder Gruppe ein paar gut ausgerüstete Leute zusammenkommen, die den Schutz der Demonstration nach außen übernehmen können.

Konsequenz ist:

- mehr Gewicht auf die politische Aussage einer Demonstration legen.
- Vorbereitungskommission, zusammengesetzt aus den Vertretern aller teilnehmenden politischen Strömungen, trifft verbindliche Absprachen über gemeinsames Öffentlichkeitsflugblatt, Route, Vorgehen, Parolen, Transparente usw. (Raum für Spontanes bleibt dann immer noch, z.B. Besuch bei Grauen Wölfen)
- Geschlossenes Bild der Demo, zügiges Vorangehen; weder Trauermarsch noch Hühnerhof
- keine Einzelaktionen, die die Masse der Demonstranten nicht tragen kann
- Trupp von Militanten, die den Schutz gegen Übergriffe gewährleisten.

Diskutiert die Kritik und die Vorschläge in euren Gruppen!

Das Plakat zu Olaf Ritzmanns Tod hat der Polizei immerhin so im Magen gelegen, daß sie meinte, es beschlagnahmen zu müssen (z.B. bei Cafe & Buch und in Ottensen).
Auch eine Wandzeitung zu Olafs Tod im Fenster von Cafe & Buch wurde von der Polizei fotografiert und ein Ermittlungsverfahren aufgenommen. Schön, daß ein paar Häuser weiter ein ehemaliger Autosalon sein Fenster für eine neue Wandzeitung zur Verfügung stellte.

Für Olaf Ritzmann

der gegen Strauß
mit uns
in Hamburg
im August
auf die Straße
ging
und deshalb
nicht mehr
lebt

1936 angesichts
des brennenden
Malaga
sagte ein alter
spanischer Anarchist

NICHT EIN STEIN
WIRD AUF DEM
ANDEREN BLEIBEN

(Fritz Schwarz)

Senator Staak vor dem Tod von Olaf:

"Die Polizei hat ihren Auftrag voll erfüllt"

Recht auf friedliche Demonstration wurde gesichert.

Senator Staak nahm am Dienstag, 26. August, vor der Landespressekonferenz zu den Demonstrationen vom Vortage in der Hamburger Innenstadt Stellung. Der Präses der Behörde für Inneres erklärte:

– "Die Polizei hat ihren Auftrag, den Zugang zur Wahlkampfveranstaltung von Franz Josef Strauß und die Veranstaltung selbst zu sichern, voll erfüllt.
– Das Recht auf friedliche Demonstration ist in Hamburg gesichert worden.
– Dies gilt auch gegenüber jenen, die es auf Störungen und gewalttätige Auseinandersetzungen abgesehen haben. Sie haben sich damit bewußt von den friedlichen Demonstranten abgesetzt."

Zu den Sachbeschädigungen erklärte der Innensenator:

"Zerstörungen, Brandstiftung und Beschädigung von privatem Eigentum von Einsatzfahrzeugen der Polizei und der Feuerwehr sind schärfstens zu verurteilen und werden unnachsichtig verfolgt. Gewalttätigkeiten haben bei uns in Hamburg in der politischen Auseinandersetzung keinen Raum. Alle Bürger sind aufgerufen, dazu beizutragen, daß Gewaltanwendung – gerade auch in Wahlkampfzeiten – vermieden wird."

Die Bevölkerung bat der Senator um Verständnis dafür, daß sich wegen des Rechts auf friedliche Demonstration Verkehrsbehinderungen nicht vermeiden ließen. Er dankte allen, die sich besonnen verhalten und entsprechend den Bitten der Polizei auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgegriffen haben.

Senator Staak fügte hinzu: "Mein Dank gilt insbesondere auch den Polizeibeamten aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und den Angehörigen des Bundesgrenzschutzes für ihr besonnenes Verhalten gegenüber den provokativen Aktionen gewalttätiger Gruppen."

(Staatl. Pressemitteilungen, Hamburg, 29. August 80)

Demo-Terror (aus ID Nr. 350)

Demonstrationstätigkeit in den Jahren 1970 — 1979

	1970		1971		1972		1973		1974		1975		1976		1977		1978		1979	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)
Baden-Württemberg	184	8	183	87	151	6	157	5	221	15	334	43	358	46	352	20	352	20	276	5
Bayern	177	28	241	23	265	20	254	14	264	10	195	4	187	4	222	4	280	5	268	7
Berlin	83	13	77	19	84	11	83	3	103	5	93	11	80	5	102	2	82	7	20	3
Bremen	22	–	18	–	19	–	38	–	59	–	87	4	84	9	112	54	106	4	96	3
Hamburg	70	3	56	3	60	3	82	7	90	9	159	19	153	15	173	21	172	25	262	6
Hessen	132	13	130	30	122	17	180	25	203	28	293	26	341	22	276	21	390	29	534	11
Niedersachsen	121	20	118	4	138	12	234	18	193	15	368	43	372	23	479	82	467	52	446	26
Nordrhein-Westfalen	489	45	624	36	617	7	655	50	620	49	838	38	1 184	55	927	31	967	40	1 072	18
Rheinland-Pfalz	56	2	38	4	40	–	47	–	75	2	104	3	87	–	73	3	80	6	241	7
Saarland	16	–	19	–	9	–	21	2	17	1	12	1	27	–	16	–	21	–	32	–
Schleswig-Holstein	33	–	44	2	42	1	54	1	77	10	68	18	83	9	155	12	63	12	80	2
Gesamt	1 383	132	1 548	208	1 547	77	1 805	125	1 922	144	2 551	210	2 956	191	2 887	250	2 980	200	3 327	98

Anmerkung
a) Gesamtzahl aller Demonstrationen
b) Anzahl der unter a) fallenden Demonstrationen, die unfriedlich verlaufen sind

Bereitschaftspolizei heute 9/80

Am 2. Juni 1967 wurde bei einer Anti-Schah-Demonstration der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Karl Heinz Kurras erschossen. Seitdem war die Polizei mit dem Schußwaffengebrauch bei Demonstrationen - im Gegensatz zu Einzelaktionen - weitgehend zurückhaltend. Der Schußwaffengebrauch bei den Einzelaktionen im Bereich der "Terroristenbekämpfung" nahm allerdings in den letzten Jahren sprunghaft an.
Der folgende Artikel, den wir der "Bereitschaftspolizei heute" Nr. 9 /80 entnahmen, könnte die Richtung anzeigen, die die Polizeiführung in Zukunft anstrebt:
der "neuen Qualität von Demo-Gewalt" mit Schußwaffen entgegenzutreten:

In der Weimarer Republik hat es Bürgerkriegs-Aufstände gegeben, die von der Polizei mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden.

In der Bundesrepublik gibt es seit den 60er Jahren gewalttätige Demonstrationen, denen die Polizei bisher ohne Schußwaffengebrauch begegnen konnte.

Seit dem „Schwarzen Dienstag" in Bremen, der Straßenschlacht am 6. Mai 1980 am Weserstadion, ist eine neue Qualität von Demo-Gewalt festzustellen:

Eine brutale, aggressive Gewalt, die sich auf die Polizeibeamten entlädt, die rücksichtslos Feuer legt, die zerstören und verletzen will, die sicher auch Tote billigend in Kauf nimmt.

Alle rechtschaffen denkenden Bürger sind entsetzt, die Politiker betroffen, die Polizei überrascht.

Aber ist das alles so unvorhersehbar? Es ist leicht zu richten, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Dennoch besteht die Verpflichtung zum Nachdenken, zum Analysieren, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

In Bremen gab es Anzeichen dafür, daß zumindest Sympathisanten der Terror-Szene mit im Spiel waren. Und dabei ist doch wohl folgendes interessant: Das, was wir heute als harten Kern, als 1. Generation des Terrorismus bezeichnen, hat Mitte bis Ende der 60er Jahre als Demonstrant, als Haus- und Betriebsbesetzer, als APO („Außerparlamentarische Opposition") angefangen, ist untergetaucht und wurde zur Mordbande.

Vereinfacht ausgedrückt gab und gibt es bei diesen kriminellen Vereinigungen zwei Richtungen:

Zum einen die „RAF" (Rote-Armee-Fraktion) und zum anderen die „Bewegung 2. Juni". Beiden ist gemeinsam, daß sie vor Gewalt und Drohung, vor Mord und Erpressung nicht zurückschrecken, um ihre Ziele zu erreichen.
In Nuancen aber unterscheiden sie sich dadurch, daß die „RAF" keine Rücksicht auf Meinung und Massen nimmt, während die „Bewegung 2. Juni" immer noch einen Rest an Legitimation dadurch zu erreichen sucht, daß sie um Sympathien für ihr Handeln bemüht ist.

Und hier kommt der berechtigte Verdacht auf, daß Demonstrationen und Besetzungen von an sich der Gewalt abholden Bürgern für terroristische Zwecke genutzt werden sollen:

Der eigentliche Anlaß solcher „Veranstaltungen" genießt teilweise Wohlwollen in der Öffentlichkeit – und das wünscht man sich für die eigene Mordbrennerei als Feigenblatt, als Alibi.

In einer neuen Erklärung der „Bewegung 2. Juni" heißt es neben anderen Aufforderungen zur Gewalt:

- Ein AKW, was trotz Bauplatzbesetzung und Demos nicht zu verhindern war, bleibt ein taubes Ei, wenn Hochspannungsmasten umgelegt werden.
- Ein Baukran arbeitet nur so lange für einen Bauspekulanten, so lange er nicht ausgebrannt ist.
- Ein Knastdirektor bekommt weniger durch Petitionen und Bettelbriefe einen Eindruck vom Knastalltag, als durch ein paar Kugeln in die Beine.

Mit dieser neuen Terrortaktik muß gerechnet werden – gerade auch bei der Bereitschaftspolizei, denn sie steht oft bei Demonstrationen und Besetzungen in vorderster Front. ■

WARUM WIR GEGEN STRAUSS DEMONSTRIERT HABEN!

Für uns revolutionäre Linke ist F.J. Strauß schon immer der Inbegriff von Reaktion gewesen. Sein Auftreten, die Skandale, in die er laufend verwickelt ist, und vor allem seine Reden, das heißt, sein politisches Programm.

Wir können uns sparen, ihn zu zitieren, mit dem Dreck, den dieser Mann von sich gegeben hat, sind bereits Bücher gefüllt worden. Jeder Denkende weiß, daß Strauß ein Faschist ist und kein Demokrat. Am Beispiel Strauß ist die Trennungslinie zwischen fortschrittlichen Menschen und Reaktionären einfach zu ziehen. Es bedarf nicht vieler Worte, um klar zu machen, daß wir in einer Front mit allen fortschrittlichen Kräften diesen Mann hindern müssen, an die Macht zu kommen.

WARUM IST STRAUSS KANZLERKANDIDAT

In einem kapitalistischen System dienen Wahlen immer nur den Herrschenden. Sie schaffen die bürgerlichen Freiheiten ab, wenn es ihnen genehm erscheint. Darum sollte man keine Illusionen über den Parlamentarismus haben. Die Bundestagswahl 1980 ist ein Spiegelbild der Stimmung im Volk, man kann an Wahlergebnissen ungefähr ablesen, wie weit die Staatsverdrossenheit, die Gleichgültigkeit geht, aber man kann auch feststellen, wie weit die Identifikation mit dem Staat geht. Und so können die Herrschenden ist etwa ablesen, wie weit sie mit uns gehen können. Darum ist Strauß Kanzlerkandidat geworden, um rauszukriegen, wie viele Menschen sich von den offen Reaktionären kaufen lassen.

Gewinnt Strauß die Wahl, heißt das für uns eine starke Einschränkung der demokratischen Rechte, die uns noch geblieben sind.

WARUM HABEN WIR VERSUCHT, ZUM MESSEGELÄNDE ZU KOMMEN?

Das ht im wesentlichen drei Gründe
1. Wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, wo wir demonstrieren, und haben darum praktisch unser Demonstrationsrecht verteidigt.
2. Wir wollen verhindern, daß ein Faschist in Hamburg ungehindert seinen Dreck ablassen kann, wir sehen es in diesem Zusammenhang als Erfolg an, daß Strauß nicht öffentlich auftreten konnte und nur unter dem Schutz von Polizei und BGS seine Scheiße verbreiten konnte, und zwar vor dem eingeladenen Abschaum Hamburgs. Diesmal blieben die Reaktionäre unter sich.
3. Wir haben uns aber auch abgesetzt von der "genehmigten" Demonstrationsroute, um klar zu machen, daß wir keine Jusos sind, die auf ihre Fahnen schreiben "Schmidt statt Strauß". Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen. Schmidt und Genscher dienen denselben Interessen wie Strauß.

Im Moment dienen sie diesen Interessen allerdings besser, darum sind sie noch an der Regierung.(?)

Sozialdemokratie heißt für uns Verrat. Unter dem Mantel einer Arbeiterpartei hagelt es Gesetze zum Schutze ihrer Freiheit gegen uns. Berufsverbote, Anti-Terror-Gesetze seien hier als Beispiele genannt.

Immer mehr Überwachung und Bespitzelung der fortschrittlichen Menschen. Ausbau des Polizeiapparates, Folter in den Gefängnissen durch Isolation und Bau von Hochsicherheitstrakten, Ausbau der Kernenergie und Zerschlagung jeden Widerstands. SPD/FDP heißt für uns Stammheim und Kalkar, Mogadischu und Gorleben. Darum halten wir nichts vom Geschwafel über kleines oder großes Übel. Nur der Kampf um demokratische Rechte, unser Widerstand auf allen Ebenen schützt uns vor einem schleichenden Faschismus mit einer ganz neuen Qualität in Deutschland.

IST IHR FEIND SO STARK?

Warum aber wird das Volk immer mehr unterdrückt und bespitzelt? Warum gibt es so eine Hysterie gegen Anarchisten und Kommunisten? Warum steht der Staat Kopf, wenn ein paar Stadtguerillas ab und zu eine bewaffnete Aktion machen? Ist der Staat schon so schwach, oder sind wir schon so stark?

Bestimmt nicht. Was hier läuft, sind Manöver. Hier wird sich vorbereitet auf die nächste Krise des internationalen Kapitals, die wieder auf dem Rücken der Völker ausgetragen werden soll. Sie wollen sich vorbereiten auf den nächsten imperialistischen Krieg. Darum soll die Bundeswehr salonfähig gemacht werden. Wir waren nicht in Bremen, um Randale zu machen, sondern um praktisch die Militaristen zu hindern, unser Volk kriegsmobil zu machen.

Um ihre Großmachtinteressen durchzusetzen, brauchen die Kapitalisten Ruhe im Innern. Und um die Interessen kommt keine Regierung rum, ob sie nun Schmidt oder Strauß heißt.

Um diese innere Ruhe zu wahren, war am 25.8., am Tag, als Strauß hier war, die Innenstadt abgeriegelt, haben Bullen in Nazimanier das Karolinenviertel durchkämmt und besetzt, haben alle Läden schließen lassen. Für diese innere Sicherheit haben sie unsere Abschlußkundgebung überfallen und Tränengas in den S-Bhf Sternschanze geworfen und die bereits sich auf dem Nachhauseweg befindlichen Demonstranten gehetzt und gejagt wie Tiere, dabei wurde Olaf vor eine fahrende S-Bahn getrieben und von ihr erfaßt. Er starb drei Tage später.

In der Beilage "Im Namen des Volkes" findet ihr die Anklageschrift für die am Sternschanzenbahnhof beteiligten Bullen!

Die Ereignisse dieses Jahres brauche ich wohn nicht noch einmal des langen und breiten hier auszuwalzen; es war schon öfter ein Ruschen durch den Blätterwald gegangen, wenn Punks mit Teds oder Bullen aneinandergerieten, richtiges Aufsehen gab es danne erstmals, als die Punks UND die Teds gemeinsam in Pöseldorf einfielen. An jenem Wochenende gab es 103 Festnahmen, und die Morgenpost fragte: "Die Punker – Nachfolger der Barmbeker Rocker?" (5.5.) Von da an tauchten nicht nur immer wieder Zeitungsreporter und -fotografen, sondern auch Zivilspitzel und Streifenwagen immer häufiger im Karolinenviertel auf; bei jeder Demo wurden Punks festgenommen, so auch bei der berüchtigten Anti-Strauß-Demo vom 25.8., und die Alternativszene machte Stielaugen und spitzte die Ohren: was war denn das, Amsterdam oder Zürich auf Hamburgs Straßen? Die taz meldete sich und zeigte ein reges Interesse, das sie bis dahin hatte vermissen lassen. Ich geriet eher zufällig in die Rolle einer Punkreporterin, weil ich mich vergleichweise oft in der "Marktstube" aufhielt und daher auch einige von den Leuten kannte.

Der Besuch im "Loretta" und die anschließende Auseinandersetzung mit den Zuhältern dürften wohl den meisten bekannt sein, ebenso die diversen Polizeiüberfälle auf die "Marktstube".

Jünst gab es dann Randale bei einer Veranstaltung der DKP, die hinterher verbreitete, unter den Punks seien "bekannte Neonazisten" gewesen – gemeint war ein Ex-Mitglied der Hansa-Bande. Das war am 6.9.. Am 10.9. rief dann ein Angestellter des Klick-Kinos die Bullen, weil ein paar Punks die Seiteneingänge für Freunde und Fans geöffnet hatten; drei andere Punks hielten der Kassiererin eine Gaspistole unter die Nase, als sie sie nicht reinlassen wollte (sie hatten Kinokarten). Tags drauf wurden abends auf einem Spielplatz im Karoviertel 21 Personen "in Gewahrsam" genommen; auf der Wache (natürlich Budapester Straße), so erzählten mehrere Leute, sei ein in Decken gehüllter und mit einem Helm getarnter Typ von Zelle zu Zelle gegangen und habe, je nachdem, genickt oder mit dem Kopf geschüttelt. Dabei ging es aber anscheinend nicht um die Kinosache vom Vortag, sondern um eine Schlägerei in der Marktstraße am 5.9., bei der ein Arbeiter mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gekommen war. Die Täter sollen Punks gewesen sein. Am Samstag, 13.9., wurden aus dem Cafe Köster in der Karolinenstraße 3 Leute bei einem Bulleneinsatz rausgeholt, man war auf der Suche nach "Rädelsführern".

Wenn ich mir die Chronologie der Ereignisse so ansehe, vermute ich fast, daß sie eine andere Qualität bekommen haben. Für mich ist es ein gewaltiger Unterschied, ob man Pöseldorf einen Beusch abstattet oder irgendeinem Laden in der Marktstraße die Scheiben einschmeißt und jemandem, der zufällig gerade da entlanggeht, eine Tasche klaut.

„There must be some kind of way out of here, so get it while you can – before you slip into unconsciousness, do it Your way" *

* Hier muß es doch irgendwo rausgehen – nimm's also, wenn du's kriegen kannst, bevor du in die Bewußtlosigkeit fällst, tu's auf Deine Art.

(Jimmy Hendrix, * * Janis Joplin Jim Morrison * * Sid Vicious)

Eigentlich hatte ich mir geschworen, nie wieder in der allzu kurzen Frist von zwei Tagen was für die GF zu schreiben, aber dann kam Cemihl und meinte, ich solle doch "noch'n Artikel über Pank" schreiben, mit "exemplarischen Beispielen". Cemihl hat nämlich eine Vorliebe für weiße Schimmel. Ich habe eine Vorliebe für Cemihl, also sagte ich ja. Außerdem war ich unzufrieden mit dem Durcheinander, was ich letztes Mal verzapft hab.
Heute ist der 10. Todestag von Jimi Hendrix. Das folgende widme ich ihm, Janis Joplin, Jim Morrison und Sid Vicious, die nicht nur Opfer von Drogen geworden sind, sondern Opfer eines kannibalischen Systems.

Ich habe hier gerade den 'Spiegel' (Nr. 27/80) aufgeschlagen, der auf einer Seite Zitate von Leuten aus der Hamburger Punk-Szene bringt, z.B.: "Über Aktionen: Man muß die Leute eben dazu bringen, sich zu überlegen, welche Fensterscheiben sie kaputtmachen und welche Läden sie ausräumen. Daß Tante Emma nun wirklich noch total korrekt ist und Karstadt eben nicht . . . Es gibt keine Organisation, es gibt keine Struktur, alles passiert in der Kneipe, in den Cliquen oder so, mit dem, der gerade am Tisch sitzt. Aber es ist kein großer Rahmen, das ganze kommt so aus Diskussionen in kleinen Gruppen, da ist einfach auf einmal irgendwas da."

In dem Zitat steckt eine ganze Menge Wahres. Klar finde ich wirklich, daß man sich überlegt, gegen wen man vorgeht, wer der wirkliche Gegner ist, und das sind sicher nicht die Bewohner des Karolinenviertels, zumindest nicht hundert Prozent von ihnen. Leider scheint das eben vielen Leuten nicht so klar zu sein: Hauptsache, es scheppert irgendwo.

Richtig, es gibt auch keine Organisation; das ist einerseits ein Vorteil, denn wie leicht Organisationen auszumachen und zu kriminalisieren sind, das hat man an den K-Gruppen hinreichend gesehen, und auf etwas Spontanes, Unberechenbares reagieren der Staat und seine gedrillten Roboter eher hirn- und hilflos, weil sie einfach keine Phantasie entwickeln und sich nicht vorstellen können, daß jemand anders als nach einem strengen Plan vorgeht. Aber Achtung, Obacht, Vorsicht: wenn man spontan eine Aktion ins Auge faßt "mit dem, der gerade am Tisch sitzt", dann kann man eben nicht so genau wissen, mit wem man es zu tun hat, und daß reichlich Spitzel unterwegs sind, darüber macht sich wohl niemand Illusionen. An den Bremer Krawallen sollen sich, abgesehen von denen, die aus wirklicher Wut Steine warfen, auch eingeschleuste agents provocateurs beteiligt haben. Leute also, die für die Gegenseite arbeiten und versuchen, andere zu irgendwelchen strafbaren Aktionen anzustiften, um sie dann verhaften zu lassen. Wer bei einer Demo einen Stein wirft, nur weil ihm gerade danach ist, der muß damit rechnen, daß auf irgendeinem Balkon, hinter irgendeiner Gardine ein Polizeifotograf lauert, der nur auf solche spektakulären Dinge wartet.

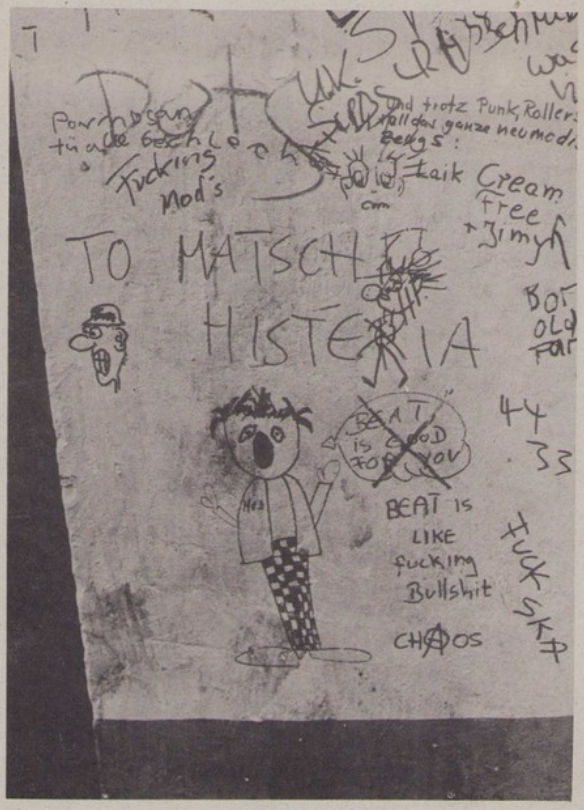
Im Punk – ob man es nun 'Bewegung' oder sonstwie nennen will, gibt es ein Wahnsinnspotential an Wütenden und Unzufriedenen, die in der Lage sein könnten, auch den alternden Spätsechzigern und den Resignierten wieder Mut zu machen; die Frage ist wirklich, wie man verhindern kann, daß alle Energie auf sinnlose Hauereien, aufs Saufen oder höchstens noch auf die Musik (und das wäre nicht einmal das Schlechteste!) verwendet bzw. verschwendet wird. Irgendwann muß es doch einfach jedem einleuchten, daß es nichts bringt, mit einer Gaspistole in der Gegend rumzufuchteln oder in der Marktstube die Möbel zurechtzurücken; irgendwann müssen doch alle an einen Punkt kommen, an dem sie sich Gedanken machen . . . oder nicht? Vielleicht gibt es einfach allzuviele, die einfach "Bock auf Randale" haben, egal wogegen oder wofür, die das bloße "hanging around" beim Bier nicht befriedigt, ganz zu schweigen von dem Mangel an Gelegenheiten, in dieser Stadt was gutes zu unternehmen. Wenn das alles aber so weiterläuft, und da habe ich schlimmste Befürchtungen, hat es der RECHTSstaat verdammt leicht, die Punks regelrecht einzumachen, bei passender Gelegenheit an der erstbesten Straßenecke abzugreifen und ihnen kräftig eins überzuziehen. Die veröffentlichte Meinung in Gestalt unserer geliebten Springer-Zeitungen tut das ihrige dazu, und die Spießbürger sind nur zu erfreut, wenn sie mal wieder was haben, worüber sie sich aufregen können.

Da genügt es auch nicht, wenn große Teile der Linken jetzt Beifall klatschen und einfach alles, was die Punks machen, "tierisch geil" finden; sich anstecken, Mut machen lassen und sich andererseits einfach auf einen fahrenden Zug zu schwingen, das sind zwei verschiedene Sachen. Wie liefe es denn, wenn sich die verschiedenen Gruppen verständigen könnten, wenn gemeinsame Sachen laufen würden, wenn man sich gegenseitig unterstützte? "Das klappt nie", höre ich jetzt so manchen sagen. Wir haben es doch noch nie richtig versucht, oder? Diskussionsgrundlage für alle könnte zum Beispiel das Flugblatt der BI Umweltschutz Altona sein, das mir sehr gut gefällt.

Natürlich meine ich trotzdem nicht, daß sich jetzt die einen total auf die anderen einklinken und daß alle das gleiche machen; die meisten von uns sind nun mal keine Punks und werden's auch nicht mehr, ob zu früh geboren oder schlicht anders gesonnen; "support your local punk" gilt für mich nach wie vor, "support" heißt ja unterstützen, nicht auffressen. (Mir gefiele es schon mal gut, wenigstens den einen oder anderen NAMEN zu wissen, wenn ich mich nach einer Verhaftung um jemanden kümmern will; wenn du anfragst, ob, sagen wir, ein gewisser "Ratte" festgenommen worden ist, legen die gleich wieder auf). Daher sollte man auch die Idee des GF-Infos unterstützen und ausbauen.

Gibt es das, den Weg zwischen totaler Organisation und totalem Spontaneismus? Gibt es das HIER und JETZT?

Edeltraut Jost-Rellek



z. Lage d. Nation

Vorabdruck aus dem Buch ". . . und ein verlorenes Land?" von Kerstin Eitner und Erwin Jansen, das demnächst im VITAMIN-Verlag Heidelberg erscheinen wird – erhältlich in einigen Buchhandlungen oder bei Vitamin, Klingelhüttenweg 19, 69 Heidelberg, für ca. 8,- DM.

Daß man in unsren
Gefängnissen verreckt
Nicht nur
in denen aus Beton
in Zellen, weißer als weiß
Sondern auch
in jenen
grauverschlungenen
nervenzuckenden
unter dem Schädeldach.
Schlimmer noch
Kein Gnadengesuch
keine Amnestiekampagne
und kein Fluchtversuch
führen hinaus:
Banalitäten
daß Du nur versuchen kannst
aus dem Kerker Deines
Kopfes heraus
zu kämpfen
oder
in dem Du Dir eine
Kugel durch denselben jagst
ihn zu sprengen

SchalLoch

Gitarren, Lauten, Drehleiern

"Im Namen des Volkes"

Nr. 5

October 80

Hamburger Informationen über politische Verfolgung

Von der Polizei vor die S-Bahn getrieben: Olaf ist TOT!

Im folgenden drucken wir die Strafanzeige ab, die gegen die verantwortlichen Polizeibeamten wegen des Todes von Olaf Ritzmann gestellt worden ist.

Es wird bewiesen, daß Hamburger Senat und die Polizei-Führung bei dem seit langem größten Polizeistaatsmanöver am 25.8. zu Ehren von F.J. Strauß Tote "billigend in Kauf genommen hat".

Wir erstatten hiermit

Strafanzeige

gegen die Verantwortlichen bei der Hamburger Polizei für den mehrfachen Einsatz von Polizeikräften im Anschluß an eine bereits aufgelöste Kundgebung am Hamburger S-Bahnhof Sternschanze am 25.8.1980. Die Vorgänge, auf die sich die Strafanzeige stützt, ereigneten sich am 25.8.1980 zwischen 21.15 und 21.50 Uhr. Die Strafanzeige richtet sich vornehmlich gegen die Verantwortlichen bei der Hamburger Polizei für den Polizeieinsatz, der etwa um 21.20 / 21.21 Uhr in den Bahnhof Sternschanze hingeführt wurde und der in fahrlässiger Weise schuldhaft die Bedingungen für den Tod des 16jährigen Olaf Ritzmann schuf. Die für diesen Polizeieinsatz verantwortlichen Polizeikräfte sind daher der fahrlässigen Tötung von Olaf Ritzmann verdächtig. Im einzelnen liegt der Strafanzeige folgender Sachverhalt zugrunde:

Zwischen 21.10 und 21.20 Uhr wurde die Kundgebung vor dem Bahnhof durch eine Ansage des Lautsprecherwagens aufgelöst. Ruhig und friedlich bewegten sich mehrere Hundert Menschen auf den Bahnhof zu.

Ab ca. 21.20 Uhr erfolgte der erste Polizeieinsatz in der Weise, daß

1. mindestens 5 Mannschaftswagen und mehrere PKWs der Polizei aus der Richtung Stresemannstraße die Schanzenstraße hinauf fuhren und mit der Spitze in der Höhe Dänenweg vor dem Bahnhof stoppten,

2. aus den Mannschaftswagen Polizeibeamte mit Schilden, Schlagstökken und Gasschutzbrillen heraussprangen,

3. die in den PKWs heranfahrenden Polizeibeamte ausstiegen, aus den Kofferräumen der Fahrzeuge entsprechende Ausrüstungen entnahmen und diese anlegten,

4. seitens der Polizei zu keinem Zeitpunkt dieses Einsatzes eine Warnung bzw. Aufforderung zu bestimmtem Verhalten an die dort anwesenden Menschen gerichtet wurde,

5. Polizeibeamte sofort die Ausgänge Schanzenstraße und Dänenweg des Bahnhofes Sternschanze abriegelten und sich in diesen Eingängen formierten,

6. bei diesen Vorgängen bereits auf die dort erreichbaren Menschen von Polizeibeamten eingeprügelt wurde,

7. ein 3. Trupp von Polizeibeamten sich keilförmig formierte, mit den Knüppeln auf die Schilde schlagend in die Bahnhofshalle hineindrängte, dieses Schlagen auf die Schilde in der Bahnhofshalle fortsetzte und dann begann, die Knüppel zu schwingen und schließlich auf die in Richtung Bahnsteigtreppe flüchtenden Menschen einschlug,

8. mindestens 3, möglicherweise auch 4 Tränengas- oder andere reiz- und qualmerzeugende Wurfkörper zum Einsatz kamen, die in der die Treppe hinaufflüchtenden Menschenmenge detonierten,

9. die Verfolgung der flüchtenden Menschen durch die Polizeibeamten auf den Bahnsteig, mindestens aber zum oberen Treppenabsatz fortgesetzt wurde,

10. während dieses Einsatzes der Bahnhof aus der Luft durch einen Hubschrauber ausgeleuchtet wurde.

Bei Ankunft der Polizei am Bahnhof Sternscl anze drängten sich die Menschen in die Bahnhofshalle.

(. . .)

Der oben beschriebene Einsatz der Polizei löste unter den Menschen dort eine panikartige Fluchtbewegung aus. Wegen der von Polizeibeamten abgeriegelten Ausgänge blieb dieser Menschenmenge nur der Weg über die Treppe hinauf in Richtung Bahnsteig offen.

Die Fluchtbewegung der Menschenmenge wurde durch die oben auf dem Bahnsteig befindliche Sperre und durch Gebäude gehemmt, die sich einige Meter weiter auf dem Bahnsteig befinden.

Als auf dem Bahnsteig eine drangvolle Enge entstand, springt eine nicht genau bekannte Anzahl von Menschen in dieser Situation auf die Gleise und läuft Richtung Holstenstraße, wobei sich diese Flüchtenden unterschiedlich verhielten. Einige liefen ein Stück, um dann abzuwarten, andere liefen weiter und rutschten den Bahndamm hinunter, wieder andere verharrten im Schutz der Büsche; die gleich hinter der Bahnbrücke, vor den dort stehenden und liegenden Häusern und Gärten wachsen.

Zu dem Zeitpunkt, als das oben beschriebene Vordringen der Polizeibeamten im Bahnhof beendet war, bewegten sich die Menschen auf den Gleisen zögernd zurück. Bei diesem Zurückgehen wurde Olaf Ritzmann von der S-Bahn erfaßt und tödlich verletzt.

Der Zeitpunkt dieses Unglücks wurde von der Polizei mit 21.23 Uhr angegeben, wobei seitens der Polizei nicht erklärt ist, ob diese Zeit dem Fahrplan des Unglückszuges entnommen ist oder auf sonstigen Feststellungen beruht.

II

Um 21.29 Uhr erreichte eine S-Bahn aus Richtung Dammtor den Bahnhof Sternschanze, der Bahnpolizisten mit Hunden entstiegen. Um 21.38 Uhr wurde der verletzte Olaf Ritzmann die Bahnsteigtreppe hinuntergetragen und in einen Notarztwagen gebracht. Als der Arztwagen abfuhr, erreichte eine neue Hundertschaft der Polizei aus Richtung Pferdemarkt den Sternschanzenbahnhof. Es gab also in diesem Geschehen einen zweiten Polizeieinsatz. Zu diesem Polizeieinsatz ist folgendes herauszustellen:

1. der S-Bahnverkehr war bereits wieder freigegeben, als diese Polizeibeamten in den Bahnhof hineinstürmten und die Eingänge abriegelten.

2. Bei diesem 2. Einsatz der Polizei bewegten sich die Beamten bis weit auf den Bahnsteig hinaus.

3. Auf dem Bahnsteig stehende Menschen wurden von Polizeibeamten geprügelt, in mehreren Fällen wurde auf bereits gestürzte Menschen weiter eingeschlagen.

4. Eine in Richtung Hauptbahnhof stehende S-Bahn hatte die Türen zur Abfahrt bereits geschlossen, als die Türen durch im Zug befindliche Menschen wieder aufgerissen wurden, worauf Polizeibeamte auf die eiligst in die Bahn flüchtenden Menschen einschlugen.

5. Noch als die Bahn abfuhr, schlugen Polizeibeamte mit Schlagstökken gegen die Bahn,

6. Zu dem Zeitpunkt, als dieser 2. Einsatz der Polizei begann, hatte bereits die Mehrzahl der Menschen, die während des 1. Einsatzes noch zugegen waren, den Bahnsteig verlassen.

III.

Zur rechtlichen Bewertung dieser geschilderten Vorgänge und des damit verbundenen Verhaltens insbesondere der führenden Polizeikräfte ist auf folgendes hinzuweisen:

Der in dieser Strafanzeige eingegrenzte Polizeieinsatz erfolgte grundlos und willkürlich. Die Beweggründe für diesen durchgeführten Einsatz können allenfalls in Motivationen liegen, die außerhalb rechtmäßigen polizeilichen Einschreitens angesiedelt sind. Führenden Polizeikräften und den unmittelbar handelnden Polizeibeamten war das hohe Maß an Gefährdung für die von ihnen zurückgedrängten und gejagten Menschen insbesondere durch die Verkehrsanlage der S-Bahn bewußt. Angesichts der besonderen Gefahr, die für Menschen von fahrenden Zügen ausgeht, war für die Polizeibeamten vorhersehbar, daß ein solches polizeiliches Vorgehen auch zum Tod von Menschen würde führen können. Eine entsprechende Folge ist auch eingetreten. Diese Folge war nicht nur einsehbar dadurch vermeidbar, daß ein solcher Polizeieinsatz unterblieben wäre, sondern er war dadurch auszuschalten, daß vor der Durchführung des polizeilichen Einsatzes, für den keinerlei Dringlichkeit geboten war, der Zugverkehr gesperrt worden wäre.

Eine unmittelbare Verpflichtung für Polizeibeamte zu entsprechendem vorbeugenden Verhalten bei Polizeieinsätzen ergibt sich aus der polizeilichen Dienstvorschrift (PVD) 100.

Hamburger Innenbehörde und Polizeipressestelle haben in den letzten Wochen keine Gelegenheit ungenutzt gelassen, in der Öffentlichkeit Erklärungen zum Tod von Olaf Ritzmann herauszugeben. Für die Bewertung der Schlüssigkeit dieser Strafanzeige erscheinen uns zwei Dinge von erheblicher Bedeutung:

Einmal gab es in mehreren Erklärungen auch nicht den geringsten entschuldigenden Hinweis dafür, daß weder unmittelbar vor noch während des angreifenden Polizeieinsatzes der Zugverkehr nicht angehalten und das Gebiet nicht abgesperrt worden ist. Zum anderen waren diese Erklärungen zueinander widersprüchlich und stimmten im übrigen mit den Tatsachen nicht überein. Dies wird an folgendem deutlich:

1. Zwischen dem 25.8. und 5.9.80 wurden 4 voneinander abweichende Schilderungen zu diesen Vorgängen vorgelegt.

2. Auf der Pressekonferenz am 26.8.80 wurde seitens der Polizei erklärt, daß sich zum Zeitpunkt des Unfalls von Olaf Ritzmann Polizeikräfte in der Bahnhofshalle befunden hätten.

Fortsetzung S. 13

Wir sind eine Gruppe, die sich von Anfang bis jetzt mit dem Prozeß gegen Brigitte Heinrich befaßt hat. (Prozeßbesuche, Öffentlichkeitsarbeit). Nun ist ein Urteil von 21 Monaten ohne Bewährung gefällt worden. Die Verteidiger von Brigitte haben schon in ihren Plädoyers darauf hingewiesen, daß der Verfahrensablauf zwei Revisionsgründe aufweist:

1. Verletzung der Unmittelbarkeit, d.h. das Recht der Angeklagten, die beschuldigenden Zeugen selbst zu hören, zu sehen und zu befragen ist in diesem Prozeß verletzt worden.
2. dürfen Personen, die laut Anklageschrift Mittäter sind, nicht zu Zeugen gemacht werden.
Die Zulassung der Revisionsverhandlung ist schon beantragt. Wir wollen aber nicht warten, bis der Antrag entschieden ist, weil es bei diesen Prozeßpraktiken hier gut möglich sein kann, daß eine Revision abgelehnt wird. Das bedeutet für Brigitte, daß sie noch am Tag der Ablehnung in den Knast muß.

KNAST: 21 MONATE

Vorgeschichte

Im Februar 1971 wird Brigitte Heinrich zum 1. mal verhaftet. Sie soll einem Mitglied der RAF eine "konspirative Wohnung" besorgt haben. Das Ermittlungsverfahren wird im November 72 eingestellt.

Im November 1974 wird Brigitte im Zuge der "Aktion Winterreise", deren offizielles Ziel die Terroristenfahndung ist, wieder verhaftet. Mit dieser Aktion, bei der Wohnungen aufgebrochen und verwüstet, Inventar beschlagnahmt und zahlreiche Leute festgenommen werden, demonstriert der Staatsapparat Stärke, die die ganze Linke treffen soll.

Brigitte sitzt 5 Monate in Isolationshaft, weil gegen sie als "Mitglied einer kriminellen Vereinigung (§ 129)" ermittelt wird. Die unhaltbaren Vorwürfe stützen sich einzig und allein auf die Aussagen der "Zeugen" Rolf Mauer, der offen zugibt, von Beruf Belastungszeuge zu sein, und Jürgen Bodeux, der im Schmücker-Prozeß als Kronzeuge auftrat.

Im April 75 wird der Haftbefehl unter den Auflagen: einer Kaution, die BRD nicht zu verlassen, erst zweimal dann einmal wöchentliche Meldepflicht außer Vollzug gesetzt. Auf Grund des bestehenden Haftbefehls wird ihr die Verlängerung des Lehrauftrags an der Frankfurter Uni verweigert.

1976 wird dann der Haftbefehl der "Winterreise" aufgehoben, weil die Vorwürfe nicht beweisbar sind. Aber es folgt noch am selben Tag ein neuer Haftbefehl, der allerdings unter dem Aktenzeichen des alten Haftbefehls weitergeführt wird. Das bedeutet für Brigitte. daß sie keine Haftentschädigung für die 5 Monate Isolationshaft bekommt.

Im neuen Haftbefehl wird ihr vorgeworfen, Handgranaten und Tretminen, die aus Schweizer Armeedepots entwendet wurden, über die grüne Grenze von der Schweiz in die BRD transportiert und an die "RAF-Nachfolgeorganisation 4.2." weitergeleitet zu haben.

Im Juni 1978 beantragt Generalbundesanwalt Rebmann die Zulassung der Anklage vor dem 2. Strafsenat des OLG Stuttgart. Im August gibt das OLG Stuttgart das Verfahren an die Staatsschutzkammer des Landgerichts Karlsruhe ab, obwohl es üblich ist, das Verfahren am Ort des Tatgeschehens oder wenn das nicht möglich ist am Wohnort des Angeklagten durchzuführen.

Im November beantragt die Staatsanwaltschaft Karlsruhe die Bestellung eines weiteren Verteidigers. Telefonisch sagt der Vorsitzende Richter dem Verteidiger von Brigitte, RA Heldmann, zu, einen zweiten Verteidiger zu bestellen. Brigitte beantragt die Beiordnung von RA Baier. Im Dezember bestellt dann die Staatsschutzkammer statt RA Baier den Rechtsanwalt Karlheinz Linke zum Pflichtverteidiger. Brigitte fordert Linke auf, seine Entpflichtung zu beantragen. Linke kommt dieser Aufforderung nach, aber sein Antrag auf Entpflichtung wird abgelehnt.

Die neue Anklage lautet auf Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Diese Anklageschrift enthält ebensowenig Beweise wie die früheren Beschuldigungen. Über sie wird versucht, eine Täterpersönlichkeit aufzubauen, deren Eigenschaften so gezeichnet sind, daß sie die Tat begangen haben könnte.

Dazu der Verteidiger Brigittes, RA Heldmann:
"Der Anklagesatz von 3 1/2 Seiten sagt, welche Tat ihr vorgeworfen wird, dann umfaßt die Anklageschrift weitere 53 oder 54 Seiten. In diesen 53 oder 54 Seiten wird dann breit ausgemalt, daß Brigitte Heinrich diese Tat getan haben muß, weil nämlich über ihre Persönlichkeit so viele Erkenntnisse vorliegen, daß nichts, so sagt dieser Teil der Anklageschrift, daß nichts dagegen spräche, sie hätte es nicht getan.

Im Anklagesatz heißt es: sie hat im Dez. 1973 und im Jan. 74 von 3 Schweizer Bürgern Tretminen in Empfang genommen. Hat sie in die BRD gebracht und hat sie dann der Gruppe '4.2.', also Margit Schiller, Eberhard Becker usw., zugeleitet. Dafür bietet die Anklage aber keinen Beweis. Statt dessen heißt es dafür in der Anklage, 'nach unseren Erkenntnissen' muß sie es getan haben, denn sie ist ja seit vielen Jahren bekannt dafür, daß sie verdeckt terroristische Gruppen unterstützt. Das aber hat sie überdeckt mit einer Vielzahl von Publikationen über die Probleme der Dritten Welt und über die Intervention des internationalen Monopolkapitals. So hat sie also, so deduziert die Anklage, die Rolle der engagierten Publizistin gespielt, während sie unter der Decke ihrer eigenen öffentlichen Abbildung seit vielen Jahren die Helferin von Terroristen war. . ."

Die Rechtsfigur der Täterpersönlichkeit ist ein Rechtsinstitut aus der nationalsozialistischen Rechtsdoktrin. Dieser gesetzliche Tatbestand wurde aufgelöst durch das strikte Verbot, Analogien zu einem Tatbestand zu ziehen und per Analogie einen Menschen zu verurteilen, obgleich die Tat nicht im Kontext normiert ist.

So ist die hier von der Anklage des Generalbundesanwalts versuchte Beweisführung rechtlich unzulässig. Die Beweisführung muß vielmehr ausschließlich darauf gerichtet sein, eine bestimmte Tat im Sinne unserer Strafgesetze exakt nachzuweisen. Diese Beweisführung darf nicht ersetzt werden durch Rückgriff auf die Behauptung, die Angeklagte sei eine gefährliche oder sozial lästige Persönlichkeit.

Der Prozeß

Am 3.10.1979 beginnt vor der Staatsschutzkammer des Landesgerichts Karlsruhe gegen Brigitte der Prozeß, wo sie am ersten Prozeßtag eine Erklärung abgibt.

Brigitte, die sich während der Studentenbewegung politisierte und zum Thema Internationalismus arbeitete, erklärt, wie sich die linke Bewegung durch die Erschießung von Benno Ohnesorg anläßlich einer Demo gegen den Schahbesuch zunehmend radikalisierte. Die Frage nach dem besonderen Interesse der BRD am Schahbesuch wurde zunehmend bedeutender. Es ging darum, bewußt zu machen, daß die Herrschaft von Gewaltregimen untrennbar verbunden ist mit dem Interesse, kapitalistische Verhältnisse in den Ländern der sogenannten 'Dritten Welt' zu etablieren bzw. zu verteidigen.

Informationen über die Verfolgung Oppositioneller, von den Folterungen politischer Gefangener durch den SAVAK und den andauernden Hinrichtungen von Schahgegnern wurden der Bevölkerung der BRD vorenthalten. Die Unterdrückung der iranischen Opposition durch den SAVAK auch in der BRD als Vorbedingung zukünftiger Ölgeschäfte zeigt, in welcher Art und Weise die Bundesregierung das Unterdrückungsregime des Schah unterstützte. Darüber Öffentlichkeit herzustellen, sah die iranische und nichtiranische Opposition des Schahregimes und der imperialistischen Staaten als notwendig an.

Dazu Brigitte selber:
". . . Und damit komme ich zu einem Vorgang, der zwar in der Anklageschrift nicht wiederzuerkennen ist, der aber doch gemeint sein könnte, wenn vom Grenzgebiet Schweiz-Bundesrepublik die Rede ist. In der TAt bin ich in der Region um die deutsch-schweizerische Grenze gewesen, wo mir auch ein Waldweg in Erinnerung ist. Mein Interesse an diesem Weg galt aber keineswegs dem Transport explosiver Dinge von der Schweiz in die BRD. (Es wäre doch absurd anzunehmen, daß jemand, der die Absicht hat, Kriegswaffen illegal über eine Grenze zu transportieren, sich völlig unbekannten Personen gegenüber mit richtigem Namen ausgibt.) Im Gegenteil ging es darum, eine Möglichkeit herauszufinden, wie die Grenze von der BRD in Richtung Schweiz unbemerkt passiert werden kann und zwar für Personen, denen bei bestimmten Anlässen ein legaler Übertritt verwehrt wurde. Dies war immer dann der Fall, wenn Schah Reza Pahlevi sich anschickte, seinen Luxusurlaub im Engadiner Prominenten-Kurort St. Moritz zu machen, während sein Volk daheim verhungerte und von seinen Erfüllungsgehilfen massakriert wurde. Meine Erkundungen galten folgendem: den Landeskindern des Schah zu ermöglichen, eine öffentlichkeitswirksame Begegnung mit dem damals noch mächtigsten Mann im Iran herbeizuführen."

Während der folgenden Verhandlungstage berichten Staatsschützer von Durchsuchungen in sogeannten konspirativen Wohungen, werden 2 Verhandlungstage lang die Urteile gegen den sogenannten "4.2." vorgelesen, in denen Brigitte jedoch nicht erwähnt wird. Am 5. Verhandlungstag erscheint zahlreich die Presse, da das Gerücht umgeht, daß OStA Enz erwartet, daß Brigitte eine Distanzierungserklärung abgeben würde, und dann auch schon am selben Tag das Urteil zuerwarten sei. Wo Enzens Wille ist, ist kein Weg. Brigitte gibt an diesem Tag eine Erklärung ab, in der sie ihre Gegnerschaft zum Schahregime begründet.

Die abenteuerlichen Zeugenvernehmungen

Der Vorwurf des Waffentransportes stützt sich auf Aussagen der drei Schweizer Zeugen Städeli, von Arb und Egloff, die in der Schweiz wegen Diebstahls der Waffen, die Brigitte weitergegeben haben soll, verurteilt worden sind. Direkt zu diesem Vorwurf wird jedoch während des Prozesses als einziger Zeuge Peter Egloff am 19.11.79 vernommen, der unter der Zusicherung freien Geleits aus der Schweiz angereist war.

Zur Vorgeschichte: Da den drei Schweizern bei der Einreise in die BRD die Verhaftung droht, wurden die, für den Prozeß relevanten, Vernehmungen am 18.9.79 von der Bezirksstaatsanwaltschaft Zürich in der Schweiz vorgenommen. Brigitte konnte an der Befragung nicht teilnehmen, da die schweizer Justiz ihr mitgeteilt hatte, sie müsse, falls sie von ihrem Recht der Zeugenbefragung Gebrauch mache, mit ihrer sofortigen Verhaftung rechnen. Auch die Verteidiger konnten nicht, wie in jedem Prozeß üblich, die Zeugen direkt befragen. Von den Belastungszeugen ist Städeli erst gar nicht erschienen, van Arb wollte zu seiner früheren Aussage nichts mehr hinzufügen. Egloff verweigerte unter den gegebenen Bedingungen die Aussage und verlangte freies Geleit nach dem "eruopäischen Rechtshilfeabkommen", um als Zeuge in Karlsruhe erscheinen zu können.

Vernommen wurden deshalb am 18.9. in der Schweiz nur die Polizeibeamten, die vor Jahren die Aussagen zu Protokoll genommen hatten. Sie antworteten auf die ihnen vorher schriftlich zugesandten Fragen durch Verlesen von Berichten, die sie aus den alten Vernehmungsprotokollen von 1975 zusammengestellt hatten.

Am 19.11. bestätigte Egloff in Karlsruhe, daß die Tretminen bei Rafz an eine deutsche Frau mit Decknamen "Brigitte" übergeben wurden. Das sei aber nicht Brigitte Heinrich gewesen. Obwohl Egloff nicht widersprüchlich zu seinen bisherigen Aussagen aussagte, läßt der Staatsanwalt ihn gleich nach seiner Vernehmung im Gerichtssaal festnehmen. Ens war offenbar so von einer Falschaussage des Schweizers überzeugt, daß schon am Morgen alle Vorkehrungen für diese Festnahme getroffen waren. Tagsdrauf ergeht Haftbefehl wegen uneidlicher Falschaussage. Peter Egloff wurde erst am 22.2.80 aus der Haft entlassen.

Im Gegensatz zu Egloff wurde im August 79 ein Neonazi aus den USA nach einer Stunde Vernehmung trotz des Verdachts der Falschaussage und faschistischer Propaganda vor Gericht mit Rücksicht auf den Grundsatz des "freien Geleits" wieder entlassen.

Nach dem Kidnapping Egloffs lehnten schwedische Zeugen im Adomeit/Kröcher-Prozeß es ab, der Ladung vom OLG Düsseldorf nachzukommen; ein anderer Zeuge aus Frankreich wurde im Niemandsland auf der Rheinbrücke bei Kehl vernommen.

Am 27.5.80 wurde Städeli auf eigenen Wunsch zu seinen damaligen Aussagen in der Schweiz vernommen. Er war der einzige der 3 Schweizer, der in seinen damaligen Aussagen Brigitte Heinrich erwähnte. Jetzt sagt er: "Ich möchte dazu sagen, daß ich 77, als ich aus dem Gefängnis kam, und ich mein Einvernehmen durchlas, merkte, daß ich bezüglich der Transporte und Waffen ein bißchen Durcheinander machte." Er konnte sich nicht daran erinnern, daß ihm Schweizer Vernehmungsbeamte ein Foto von Brigitte Heinrich vorgelegt hätten. Er bestätigte, daß er damals die Vernehmungsprotokolle unterschrieben hatte, erklärte aber, dies unter Druck gemacht zu haben, da, wenn er nicht aussagen würde, seine schwangere Frau weiterhin in Haft bleiben müsse.

Zum Vorwurf, Brigitte habe 5 Tretminen an den sog. "4.2." weitergeleitet und damit eine kriminelle Vereinigung unterstützt, werden die am 4.2. Verhafteten von Staatsanwalt Ens als Zeugen geladen. Alle Zeugen dieser Gruppe haben im Prozeß ausgesagt, daß sie mit Brigitte zu dieser Zeit keinen Kontakt hatten, bzw. sie erst nach ihrer Haftentlassung kennengelernt, bzw. sie erst im Gerichtssaal kennengelernt haben. Ansonsten weigerten sich die Zeugen, Aussagen zu machen. Eberhard Becker verweigerte jegliche Aussage – Grund genug für OStA Ens, den Zeugen für 3 Monate in Beugehaft zu stecken und ihm 100,- DM Ordnungsstrafe und die Kosten des Verhandlungstages aufzubrummen.

Die Verteidigung beantragte am 5.3.80 Teherani dafür zu hören, daß er mit Brigitte in die Schweiz gereist war, "um die Möglichkeit öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten gegen den Schah während seines Aufenthaltes in der Schweiz zu erkunden", und nicht um irgendwelche Waffentransporte durchzuführen. Teherani lehnte es ab, in die BRD zu kommen, wegen der Egloff-Affäre, erklärte sich jedoch bereit, in der deutschen Botschaft in Teheran auszusagen.

An Sicherheitsbedenken der deutschen Botschaft, in einem Schreiben vom 20.5.80, drohte jedoch die Vernehmung dieses Zeugen zu scheitern. Deshalb lehnte das

FORTSETZUNG: S. 13

Fortsetzung der Strafanzeige

3. Am 28.8.80 wurde in mehreren Hamburger Tageszeitungen eine Polizeidarstellung veröffentlicht, nach der die Anwesenheit der Polizei in der Bahnhofshalle zu diesem Zeitpunkt entfällt und statt dessen von einer erst um 21.40 Uhr eintreffenden Hundertschaft berichtet wird.

4. Am 29.8.80 mittags gab die Polizei zusammen mit der Meldung von Olaf Ritzmanns Tod eine widerum abweichende Darstellung gegenüber der Presse, in der wieder von der Anwesenheit von Polizeikräften gesprochen wird, die zu der oben beschriebenen Zeit allerdings nur unter der Brücke (beim S-Bahnhof Sternschanze) Amtshandlungen gemacht hätte.

5. Am 5.9.80, einen Tag nach der Pressekonferenz eines "Ermittlungsausschusses" publizierte das 'Hamburger Abendblatt' eine 4. Darstellung der Polizei, in der die Ankunft einer Hundertschaft um etwa 21.18 bis 21.22 Uhr bekannt gegeben wurde und ebenfalls, daß Polizeibeamte aus dieser Hundertschaft bis in das Treppenhaus des Bahnhofs vorgegangen seien. In dieser Darstellung gab die Polizei auch ihr Einsatzziel bekannt, nämlich die Ergreifung eines Lautsprecherwagens. Dieser befand sich jedoch nachweislich zum Zeitpunkt des Einsatzes nicht am Einsatzort.

Wer in amtlicher Eigenschaft zu dem Tod eines Menschen derart falsch und widersprüchlich die Öffentlichkeit in eigener Sache informiert, muß sich den Verdacht gefallen lassen, daß er erhebliche Schuld am Tod dieses Menschen zu vertuschen sucht.

Wenn wir nachstehend Zeugen für das oben angegebene Geschehen benennen, so fordern wir gleichzeitig, daß Ermittlungen wie Zeugenvernehmungen in dieser Sache nicht von der Polizei durchgeführt werden sollen, weil die Polizei hier in eigener Sache ermitteln müßte, sondern daß die Ermittlungen ausschließlich durch die Staatsanwaltschaft oder durch Richter betrieben werden sollte. Da weiterhin mit der Strafanzeige ein Vorwurf gegen hohe Polizeiführer verbunden ist, bitten wir weiterhin namens unserer Mandanten darum, daß uns bei der Vornahme einzelner Ermittlungsverhandlungen eine Kontrollmöglichkeit dadurch gewährt wird, daß wir bei solchen Ermittlungsverhandlungen wie Zeugenvernehmungen anwesend sein können und uns Mitteilung davon gemacht wird, wenn solche Ermittlungsverhandlungen vorgenommen werden sollen.

Die Unterbringung von Gefangenen im Hochsicherheitstrakt (Hst) Fu 1 sei nicht menschenvernichtend oder gar menschenverachtend – diese zynische Antwort gibt die Verantwortliche für die Hamburger Knastmaschinerie, Leithäuser, auf einen 'offenen Brief' vom 4.7.80, in dem Bau und Belegung des Hst Fu 1 kritisiert wurde.

Der Knastkommandant Stark rundet das Bild ab, indem er in einem der letzten 'Santa-Fu-Magazine' die Gefängnisse des faschistischen Franco-Spanien beispielhaft nannte. Gleichzeitig kündigte er in Widerspruchsbescheiden vom Mai 80 an, daß "auch ein Teil der Insassen" aus FU II in den Hst "verlegt werden könnten".

Inzwischen sind vier Mitgefangene dort in Vernichtungshaft.

Die europäische Menschenrechtskommission, zusammengesetzt aus Leuten, die das bestehende Gesellschaftssystem anerkennen, erklärt zu den körperlichen und psychischen Auswirkungen der Isolationshaft in den Hst und zu den Auswirkungen langer Haft unter 'normalen' Bedingungen:

– Eintreten psychosomatischer Störungen, besonders des vegetativen Nervensystems (z.B. sehr niedriger Blutdurck, Kreislaufstörungen, Schwindelanfälle, Kopfschmerzen, Schlafstörungen)

– Störungen der geistigen Fähigkeiten (z.B. schwere Konfrationsbeeinträchtigung, Artikulationsstörungen, in extremen Fällen Halluzinationssymptome)

– Störungen im emotionalen Bereich, die zu depressiven Reaktionen bis hin zu 'Selbst'mordneigungen führen.

Innerhalb der Hamburger Knastmaschine hat der Hst FU I eine ähnliche Funktion wie D I für FU II. Im Hst ist die Zielsetzung qualitativ zerstörerischer, brutaler und effektiver.

Das Ziel des abgestuften Knastsystems ist die Umerziehung, die Gehirnwäsche, die Anpassung an die Zwangsarbeit, der Leistungsdruck, die Vereinzelung, ist Mitarbeit an der eigenen Zerstörung, ist Abrichtung auf reibungsloses Funktionieren in der großen Maschinerie draußen.

Ebenso klar ist, daß Ausbau und Elektronisierung der Bullenapparate, die Psychologisierung und Differenzierung des Strafsystems und die Verfeinerung des mehrstufigen Terrors in den Knästen eine zusammenhängende Konzeption des Staates sind im Versuch, jeden Widerstand und den Kampf um Befreiung zu vernichten und die sozialen und politischen Wirkungen der verstärkten Krisenentwicklung in den 80er Jahren im Griff zu behalten. In allen Bundesländern werden neue Knäste geplant und gebaut, mit neuen Psychotechniken zur Verhaltensmanipulation wird in den Knästen besonders mit den 'Unangepaßten, Querulanten, Uneinsichtigen, Störern' experimentiert.

Der Aufwand, den der Staat z.B. in den Knästen und der "inneren Sicherheit' draußen treibt, bildet nicht nur seine Stärke ab, es zeigt sich in diesen Maßnahmen ebenso seine Angst und Schwäche, es zeigt die Tatsache, daß es keine Perspektive mehr hat als Zerstörung, Krankheit, Auftandsbekämpfung, Vernichtung.

Es geht für uns jetzt darum, daß wir uns in kleinen Gruppen überlegen, was wir gegen D I und den Hst andrehen können.

Es kann nicht um irgendwelche 'Forderungen' gehen an den Apparat, der D I und den Hst als untrennbare Teile seines Knastsystems braucht. Es geht um Aktionen, die gegen den Knast überhaupt, die gegen die abgestufte Vernichtungsmaschine insgesamt gerichtet sind.

Im Info 5 bringen wir praktische Vorschläge, die möglichst vielen Ansprüchen gerecht werden.

HILFERUF!

Vor etwa zwei Jahren haben wir, eine Gruppe von Hamburger und Frankfurter Medizinern, Juristen und Gefangenen, aus unserer konkreten Erfahrung mit Knast und Isolation heruas ein etwa 600 Seiten dickes Buch mit dem Titel 'Knastratgeber' geschrieben und zusammengestellt. Dieses Buch, das Mittel und Wege aufzeigen soll, die Haft möglichst ungebrochen und unbeschädigt zu überleben, enthält z.B. eine Anleitung zum Gesundbleiben durch Gymnastik, Massage, Erste Hilfe und die Möglichkeit, Gefängnisärzte zu überprüfen und zu kontrollieren. Des weiteren gibt es den Gefangenen juristische Tips wie und wann es sinnvoll ist, Beschwerden zu schreiben, welche Rechte einem überhaupt zustehen und was man sonst noch so mit List und Tücke durchsetzen kann. Ferner gibt es Informationen, wie man sich vor psychischer Verelendung durch autogenes Training, Konzentrationsübungen und Psychotechniken schützen kann.

Dieses umfassende Buch sollte ursprünglich im Verlag Assoziation erscheinen. Nach dessen Konkurs gaben wir das Manuskript dem IVA-Verlag, der trotz einer von uns aufgebrachten Vorfinanzierung des Satzes und der Filme nicht in der Lage oder gewillt war, das Buch herauszubringen. In der Zwischenzeit haben wir nun selbst einen kleinen Verlag gegründet, in dem der Knastratgeber erscheinen soll und muß, denn die Gefangenen, denen wir seit über einem Jahr angekündigt haben, tausend Freiexemplare in den Knast zu schicken, können wir genauso wenig weitervertrösten wie die Knastgruppen und andere interessierte Menschen. Da wir zudem gehört haben, daß aufgrund des hohen Gebrauchswertes des Buches Raubdrucker erwägen, das Manuskript auszugsweise abzudrucken und auf den Markt zu werfen, sind wir der Meinung, daß dieses Buch jetzt unbedingt noch zur Buchmesse erscheinen muß. Für die Vorfinanzierung der Druckkosten fehlen uns jedoch noch 8.000 DM. Wir bitten Euch, diese Summe durch Darlehen, die wir in einem Jahr zurückzahlen werden, aufzubringen. Bitte helft uns und damit den Gefangenen bald und wirksam.

Für den Verlag 'Libertäre Assoziation: Claus J. Carstensen Robert Jarowoy

Verlagskonto: Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 1042/211514
Telefon: 040/39 48 71

DPA-Besetzer sollen erneut kriminalisiert werden !!!

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen xy unbekannt wegen Verdachts eines Vergehens gemäß § 129a StGB

Sehr geehrte Herren,
in dem oben genannten Ermittlungsverfahren werden sie hiermit zur staatsanwaltlichen Vernehmung als Zeuge geladen.

Solche Briefe erhielten alle ehemaligen Angklagten im dpa-Besetzer-Prozeß. Die Bundesanwaltschaft hat sie jetzt als Zeugen vorgeladen, da ihre Urteile rechtskräftig sind und sie deswegen alles über die dpa-Besetzung aussagen müßten, auch wer sonst so daran beteiligt war und ihre eigene Rolle dabei.

Die Betroffenen erklärten jedoch, daß sie keine Aussagen machen würden. Aus der jüngsten Geschichte im Verfahren gegen den 2. Juni, im Prozeß gegen Irmgard Möller ist sattsam bekannt, daß die Justiz keinerlei Schwierigkeiten mehr kennt, Leute wegen derselben Sache zweimal zu verurteilen. Daher war keiner bereit, sich selbst zu belasten.

Die Bundesanwaltschaft mochte dies nicht einsehen und spuckte gegen alle erst 300,–, dann 500,– DM Bußgeld aus. Die Betroffenen gehen dagegen in Beschwerde. Wenn der BGH sie auch zur Aussage zwingen will, droht Beugehaft bis zu einem halben Jahr.

Fortsetzung Brigitte Heinrich:

Gericht die Vernehmung Teherianis im Iran ab, obwohl die iranische Botschaft in Bonn schreibt: "Die Analyse der deutschen Botschaft ist spekulativer Natur. . . Es besteht faktisch kein Hindernis gegen die Einreise der Prozeßbeteiligten." Nach ewigem Hin und Her wurde die Vernehmung Teherianis Mitte Juli in Kopenhagen vorgenommen.

Teherani, der seit den 50ger Jahren Oppositioneller zum Schahregime ist, vom SAVAK gefoltert worden war, in der BRD politisches Asyl erhielt, kannte während der Zeit "der Tat" Brigitte gut. Er sagte aus, Brigitte sei die europäische Intellektuelle gewesen, die mit am meisten die iranische Opposition unterstützt habe. Für die iranische Opposition in Europa sei es klar gewesen, daß jeder Kontakt zu bewaffneten Gruppen in dieser Zeit tadgefährlich gewesen wäre. Er hätte sicher gewußt, wenn Brigitte bei den ihr vorgeworfenen Aktivitäten beteiligt gewesen wäre.

Staatsschutzphantasien

Daß Brigitte die ihr vorgeworfene Tat begangen haben muß, versucht Ens mit folgenden Punkten zu belegen:

1. Zum Transport wurde ein grüner VW-Käfer benutzt. Brigitte hatte zu dieser Zeit einen grünen VW-Käfer.
2. Die Identifizierung Städelis entspricht der Wahrheit. Er hat nie jemanden zu Unrecht belastet. Es ist unmöglich, daß Verhörpersonen ihm den Namen Brigitte Heinrich in den Mund gelegt haben. Er hat nicht widerrufen – nur eingeschränkt – das bezieht sich nicht auf die Angeklagte.
3. Egloff muß bewußt falsch ausgesagt haben, weil Städeli nicht lügt. Außerdem hat Egloff nur grob von Erkundigungen von Schleichwegen erzählt. Brigitte hat die Tretminen transportiert, weil auf einem Plan der drei Schweizer "B.H." auftaucht, was dem BKAler Schulze sofort als Brigitte Heinrich ins Auge sticht.
4. Die Prozeßerklärung von Brigitte ist wahrheitswidrig, weil zu wenig konkret. – "Wer düftige Aussagen macht, hat was zu verbergen." – Die Schweizer Grenze ist nie für iranische Staatsangehörige generell gesperrt. Ein Attentat auf den Schah ist erst für später geplant gewesen.
5. Die Trennung von Brigitte und Teherani ist auf Brigittes Kontakte zu bewaffneten Gruppen zurückzuführen. Nur in diesem Sinn kann man (Ens) die Briefe verstehen. – Sie schreibt in ihren Briefentwürfen, daß Beziehungen Anlaß waren für die Auflösung der Beziehung zu Teherani. In zwei Briefen behauptet Brigitte, sie habe Kontakte, die Teherani störten, abgebrochen.
6. Die Tretminen, die in Hamburg und Frankfurt gefunden worden sind, sind identisch mit dem Diebesgut aus der Schweiz. Brigitte war zur Tatzeit tief in die Anarchoszene verstrickt.

– In der Wohnung wurden Elektroteile gefunden, wie man sie in konspirativen Wohnungen zu finden pflegt. Ens's zwingender Schluß – sie hat sich mit Sprengtechnik befaßt.

– Geldüberweisungen an die "Wolfsburger Gruppe" um Ilse Jandt.

– In ihrem Adressbuch stand der Name von Eberhard Becker.

7. Zudem hat sich Brigitte nicht von der Guerilla-Szene distanziert, weswegen sie folglich die terroristische Täterpersönlichkeit ist, die die Anklageschrift beschreibt. Beweis dafür sind außerdem die anwesenden Zuhörer, die ihre Sympathisanten und damit Sympathisanten des Terrors sind.

Strafverschärfend laut Ens:

Es bestand die Möglichkeit, daß schwerste Straftaten hätten begangen werden können.

Die RAF zu dieser Zeit besonders gefährlich war

Brigitte hat sich nicht distanziert

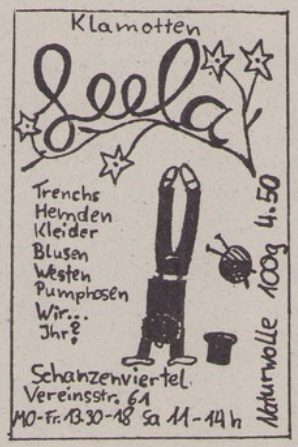
Gesinnung der Prozeßbesucher.

Auf Grund dieser "zwingenden Beweislage" fordert Ens eine Gesamtstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten. Das Urteil lautet dann 21 Monate ohne Bewährung. In seiner Urteilsbegründung macht sich Richter Burkhardt die Denkungsart von Staatsanwalt Ens zu eigen. Außerdem konstruiert er, daß Brigitte den Transport der Waffen unter einem Rechtfertigungszwang vorgenommen habe, um ihre Loyalität gegenüber den "Terroristen" zu beweisen. Sie habe ihre intellektuelle Tätigkeit und ihre legalen politischen Aktivitäten, z.B. gegen den Schah von Persien, nur als Fassade benutzt, um dahinter ihre eigenen terroristischen Energien voll entfalten zu können.

"Gestatten, mein Name ist Brigitte Heinrich, ich bin mit meinem polizeilich gemeldeten bekannten dunkel bis hellgrünen VW hierher gekommen, um von Ihnen Tretminen und Handgranaten zu übernehmen, die ich an die Firma "4.2." weiterleiten werde." (ID 344, 1.8.80)

Von Brigittes beiden Anwälten wurde nur ein Anwalt vom Gericht bezahlt, deshalb bitten wir euch um Spenden für die Kosten des 2. Wahlverteidigers.
Spendenkonto: Brigitte Heinrich, Frankfurter Sparkasse von 1822 Kto.Nr. 336-81243, Stichw. Prozeß

Wir sind zu erreichen:
Brigitte Heinrich - Gruppe im Frauencafe Neuhofstr. 39, 6000 Frankfurt 1



Terror beim Gottesdienst

So tönte es am 23.11.78 als Schlagzeile in einer allseits beliebten und bekannten Hamburg-Ausgabe einer Tageszeitung.
Was war geschehen?

Am 22.11. sprach der ebenso geliebte Bundesjustizminister Vogel "Gegen die Todesstrafe" in der Katharinenkirche.

Und wenige Kilometer entfernt lag Werner Hoppe infolge seiner bis dahin 4 1/2 jährigen Isolationshaft auf der Intensivstation des AK Altona und schwebte in Lebensgefahr. In dieser Situation sang der Vogel vom NDR übertragen in der Kirche. Während sich die Massenmedien über Werner Hoppes Gesundheitszustand und über die Haftbedingungen anderer politischer und sozialer Gefangener wie immer ausschwiegen. Bei Vogels Auftritt versuchten einige Menschen durch Flugblätter, Parolen rufen und Transparente, das tödliche Schweigen zu durchbrechen.

Infolge dessen die Herren in den grünen Anzügen, den weißen Helmen und den schwarzen Gummiknüppeln die Ruhe in der Kirche schlagartig wiederherzustellen suchten. Und viele, die nicht schweigen wollten, in das große Hotel am Berliner Tor zwecks Spezialbehandlung brachten.

Kurze Zeit später wurde dann in Erwägung der hohen Arbeitslosigkeit in der BRD elf Ermittlungsverfahren eingeleitet:
gemeinschaftliches Stören der Religionsausübung.

Das Landgericht hatte allerdings keine Lust zu dem Prozeß. Die Staatsanwaltschaft muß sich jetzt für ihr Anklage mit einem popligen Amtsgericht begnügen.

Zumindest der Prozeß gegen die angeklagten Jugendlichen soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Taube Polizeiohren und blinde Staatsanwälte

In wichtigen politischen Angelegenheiten gibt es keine Zufälle. Die Geschichte schreitet voran und mit ihr die Wirklichkeit. Und was uns im Lauf der Zeit wie zugefallen erscheint, ist das Sichtbarwerden einer historischen Gesetzmäßigkeit auf der Grundlage bestimmter ökonomischer und politischer Bedingungen.

Es ist sicher, daß die deutsche Strafjustiz in der Zeit zwischen 1918 und 1933 dem Nationalsozialismus den Weg dadurch geebnet hat, daß sie Kommunisten und Antifaschisten mit äußerster Härte vorfolgte und gewalttätige Rechtsextremisten mit äußerster Nachsicht schonte und auf die faschistische Machtergreifung zumarschieren ließ. Mit dem nationalsozialistischen Staat gemeinsam hat der westdeutsche Staat: Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, Expansionsstreben, Ausländerfeindlichkeit, Antikommunismus. Alle Behörden und Organe des einen wie des anderen Staates zeichnet aus, daß in ihrem Handeln diese Wesensmerkmale ständig Ausdruck finden. Ich will eine Geschichte aus der heutigen Zeit erzählen, deren Elemente wie die Steine eines Puzzels erscheinen.

Im August 1980 fallen zwei vietnamesische Flüchtlinge einem mörderischen Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim zum Opfer. Die faschistischen Täter hinterlassen als blutige Spur die angeschmierte Inschrift: Ausländer raus aus Deutschland". Der liberale Innenminister Baum und der sozialdemokratische Bürgermeister von Hamburg, Klose, zeigen sich betroffen.

Im August 1976 genehmigte Hamburgs Innenbehörde einen von der NPD veranstalteten "Kongreß der nationalen Kräfte Europas" am verkaufsoffenen Samstag in Hamburgs Innenstadt. Anerkennung dafür erhielten Hamburgs Regierende aus dem Mund des NPD-Vorsitzenden Mußing:

"Hamburg bot sich als weltoffene Stadt an, hier unseren Kongreß zu veranstalten. Der Polizeischutz in dieser Stadt ist hervorragend. In vielen anderen Städten wäre unsere Sicherheit bestimmt nicht so gut gewährleistet worden."

Proteste und Widerstand blieben erfolglos, weil sie von Polizeiknüppeln niedergeschlagen wurden. Neun festgenommene Antifaschisten wurden wegen "schweren Landfriedensbruchs" vor dem Landgericht Hamburg angeklagt. In dem Prozeß stellte die Verteidigung auch den Antrag, Beweis darüber zu erheben, daß die NPD eine antidemokratische, rassistische und faschistische Partei sei. Die beiden Staatsanwälte aus der politischen Abteilung erklärten zu diesem Antrag, die unter Beweis gestellten Behauptungen seien unerheblich.

Im Mai 1979 genehmigte Hamburgs Innenbehörde eine Kundgebung der NPD in Hamburg-Harburg anläßlich der Wahlen zum Europa-Parlament. Die Behörde wußte, daß zur gleichen Zeit am selben Ort Harburger Vereine und Verbände ihre Jugendarbeit anläßlich des "Jahres des Kindes" vorstellen wollten. Die NPD-Kundgebung wurde von massiven Polizeikräften geschützt. Gegen zahlreiche Eierwürfe – mehr nicht – konnte ein Adolf Dammann von der NPD eine Rede zu Ende bringen, in der er von "Roten Blusäufern", von der "Reinheit des deutschen Blutes", das es zu erhalten gelte, und von Ausländern sprach, die für Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche und soziale Probleme in diesem Land verantwortlich seien. Polizeiliche Festnahmetrupps, schon vor der Kundgebung organisiert, verhafteten 5 mutmaßliche Eierwerfer, während NPD-Schläger nicht erfaßt wurden. Alle Festgenommenen wurden von der politischen Staatsanwaltschaft wegen Landfriedensbruchs und "grober Störung" einer Versammlung angeklagt:

"Durch das Werfen von Gegenständen wird Körperkraft aggressiv entfaltet." vermerkte der Staatsanwalt in seiner juristischen Bewertung.

Vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg begann der Prozeß Anfang September 1980. Der erste vernommene Polizeibeamte erklärte auf Fragen der Verteidigung, er habe sich privat mit Propagandamaterial der NPD befaßt, als die NPD "unter Adolf von Thadden Erfolge hatte". Als er weiter gefragt wurde, mit welcher Absicht und in welcher Richtung er sich mit den Propagandaschriften beschäftigt habe, sprang das Gericht hilfreich mit der Abweisung dieser Frage ein: "Die Frage greift unzulässig in die Privatsphäre des Zeugen ein."

Der Zeuge sagte weiter, er habe wegen des Protestgeschreis überhaupt nichts vom Inhalt der NPD-Rede gehört. So äußerten sich übereinstimmend auch andere Polizeizeugen. Doch es steht fest, daß sie die Unwahrheit sagten, wenn sie nicht taub waren. Zivile Beobachter des Geschehens sagten übereinstimmend aus, die Rede sei zu jeder Zeit durch eine Lautsprecheranlage von enormer Leistungsfähigkeit im Umkreis von mehreren hundert Metern zu hören gewesen.

Und dann geschah am 15.9.80, dem 3. Prozeßtag folgendes:

Die Verteidigung bat um das Wort für einen Antrag. Das Wort wurde erteilt. In der Antragsbegründung wies die Verteidigung auf eine Entscheidung des Amtsgerichts Nürnberg hin, die erst vor wenigen Tagen in einer Zeitung abgedruckt erschienen ist und die einen nahezu gleichen Fall betrifft. Die Verteidigung begann mit dem Zitat:

"Die Staatsanwaltschaft legte der Angeschuldigten zur Last, am 15.3.80 gegen 11.30 Uhr während einer nicht verbotenen Versammlung der NPD zwischen Hauptmarkt und Museumsbrücke in Nürnberg aus einer Gruppe von Gegendemonstranten 3 Eier in Richtung auf den Redner der NPD, . . ."

Hier unterbrach Staatsanwalt Dr. Gerhardt und beantragte, der Verteidigung das Wort zu entziehen, und sagte: "Im Strafprozeß ist für das Lesen aus Zeitungen kein Platz." Das Gericht fragte die Verteidigung, wie lange das Zitieren dauern werde. Die Verteidigung lehnte eine Antwort darauf ab. Die Verteidigung durfte schließlich fortfahren:

". . . von denen zwei auf den vom Veranstalter verwendeten Baus und eines in einer Gruppe von Zuhörerinnen auftrafen, geworfen zu haben. Dadurch habe sie in der Absicht, die Durchführung einer nicht verbotenen Versammlung zu vereiteln, grobe Störungen verursacht. Die Eröffnung ist aus rechtlichen Grünen abzulehnen. Gröblich ist eine Störung, die als besonders schwer empfunden wird und letztlich eine Unterbrechung, Behinderung, Auflösung oder Aufhebung der Versammlung bezweckt oder zur Folge haben kann. Im besonderen Fall kann es das Gericht nicht als "besonders schwer" empfinden, wenn bei Auseinandersetzungen zwischen Linken und rechten Gruppen zu dem relativ harmlosen Mittel des Werfens mit Eiern zur Kundgabe der Meinung gegriffen wird. Ebenso ist nicht ersichtlich, wie dies eine Auflösung der Versammlung zur Folge haben kann. Ebenso ist nach Meinung des Gerichts auch die andere Alternative des §21 des Versammlungsgesetzes, nämlich Gewalttätigkeiten, nicht gegeben, da in dem Vorgehen der Angeschuldigten kein besonders aggressives Handeln ersichtlich ist. Alles in allem war daher die Eröffnung des Hauptverfahrens aus rechtlichen Gründen abzulehnen."

Wieder hatte die Verteidigung den Antrag gestellt, Beweis über den verfassungsfeindlichen und faschistischen Charakter der NPD zu erheben. Wieder erklärte der Staatsanwalt, dies sei unerheblich. Und da fiel die Bemerkung eines Anwaltes: "Es hat den Anschein, daß der Staatsanwalt auf dem rechten Auge blind ist." Aufgebracht beantragte Dr. Gerhardt, die Äußerung zu protokollieren, um gegen den Verteidiger Ehrengerichts- oder Strafverfahren einleiten zu können. Doch wie hatte die Verteidigung recht!

Kehren wir wieder in das Jahr 1976 zurück. Empörte Hamburger Bürger hatten damals gegen den Herausgeber einer faschistischen Zeitung mit dem Titel "Der Aufmarsch" Strafanzeige erstattet. "Der Aufmarsch" – das war auch der Titel des Organs der "Hitler-Jugend" – und Michael Borchard, der Herausgeber 1976, hatte die historische Vorlage nahezu wortgetreu übertragen. Der Untertitel (76) lautete "Reichs-Organ der faschistischen Front", auf der Titelseite unmißverständlich eine grafische Abwandlung der SS-Rune, in der Zeitung Ausländerhetze, unverhüllter Haß gegen Kommunisten und das Wort von der "Vergasungslüge". Es war derselbe Staatsanwalt Dr. Gerhardt, der durch Bescheid vom 12.10.76 den Anzeigeerstattern schrieb, er sehe nichts Strafbares an dieser Zeitung und der das Verfahren einstellte. Aber es geht weiter:

Im Jahre 1978 sah Staatsanwalt Dr. Gerhardt in der Überschrift eines Flugblattes "Der Sentat, der Nazis schützt, läßt 'Wehrt-Euch'-Kabarett zusammenprügeln" eine Beleidigung des Landes Hamburgs. Seine rechtlich verbogene Wertung lautete: "Schon mit dem Titel des Flugblattes wird der Hamburger Senat dem Naziregime gleichgesetzt, womit das Land Hamburg als Unrechtsstaat erscheint".

Anfang 1980 war Dr. Gerhardt Ankläger in einem aufwendig betriebenen Strafprozeß gegen mehrere Iraner, denen Ausübung von Druck auf einen Savak-Spitzel nach dem Sturz des Schahs vorgeworfen wurde. Ist jemals ein Savak-Spitzel in der BRD wegen Ausübung von Druck auf Gegner des Schahregimes angeklagt und vor Gericht gestellt worden?

Staatsanwalt Dr. Gerhardt ist nur ein kleiner, auf der untersten Stufe der justizielllen Hierarchie weisungsabhängiger Staatsanwalt. Seine Blindheit auf dem rechten Auge – politisch gesprochen – und seine Überschärfe nach links ist die Sichtweise derjenigen, die ihn anweisen. So wird der Leitende Oberstaatsanwalt als sein Dienstvorgesetzter auch den Ablösungsantrag zurückweisen, den jetzt die Angeklagten im Harburger Antifaschisten -Prozeß gestellt haben, auch wenn es schon euphemistisch ist, hier von einem Mangel an Objektivität zu sprechen. Bekanntlich sind Staatsanwälte durch das Gesetz zur Objektivität verpflichtet. Doch die Maßstäbe für das, was objektiv ist, holen sich die Herren Strafverfolger aus den Koordinaten des politischen Systems, in welchem sie Bruchstücke der herrschenden Gewalt sind: ausländerfeindlich, antikommunistisch, chauvinistisch.

Die ersten politischen Morde an Ausländern in der BRD, die auf das Konto von Faschisten gehen, sind in Hamburg geschehen, wo man angebliche Eierwerfer gegen zum Ausländerhaß aufstachelnde NPD-Redner als Landfriedensbrecher anklagt; nicht dagegen in Nürnberg, wo ein Amtsgericht in einem Sachverhalt, der dem Hamburger wie ein Ei dem anderen gleicht, nicht einmal die "grobe Störung einer nicht verbotenen Versammlung" sieht. Auf die Idee, wegen Landfriedensbruchs anzuklagen, ist die Nürnberger Staatsanwaltschaft erst gar nicht gekommen.

Solange derart einseitig von der Hamburger Strafjustiz ermittelt und verfolgt wird, wird die Ergriffenheit und öffentlich demonstrierte Trauer von Hamburgs Bürgermeister Klose an jedem zukünftigen Grab eines ermordeten Ausländers nur – politisch gesprochen – die Bezeichnung von Krokodilstränen in einem blinden Auge verdienen. Ich kann bei allem keinen Zufall sehen, daß rechte Terroristen die ersten Morde gegen ausländische Mitbürger ausgerechnet in Hamburg ausführten.

Prozeßgruppe zum 6. Mai

Nach der Demo am 6. Mai (Nato-Feier im Weserstadion) laufen mittlerweile ca. 50 Ermittlungsverfahren gegen Menschen, die gar nicht daran denken, sich für einen imperialistischen Krieg verheizen zu lassen. Wir halten es daher für notwendig, daß sich eine Prozeßgruppe bildet. Wir hoffen, daß sich möglichst viele Leute daran beteiligen, um eine wirksame Arbeit leisten zu können. Der einzige Schutz für die Angeklagten wird eine breite Öffentlichkeit sein.

So könnte unsere Arbeit aussehen:
- den Stand der Prozesse verbreiten
- den eigentlichen Hintergrund der Demo aufzeigen (Kriegsgefahr, Nato, etc. . . .)

Zu diesem Zweck wäre es nicht schlecht, ein Prozeßinfo herauszubringen, Sendungen über Radio Zebra laufen zu lassen, Plakate und Aufkleber zu drucken. Wichtig wäre z.B. auch, daß es zu Solidaritätsveranstaltungen auch in anderen Städten kommt, die wir mit Filmen, Ton-Dia-Show, Beiträgen unterstützen könnten. Weitere Aktionen sind unserer Phantasie überlassen.

Eine weitere Aufgabe der Gruppe ist die Zusammenarbeit mit den Angeklagten und ihren Anwälten, um die Prozesse auch inhaltlich mit vorzubereiten. Damit eine breite Mobilisierung erreicht wird, wäre es sinnvoll, daß die Angeklagten eine gemeinsame Prozeßlinie und Prozeßerklärung erarbeiteten. Deshalb treffen sich alle von Ermittlungsverfahren Betroffene am 7. Oktober um 14.00 Uhr in der Aucoop Weberstr. 18. Das erste Treffen der Prozeßgruppe soll am gleichen Tag um 18.00 Uhr dort stattfinden.

Die Zeit drängt, denn die erste Anklageschrift ist bereits draußen. Deshalb brauchen wir unbedingt noch Zeugenaussagen von Leuten, die Festnahmen gesehen haben. Die Berichte könnt ihr jeden Sonntag um 18.00 Uhr in den BBA-Laden, Ostertorsteinweg 43, vorbeibringen. Der Laden ist auch schon vor dem 7. Sept. besetzt.

Für die Prozesse wird eine Menge Geld gebraucht, deshalb gibt es folgendes Spendenkonto:

R. Seekamp, Sparkasse in Bremen
BLZ 290 501 01
KtoNr. 1121 2743

Prozeßkalender Prozeßkalender Prozeßkalender

Datum / Uhrzeit	Gericht / Saal	gegen wen und warum
2.10. 9.00	AG Harburg Saal 211	Fortsetzung eines Anti-Fa-Prozesses
6.10. 13.00	LG Hamburg Jenkelhaus	Berufungsprozeß wegen Plakat auf CDU-Grund
15.10. 9.30	AG HH, Saal 263	Prozeß wegen Punker-Auseinandersetzungen Angeklagt wegen Widerstand, weil brutal knüppelnde Polizisten fotografiert
23.10. 13.00	ArbG Harburg Saal 301	unliebsamer ausländischer Kollege wurde wegen angeblicher Schlägerei gekündigt. Begründung: man müsse bei der zunehmenden Gewalttätigkeit unter den Türken ein Exempel statuieren. Der gekündigte Kollege ist Jugoslawe.
30. Okt. jeweils 4., 6., 11., 13., 18., 20., 25., 27. Nov. 2., 4., 9. Dez. 9.00	AG HH, Saal 160	Prozeß wegen Studentenstreik im Mai 1977. Angeklagt wird Nötigung durch Sprengung von Vorlesungen und Verhinderung einer Veranstaltung des RCDS. Die Uni hat keinen Strafantrag gestellt, aber SPD-Senat und Staatsanwaltschaft haben auf einer Anklage bestanden.
31.10. 9.45	LG HH Zivilj. Saal 633	Presseprozeß gegen die TAZ wegen Artikel v. 19.8., Seite 9, zu der Verquickung von Polizei und St. Pauli-Unterwelt
5.11. 10.30	OLG HH Ehrengerichtshof	Die Ehre von RA Dieter Magsam wird von der Staatsanwaltschaft angegriffen. Nachdem er in 1. Instanz freigesprochen worden war, wegen seiner Verteidigertätigkeit im Grohnde-Prozeß
21.11.	AG HH	Prozeß wegen Schulstreik an einer Bergedorfer Schule. Der Prozeß zeichnet sich dadurch aus, daß das BKA in bekannter Manier aus einer Mücke einen Elefanten zu machen versucht.

Treffpunkt der Gruppe:
Jeden Mittwoch 19³⁰ im Hinkelstein, Bundesstr. 1, im Clubraum

gert & christine's
tel. 43 49 51
WEINHANDLUNG
2 hamburg 6
schanzenstraße
wein aus frankreich,
aus deutschland, in
flaschen und vom faß,
umweltschutzpapier
und die große freiheit

Neue Informationen über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges

Die Bundesrepublik (ist) nur „um den Preis ihrer totalen Zerstörung" zu verteidigen.

(Bundeskanzler Schmidt, Spiegel Nr. 38/77)

„Man kommt sich wie ein Theaterbesucher vor, der einen Brand entdeckt hat, Feuer! brüllt und gleichzeitig feststellen muß, daß keine Notausgänge existieren." Nigel Calder

Atomares Schlachtfeld Europa

Nigel Calder

Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren

Dieses Buch enthält neue, brisante Hintergründe über die atomaren Rüstungsvorbereitungen einiger „Realpolitiker". Bereits nach der Lektüre der ersten beiden Kapitel verliert die dumpfe Angst des Lesers vor einem Atomkrieg ihren irrationalen Charakter. Anhand sehr konkreter, handgreiflicher Fakten (**der Autor sprach u.a. mit Nuklearkriegern und -politikern und erlebte ihren Alltag**) beweist Nigel Calder, daß die in der BRD immer stärker um sich greifende Angst, von einem Atomkrieg überrascht zu werden, keineswegs aus der Luft gegriffen ist: diese Angst hat vielmehr ganz reale, furchtbare Ursachen. Aber:
Nigel Calder liefert dem Leser keinen Ausweg aus dieser Beklemmung. Er läßt ihn mit den Fakten allein: Jeder Leser wird vor die Alternative „Flüchten oder Standhalten" gestellt, er muß für sich allein entscheiden:

- **ob er sich entsetzt von den hier aufgezeigten Realitäten abwendet, resigniert, sich lähmen läßt,** sich noch weiter vom Berufsstreß und Konsumsystem betäuben läßt (bzw. nach Poona oder Kreta auswandert),
- **oder ob er den Mut hat, sich der Provokation dieses Buches bis zur letzten Seite zu stellen.** Denn wer diese Informationen bewußt zur Kenntnis nimmt, wird aus eigener Betroffenheit neue Motivation und Kraft finden können:

- **zum Nachdenken,**
- **zur eigenen Bestimmung,**
- **zum praktischen Widerstand in diesem Land.**

Das Buch ist im Hoffmann und Campe Verlag erschienen, hat 248 Seiten und ist in allen guten Buchhandlungen für DM 14,80 zu bekommen. Im selben Verlag erscheint in der Reihe „Bücher zur Sache": „Dies ist nicht mein Land" von Lea Fleischmann (DM 14,80) und „Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus" von Karl Corino 14,80).

Polen

Mittlerweile ist es wieder ein wenig stiller geworden. Die PVAP (Polnische Vereinigung Arbeiter Partei) versucht, verloren gegangenes Terrain wiederzugewinnen. Die einzelnen Parteigliederungen werden an den neuen Kurs des Zentralkommitees und des neuen Parteivorsitzenden Kania herangeführt, um zukünftige Geschlossenheit zu gewährleisten.

Dieser Kurs signalisiert zwar die Bereitschaft, die errungenen Demokratisierungsansätze zuzulassen, ja sogar in Hinblick auf die wirtschaftlichen und Planungsschwierigkeiten zu nutzen, andererseits aber die Entschlossenheit, jeder weitergehenden Aufweichung der gesellschaftlichen Verhältnisse entgegenzutreten, um nicht zuletzt die "Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu wahren".

Daß beide Zielsetzungen durchaus widersprüchlich und gegensätzlich sein können, wird die zukünftige Entwicklung zeigen.

Nach den erfolgreichen Streiks in Schlesien und anderen Landesteilen beginnt die Aufbauphase der erkämpften 'autonomen' Gewerkschaften. Ganze Betriebsbelegschaften und Einzelgliederungen der alten Staatsgewerkschaften erklären ihren Beitritt. Die freien Gewerkschaften werden den Zustrom von Millionen polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen organisieren müssen.

Was kann den neuen Apparat vor einer Bürokratisierung und das Herausbilden neuer Hierarchien schützen? Immer wieder war während der Streiks die aufgeblähte Herrschaftsorganisation in den Betrieben und auch den alten Gewerkschaften angegriffen worden. Bürokraten mußten ihren Sessel räumen, ihre Funktion wurde überflüssig gemacht. Diese Initiativen, sowie basisdemokratische Organisation der Streiks und die transparenten Diskussionen und Verhandlungen, die jedem Streikenden einen größtmöglichen Überblick verschafften, geben zur Hoffnung Anlaß, daß offene, herrschaftsfreie Organisationsprinzipien durchgesetzt werden können.

Doch das weitaus schwierigere Problem der 'freien Gewerkschaften' liegt in ihrer inhaltlichen Weiterarbeit und Zielsetzung. Zunächst wird es darum gehen, für die Einhaltung der erkämpften Zugeständnisse einzutreten, und die Freiräume weiter auszubauen (z.B. Abschaffen der Zensur).

Waren die letzten Jahre und Monate davon geprägt, unter den spezifischen Bedingungen des autoritären Kommunismus die ersten Strukturen zu schaffen, mit denen sich der Freiheitswille des polnischen Volkes artikulieren und Bahn brechen konnte, so wird es in der Zukunft um die Stabilisierung und Ausweitung der realen Freiheit gehen.

Nach dem Willen vieler Polen geht es dabei auch um die Veränderung der Produktion, die nicht länger von den zentralen Wirtschaftsplanern gelenkt werden soll. Etwas vage formuliert dies Josef Prybylski, ehemaliges Mitglied des Präsidiums der Danziger MKS: *"Ich glaube, nach dem Entstehen freier Gewerkschaften in Polen werden wir uns auch in die Produktion einmischen. Viele von uns haben da Ideen. Nur die Arbeiter wissen, was für die Produktion gut ist."* Wie er sich eine Kontrolle der Produktion vorstellen kann, beschreibt er folgendermaßen: *"In jeder Fabrik werden Delegationen gewählt, sie überwachen die Produktion und den Markt, gehen in die Geschäfte und schauen, was die Leute haben wollen."* (Taz vom 1.9.). Es ist klar, daß damit der kommunistische Staat als Organisator der Wirtschaft in Frage gestellt wird, und es ist nicht zu erwarten, daß derartige Forderungen widerstandslos durchgesetzt, sondern eher als trotzkistische oder anarchistische Abweichungen bekämpft werden. Der reformistische Charakter der bisherigen Initiativen würde gesprengt und damit die revolutionäre Aktion der polnischen Arbeiter notwendig. Doch solange nicht auch die Herrschaftsverhältnisse in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Staaten nach polnischem Muster aufgeweicht werden, ist der Erfolg umfassender Gesellschaftsveränderungen sehr gering.

Die Entwicklung des Prager Frühlings hat gezeigt, daß es zwar nicht aussichtslos ist, der Intervention von waffenstarrenden 'Bruderstaaten' die Stirn zu bieten und freiheitliche Positionen ohne Waffengewalt zu verteidigen. Doch bei nicht hinreichender Organisation eines zivilen Widerstandes, Unklarheit der Ziele und nicht vorhandener breiter Geschlossenheit, die auch über Monate hinweg nicht gebrochen werden kann, sind gesellschaftliche Rückentwicklungen wahrscheinlicher als alles andere.

Niemand darf also von den polnischen Arbeitern mehr erwarten als sie glauben, erreichen und verantworten zu können. Allerdings sollten wir hoffen, daß bestehende Ansätze in Richtung auf eine freiheitliche Gesellschaft weiterentwickelt werden, so daß Polen vielleicht die Funktion einnehmen kann, die 1968 viele Sozialisten, freiheitliche Kommunisten und Anarchisten von der Tschechoslowakei erwartet hatten: das Experiment einer Gesellschaft jenseits von Parteidiktatur und Kapitalherrschaft; die in alle politischen und geografischen Richtungen ausstrahlt und Anstöße gibt. Es lebe die Revolution.

Oskar M.

(aus: Graswurzelrevolution Nr. 50)

BOLIVIEN

Seit Donnerstag nacht ist das bolivianische Generalkonsulat in Hamburg ständig mit einer Solidaritätswache des Bolivien-Komitees CONADE (Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien) besetzt.

– PRESSEERKLÄRUNG –

Das CONADE-Komitee fordert durch diese Aktion eindringlich den Boykott der bolivianischen Militärjunta durch die Bundesregierung.

Während der Hamburger Senat sich ausdrücklich mit dem bolivianischen Volk und dem Widerstand des Generalkonsuls Sanchez gegen das verbrecherische Regime solidarisch erklärt hat, unternimmt die Bundesregierung keinerlei Schritte, um die Junta zu isolieren. Selbst die USA haben kurz nach dem Putsch ihren Botschafter abgezogen.

Die Bundesregierung jedoch hat ihren Botschafter in La Paz im Amt belassen und am 12.9. auf Antrag der Militärdiktatur Generalkonsul Sanchez in Hamburg die Amtsbefugnisse entzogen und damit die neuen Machthaber in Bolivien de facto anerkannt.

Dadurch dokumentiert die Bundesregierung nicht nur, daß sie weiterhin ihre kiplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Bolivien aufrechterhalten will, sie stellt sich damit auch eindeutig auf die Seite eines Regimes, das innerhalb von acht Wochen 2000 politische Morde und 3000 Gefangene auf dem Gewissen hat, sich bei ihren Foltermethoden von einem ehemaligen Gestapo-Chef beraten läßt und seine finanziellen Mittel aus dem Kokainhandel bestreitet.

Vor einigen Tagen wurde eine internationale Gewerkschaftsdelegation des IBFG nicht nur verhaftet und des Landes verwiesen, sondern vom Innenminister persönlich mit Waffengewalt der mitgeführten Spendengelder aus aller Welt beraubt. Die Spenden waren für die bolivianische Gewerkschaftsbewegung und die Familien der verhafteten Gewerkschaftler bestimmt.

Das CONADE-Komitee stellt angesichts dieser Tatsachen folgende Forderungen an die Bundesregierung:

– Abberufung des deutschen Botschafters in La Paz und Ausdünnung des Botschaftspersonals, um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einzuleiten.
– Keinerlei wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Militärjunta
– Erklärung des bolivianischen Botschafters in Bonn zur persona non grata (unerwünschte Person)
– Keine Zulassung eines von der Junta entsandten Generalkonsuls in Hamburg oder anderswo

Das Generalkonsulat in Hamburg, in dem die Solidaritätswache abgehalten wird, hat sich durch die entschiedene Haltung des Generalkonsuls Sanchez gegen die Militärjunta zu einem Zentrum des Widerstandes in der Bundesrepublik entwickelt.

Wir rufen Parteien und Gewerkschaften, Arbeiter und Studenten, die Hamburger Bürgerschaft, die Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und Gemeinden, alle Demokraten auf, sich mit dem Kampf des bolivianischen Volkes zu solidarisieren, um einen wirtschaftlichen Boykott gegen die Militärjunta zu erreichen!

Nur durch die gemeinsame Unterstützung aller dieser Kräfte kann dieses Ziel verwirklicht werden.

Unterstützen Sie unsere Solidaritätswache mit Briefen, Telegrammen und dergleichen!

Im Generalkonsulat liegt ein Solidaritätsbuch aus, in das sich jeder eintragen kann.

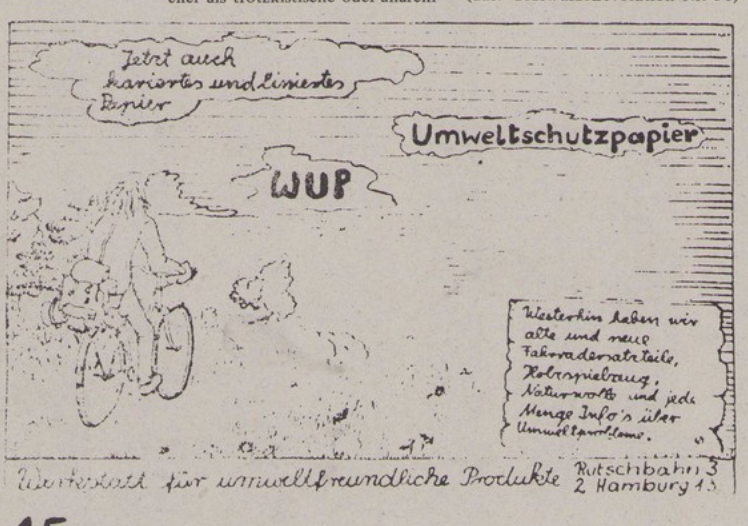
"Wer jetzt neutral ist, ist stummer Komplize des Völkermords!"
(Domitila, Bergarbeiterfrau aus Bolivien)

VIVA BOLIVIA LIBRE!

Im Namen des demokratischen Volkes von Bolivien begrüßt der Generalkonsul Sanchez die Solidaritätswache im Generalkonsulat und bedankt sich für die Solidarität des deutschen Volkes.

Hamburg, den 25.9.1980
CONADE Hamburg

Generalkonsulat von Bolivien
Heilwigstr. 125, HH 20,
Tel. 47 20 02



Info-Arbeit über die Gefahren der Atomenergie heißt nicht nur, Flugblätter zu schreiben/verteilen, Info-Stände zu machen, Veranstaltungen.
In letzter Zeit wurden die norddeutschen Bürger vielfach in "offiziellen" Schreiben von Behörden und HEW über die Gefahren und Vertuschungen bei den AKWs in unserer Region informiert. Nun waren natürlich die Absender der "offiziellen" Briefe nicht die im Brief angegebenen Behörden, sondern unbekannte AKW-Gegner, die diesen Weg zum Bürger wählten.
Diese Leute nehmen für diese (um es nicht zu vergessen: VERBOTENE) Info-Arbeit:

- 1 Anlaß (z.B. Unfall in AKW, Inbetriebnahme/Wiederinbetriebnahme/Abschaltung und eigene Empörung)
- 1 richtigen, offiziellen Briefvordruck von Ämtern / HEW / NWK usw.
- 100 Teile Phantasie, um eigene Kritik am Atomprogramm durch angebliche Verlautbarungen der Betreiber satirisch überspitzt (trotzdem realistisch) dem verehrten Bürger nahe zu bringen.
- 100 Teile Verschwiegenheit über Macher, Entwürfe, Drucker, Verteiler
- 1 Presseerklärung, um die Hintergründe für die Aktion klarzumachen. Siehe diese Seite!!

Dann dürfte eigentlich alles klar gehen und ihr habt eine tolle Briefaktion. Der Vorteil bei solcher Aktion ist, daß die Betreiber auf jeden Fall die gefälschten Briefe dementieren müssen. Tun sie das nicht, glaubt bald niemand mehr den echten Schreiben, die wirklich eine Preiserhöhung oder öhnlichen Scheiß verkünden. Dadurch gelangt ziemlich sicher die Sache in die öffentliche Presse.
Eigentlich wollte ich ja zum Nachahmen dieser Aktion aufrufen, aber wir haben bei der GF schon genug Paragraphen am Hals. Nun gut, aber ihr möchtet doch sicher auch mal so ein Exemplar in eurem Briefkasten finden. Dazu müssen es aber noch viel mehr Leute werden. . . Denkt mal darüber nach!
Bei der GF trafen auch einige sehr schöne Exemplare ein, die seht ihr hier auf der Seite DOKUMENTIERT (aufgepaßt, Herr Staatsanwalt: DOKUMENTIERT!)

z.B.

Flugblätter sind gefälscht

Angst und Unsicherheit bei vielen Familien haben Flugblätter verursacht, die gestern in Bergedorf in die Briefkästen gesteckt wurden und angeblich vom Bergedorfer Bezirksamt stammen. Die Verfasser, vermutlich militante Atomkraftgegner, geben in dem Flugblatt ins Absurde gezogene Verhaltensregeln für den Fall, daß es im Kernkraftwerk Krümmel bei Geesthacht (es soll voraussichtlich Anfang 1982 in Betrieb genommen werden) zu Störfällen kommt. Durch geschickte Formulierungen suggerieren sie, daß im Notfall für die Bevölkerung praktisch kein Schutz vorhanden sein wird. Die amtierende Bezirksamtsleiterin Sigrid Feustel hat Anzeige erstattet.

1 Brief kommt selten allein

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE
AKTIENGESELLSCHAFT

2000 HAMBURG 60 · UBERSEERING 12

DURCHWAHL-RUFNR. 636 3611

HEW

AN ALLE

HAUSHALTUNGEN

Hamburg, den 25.8.8o

Sehr geehrter Kunde,

wie Sie vielleicht schon wissen, haben wir am 20. Aug. 1980 unser Kernkraftwerk Brunsbüttel erneut in Betrich genommen. Dadurch sind wir in der Lage, auch langfristig elektrischen Strom in ausreichender Menge sicher und preiswert an Sie zu liefern.

Leider konnten trotz der zweijährigen Wartungspause nicht alle durch Normalbetrieb und Störfälle entstandenen Schäden behoben werden. Eine ausreichende Energieversorgung birgt aber naturgemäß auch gewisse Risiken in sich. Wir können Ihnen aber versichern, daß wir alles in unseren Kräften Stehende tun werden, um diese Mängel spätestens im Frühjahr 1981 zu beseitigen. Zu diesem Zeitpunkt muß wegen des Austausches der Brennelemente das Kraftwerk ohnehin für einige Zeit abgeschaltet werden.

Wir sind jedoch der Ansicht, daß wir es nicht länger verantworten können, täglich DM 500.000 aus unseren Rücklagen aufzuwenden. Denn soviel kostet uns jeder Tag, an dem der Reaktor ruht.
Auch Sie als unsere Kunden werden ein Interesse an einer HEW haben, die auch für ihre Aktionäre gewinnbringend wirtschaftet.

Aus diesem Grunde sehen wir uns leider gezwungen, Sie an den bisher für uns angefallenen Verlusten zu beteiligen. Außerdem werden in Zukunft möglicherweise noch weitere Kosten durch naturgemäß nicht zu vermeidende Störfälle auf uns zukommen.
Wir möchten Sie deshalb schon jetzt fairerweise damit vertraut machen, daß zum 1.12. 1980 Strompreiserhöhungen von 8,7% unvermeidlich sind. Hierfür bitten wir Sie schon im voraus um Verständnis.

Und jetzt noch einen Hinweis auf eine Service-Leistung der HEW:

Für Menschen, die in der Nähe eines Kernkraftwerkes leben, ist zwar das Risiko einen Strahlenschaden zu erleiden äußerst gering. Die Wahrscheinlichkeit, vom Blitz erschlagen zu werden oder durch Erdbeben, Lawinen oder Flut zu Tode zu kommen, ist wesentlich größer. Auch beim letzten größeren Störfall in Brunsbüttel am 18.6. 1978 kam kein Mensch zu Tode.

Dennoch sind die zuständigen Landesämter verpflichtet, auch für ein Kernkraftwerk wie für jede andere großtechnische Anlage oder auch Naturkatastrophen eine Gefahrenabwehrplanung durchzuführen und einen Katastrophenschutzplan aufzustellen.
Das Bundesinnenministerium hat hierzu gemeinsam mit dem Länderausschuß für Atomenergie und mit den Elektrizitätsunternehmen entsprechend einem Vorschlag der Strahlenschutzkommission "Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung Kerntechnischer Anlagen" beschlossen. Danach ist bis 1982 jeder Bürger mit einem Nuklear-Schutz-Set für den Sofortschutz auszurüsten.

Dieser Kundendienst soll, so meinen wir, den Kunden nichts kosten. Deshalb stellen wir Ihnen schon jetzt diesen Set als besonderen Kundendienst k o s t e n l o s zur Verfügung.

Er besteht aus:
1 Schutzdecke
1 Tube Dekontaminationsmittel
1 Atomblitzschutzbrille
12 Jodtabletten

Diesen Set erhalten Sie in einer strahlenfesten Plastikmappe, die im Ernstfall als Schutzschild für den Kopf Verwendung findet.

Dieser Set liegt in Ihrem HEW - Kundenzentrum ab sofort für Sie bereit; Sie können ihn auch einfach mit der beigefügten Antwortkarte bestellen.

Für alle noch offenstehenden Fragen stehen Ihnen unsere Mitarbeiter in den Kundenzentren gerne zur Verfügung.

Telefonische Rückfragen richten Sie bitte an: 636 3611

Mit freundlichen Grüßen

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE
i.A. Koppe

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT 25.8.8o 2

Antwort-Karte

Hiermit bestelle ich die kostenlosen Nuklear-Schutz-Sets für meine Familie

Anzahl der Haushaltsmitglieder ☐
Kinder (bis 15o cm) ☐
Erwachsene ☐

Der Nuklear-Schutz-Set besteht aus:
1 Schutzdecke
1 Tube Dekontaminationsmittel
1 Atomblitzschutzbrille
12 Jodtabletten

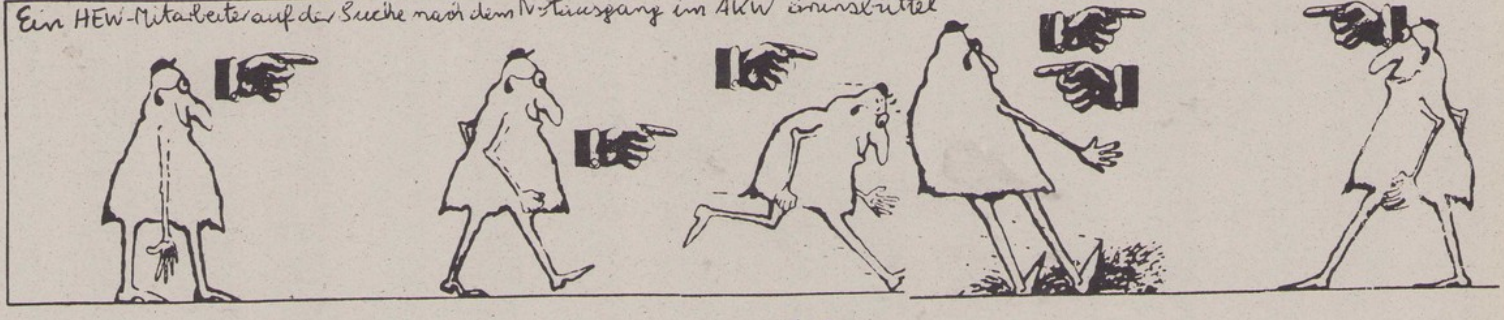
Hamburg, den

Unterschrift

SITZ HAMBURG · HANDELSREGISTER B 1955 DES AMTSGERICHTS HAMBURG · VORSITZENDER DES AUFSICHTSRATS ... VORSTAND DR. ING. RUDOLF MEISTER · WILHELM LENTFER · DR. RER. POL. HANS WERNER OBERLACK

Commerzbank AG (BLZ 200 400 00) Konto-Nr. 6109813 · Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50) Konto Nr. 1280/119007 · Hamburgische Landesbank (BLZ 200 500 00) Konto Nr. 724 724 · ... Konto Nr. 135 00 200 · Vorstand: LM Dr. ...

Ein HEW-Mitarbeiter auf der Suche nach dem Notausgang im AKW Brunsbüttel



Einige eifrige Briefschreiber melden sich zu Wort:

Presseerklärung

Stellungnahme zum Fälscherhandwerk

Sicherlich glaubten viele Hamburger Bürger an einen Witz, als sie diese Woche einen Brief von der HEW erhielten mit der Aufforderung, einen kostenlosen Nuclear-Schutz-Set anzufordern.

Klar ist dieses ein Witz gewesen, etwa von der selben Qualität wie der amtliche Ratschlag an die Bevölkerung, bei kerntechnischen Unfällen Fenster und Türen zu schließen und besonnen auf weitere Anordnungen zu warten. (Warndurchsage nach den "Katastrophenschutzplänen" für die Umgebung kerntechnischer Anlagen).

Wir wissen aber auch, daß viele Menschen auf unseren schwachsinnigen Nuclear-Schutz-Set hereingefallen sind, wie sie auch den amtlichen Verblödungsratschlägen Glauben schenken.

Tatsache dagegen ist:
Hilfsmaßnahmen im Falle eines Defektes im AKW Brunsbüttel sind eine Illusion. Weder gibt es einen Großalarm, noch werden bei einem raschen Ausbreiten der radioaktiven Wolke (1 1/4 bis 2 Stunden) die dort lebenden über hunderttausend Menschen evakuiert. Hilfsorganisationen können gar nicht schnell genug zusammengezogen werden. Schließlich ist auch die ärztliche Versorgung der vielen radioaktiven Menschen nicht gesichert, da Krankenhäuser und medizinisches Personal für solche Fälle nicht speziell vorbereitet sind. Die staatliche Katastrophenschutzplanung beschränkt sich darauf, die bereits eingetretene Katastrophe zu verwalten. Das bedeutet vor allem, die dann stark verseuchte nähere Umgebung des AKWs einschließlich der Einwohner hermetisch abzuriegeln.

Wir hoffen, daß die HEW unsere Fälscherarbeit ebenso honoriert, wie die eigene Lügenpropaganda für den Atomstrom. Wir sehen da keinen Unterschied; deshalb an dieser Stelle die Aufforderung, unsere Druck- und Vertriebskosten in Höhe von 2895,- DM voll zu übernehmen, und diesen Betrag auf ein Konto für die vom Staat verfolgten AKW-Gegner zu überweisen."
(Auszug d. Red.)

AKW-Brunsbüttel – der Störfall ist der Normalfall

- **122 Schnellabschaltungen (bei jeder Schnellabschaltung gelangt erhöhte Radioaktivität an die Umwelt)**
- **161 uns bekannte Störfälle (s. Anlage) bis Juni 78, inzwischen ca. 200**
- **61 beschädigte Brennstäbe (Löcher, Risse und Beulen) wurden nach dem Unfall im Juni 78 im Reaktorkern entdeckt; dies sind 3x soviel, wie "normal" von den Betreibern erwartet**
- **dies ist der Grund, daß das AKW Brunsbüttel im Jahre 78 ohne den Unfall vom 18.6. die Umwelt mit doppelt so viel Radioaktivität (16 500 Ci) verseucht hat, wie alle westdeutschen AKWs zusammen!!!**
- **diese defekten 61 Brennstäbe sind während des 2jährigen Stillstandes aus Kostengründen nicht ausgetauscht worden. Trotzdem erfolgte die Wiederinbetriebnahme am 20.8.80.**
- **während des 2jährigen Stillstandes hat sich im AKW Rost gebildet, der noch ein zusätzliches Risiko darstellt.**
- **aufgrund technischer Schwierigkeiten im bisherigen Betrieb wurde das Kernsprühsystem (ein Notkühlsystem) derart verändert, daß in bestimmten Unfallsituationen (Kühlmittelverlust) die Gefahr des Kernschmelzens größer wird.**

Brief soll Unruhe stiften

Gefälschte Schreiben mit dem Absender der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) flattern seit gestern in viele Hamburger Briefkästen. Dem Schreiben beigelegt ist eine Antwortpostkarte mit der man einen „kostenlosen Nuklear-Schutz-Set", bestehend aus einer Schutzdecke, einer Tube Dekontaminationsmittel (zum Reinigen nach Bestrahlung), eine Atomblitzschutzbrille und 12 Jodtabletten, bestellen kann. Anlaß dieser auf Unruhe abzielenden Brief-Aktion ist die Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Brunsbüttel. „Leider", so steht in dem Schreiben „konnten trotz der zweijährigen Wartungspause nicht alle durch Normalbetrieb und Störfälle entstandenen Schäden behoben werden." Außerdem kündigen die unbekannten Briefschreiber auch noch eine Strompreiserhöhung von 8,7 Prozent zum 1. Dezember 1980 an.

Unterschrieben ist der Falsch-Brief mit dem Namen „Koppe". Insider wissen: Das war der Mann, der bei HEW jahrelang als Ost-Spion Werbung für Atom-Strom machte und im Januar 1979 nach Ost-Berlin floh.

Auch 1978, als das Kernkraftwerk Brunsbüttel ausfiel, erhielten HEW-Kunden gefälschte Briefe. Sie wurden aufgefordert, sich 50 Mark im Kundenzentrum abzuholen, weil die HEW durch den Stillstand des Kraftwerks Geld gespart hätten. Der HEW-Sprecher: „Einige kamen tatsächlich."

Daß diese Fakten auch der HEW bekannt sind, hat sie bei dem schweren Unfall im AKW Brunsbüttel vom 18.7.78 bewiesen. Damals strömten 145 000 t radioaktiven Dampfes aus dem Reaktor in die Umgebung der Wilster Marsch bis nach Hamburg hinein. Erst ein anonymer Anruf bei der dpa gab die ersten Informationen über diesen Unfall. Deshalb der Ratschlag an die Bevölkerung, den berufsmäßigen Betrügern von der HEW genausoviel Glauben zu schenken wie unserer Fälschung.

Natürlich wollen wir auch Unruhe stiften, es gibt Grund genug dafür, und mit Witz fängt die Sabotage an. . .

Es liegt uns fern, Verbesserungen der Katastrophenschutzpläne für dieses Schrott-AKW zu fordern, sondern wir wollen alles dafür tun, daß dieser lebensgefährliche Reaktor endgültig abgeschaltet wird. . .
. . . Die niederen Motive der Verantwortlichen bei HEW, nämlich Profitsucht, sind offensichtlich; es handelt sich bei diesen Herren um außergewöhnliche Gewohnheitsverbrecher.

Die Warnungen vor dem AKW Brunsbüttel sind berechtigt, denn

STADT BRUNSBÜTTEL
Der Bürgermeister

2212 Brunsbüttel, den 11. Juli 1980

Liebe Mitbürger!

Wir wenden uns heute in einer überaus ernsten Angelegenheit an Sie - es geht um die Sicherheit. Sicherheit für Deutschland, Sicherheit für Brunsbüttel, gesicherte Energieversorgung heute und morgen - bitte tragen auch Sie dazu bei!
Unverantwortliche politische Entscheidungen und das zügellose Gewährenlassen von sogenannten Bürgerinitiativen gefährden die Sicherheit unserer Energieversorgung heute und in Zukunft.
Die ganze freie Welt beneidet Deutschland um sein zukunftsweisendes Konzept der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vor allem durch die rücksichtslose Erpressung des freien Westens durch einige Wüstenscheichs und ihre Ayathollas gewinnt unser Konzept innerhalb Europas mehr und mehr an Bedeutung.
Gezielt ausgestreute Gerüchte über die angebliche Nichteignung des Salzstocks von Gorleben für das geplante Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) bedrohen nun gerade auch Brunsbüttel. Ohne gesicherte Entsorgung des nuklearen Abfalls geht nichts mehr.
Daher sind nun wir alle aufgerufen, ein eigenes Modell der Atommüll-Entsorgung zu erproben: die dezentrale Endlagerung von Atommüll (DEA).

Jeder von Ihnen kann dabei behilflich sein.
Wenden Sie sich bitte an die Ordnungsbehörde der Stadt Brunsbüttel. Sie erhalten - vorausgesetzt Sie können Lagermöglichkeiten vorweisen - die Genehmigung zur Endlagerung von geringen Mengen Atommülls. Diese Genehmigung berechtigt Sie, die für Sie vorgesehene Menge nuklearen Abfalls beim Kernkraftwerk in Empfang zu nehmen und bei sich zu lagern.

Denken Sie daran: Ohne Kernkraft gehen in den nächsten Jahren die Lichter aus! Jeder einzelne muß in unserem sozialen Gefüge seinen Anteil tragen, um die drohende Energielücke der 80er Jahre abzuwenden. Und noch eines: lassen Sie sich bitte nicht von kommunistischen Agitatoren oder ewiggestrigen Wirrköpfen bange machen.
Es gibt viel zu tun - packen wir es an!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Bürgermeister

Große Freiheit
140
111
90a
SOLIDARITÄTS-MARKE

„Kleine Lager für Atommüll gesucht"

Brunsbüttel – Da kamen die an „Störfälle" längst gewöhnten Brunsbüttler aber nun doch „in die Socken": Alle Haushalte erreichte in der Dithmarscher Industriestadt ein hochoffizielles Rundschreiben. In dem forderte der Bürgermeister der Stadt Brunsbüttel dazu auf, einen Beitrag zur Sicherung der bundesrepublikanischen Energieversorgung zu leisten:

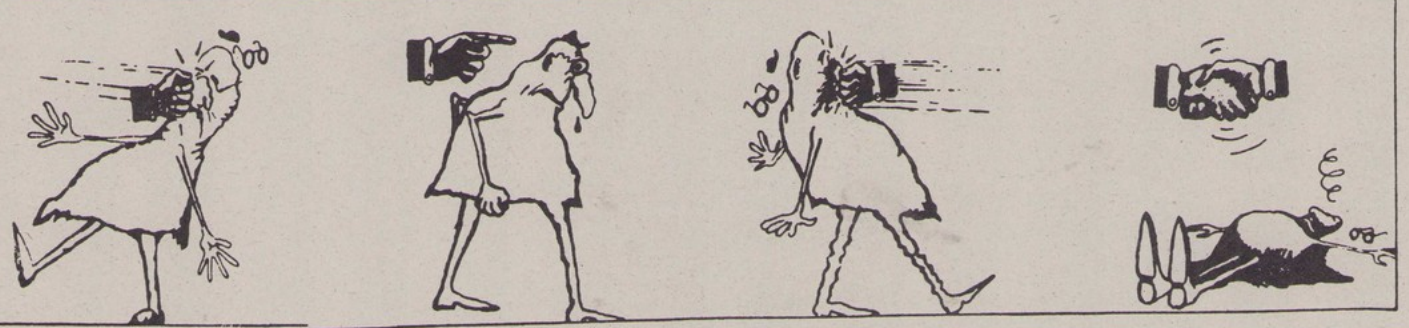
„Wir sind alle aufgerufen, ein eigenes Modell der Atommüll-Entsorgung zu erproben. Jeder kann dabei helfen. Sie erhalten von der Ordnungsbehörde der Stadt – vorausgesetzt sie können Lagermöglichkeiten vorweisen – die Genehmigung zur Endlagerung von geringen Mengen Atommülls."

Zahlreiche Anrufer baten bei der Stadt um Aufklärung. Die Stadt: „Das waren Witzbolde."

Schrott-Reaktor lief nur acht Tage

Brunsbütteler Atomkraftwerk nach Störfall wieder einmal „schnellabgeschaltet"

Kiel (ZdS) – Nur 8 Tage konnten sich die Betreiber des Atomkraftwerkes Brunsbüttel an einem ungewöhnlichen Ereignis erfreuen. Der 806 Megwatt Siedewasser-Reaktor produzierte zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahren wieder Strom. Am 28. August, um 7 Uhr morgens, noch bevor der Reaktor 90 Prozent seiner Leistung gebracht hatte, war es schon wieder vorbei mit dem Atomstrom. Ein Meßgerät fiel aus: Schnellabschaltung! Zwei Tage später sollte in Brunsbüttel an der Unterelbe wieder angefahren werden. Daraus wird aber nichts. Denn gleichzeitig wurde das Atomkraftwerk per Gerichtsverfügung stillgelegt. Die Betreiber, so das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, hätten es versäumt, die neue Genehmigung für den Reaktor öffentlich auszulegen und einen Erörterungstermin anzuberaumen. Bis zum 31. Oktober wird es auf jeden Fall keinen Atomstrom aus Brunsbüttel geben.



GIFT WOHIN MAN BLICKT

würg BRECH HIER STINKT'S ATZ KOTZ ROTZ IGITT ÜÜ ALLES SCHEISSE

Mit dem ungeheuren Anwachsen der Industrialisierung einher geht ein Anwachsen von Umweltskandalen aller Art.
Diese Entwicklung verstärkt sich mit jedem weiteren Wachstum des Bruttosozialprodukts.
Hier eine (unvollständige) Aufzählung der gravierendsten Fälle der jüngsten Zeit.

Am 9. Juli 1979

Am 9. Juli 1979 berichtet der Spiegel über den Fall des **Chemiewerkes Boehringer**. Augrund von Untersuchungen in der Umgebung Billbrooks werden hochgiftige Pestizide in Hamburger Mild und Gemüse gefunden. Das Seveso Gift TCDD wird von Boehringer einfach in einen Elbeseitenkanal geleitet und wird bereits im Grundwasser nachgewiesen. Bei weiteren Nachforschungen fand man Hexachlorcyclohexan (HCH) nicht nur in der Milch, sondern auch im Porree und Salat, im Kohlrabi und Kohl der anliegenden Gemüsebauern. Diese Gift reichert sich im Körperfett an, schädigt Leber und Nervensystem, ruft Krebs hervor und führt zu Mißbildungen bei Neugeborenen. Deshalb ist dieser Stoff in Schweden verboten!

Wesentlich giftiger aber ist das TCDD. Es wirkt bereits in Minimengen, ist rund 500 mal giftiger als Strychnin, und in Kaninchenversuchen erwiesen sich zehn Millionstel Gramm pro Kilo Körpergewicht als tödlich!

Der Skandal wurde freilich erst abgerundet durch die Tatsache, daß die Behörden in Hessen jahrelang von einem ähnlichen Fall wußten, und auch in Hamburg dem Boehringer Werk seit 15 Jahren Afulagen machten, die aber nie ernsthaft nachkontrolliert wurden. Kommentar eines Beamten: "Wer sich da vorwagt, kriegt gleich eins übergebraten!"

Am 19. Dezember 79 wird bekannt, daß der **Frankfurter Chemieriese Hoechst** immer wieder die Abfallstoffe seiner Produktion statt durch die werkseigene Bio-Kläranlage direkt in den Main leitete und ihn damit hochgradig verseuchte. Zahlreiche Wasserproben hatten ergeben, daß neben den amtlich erlaubten Einleitungen von Salz und Säuren! auch schwer abbaubare Organo-Verbindungen wie Chloroform, Tetrachlorkohlenstoff, Trichloräthylen, etc. durch als Wasserrohre deklarierte Rohre abgeleitet wurden. Und zwar jeden Tag 1500 Kubikmeter! Bereits in der Vergangenheit hatten Behördenvertreter den Bau zweier Kläranlagen gefordert, aber wohl auch deshalb nicht bekommen, weil der Ministerpräsident Albert Osswald gern mit Vorstandsmitgliedern von Hoechst zum Essen ging.

Am 28. Februar 80 zeigt eine amtliche Untersuchung zum erstanmal die Auswirkungen eines **Bleihüttenwerkes der Preussag AG in Goslar-Oker**. Das giftige Schwermetall zirkulierte im Blut der Kinder, und die gesundheitskritischen Werte waren teilweise um das doppelte überschritten! Blei ist für den Körper ein heimtückisches Gift. Es lagert sich wie in Depots in Nieren, Leber und Knochen ab. Bei Infektionen oder Streß wird es wieder frei und führt zu Vergiftungen. Das Gesicht färbt sich dann fahlgelb, es folgen Mattigkeit, Muskelschmerzen und Appetitlosigkeit.

Als die Untersuchung bekannt wurde, nahm sie der niedersächsische Sozialminister Schnippkoweit erst einmal unter Verschluß! Das hatte bereits Tradition, denn schon im Jahre 1961 alarmierte ein Arzt das Gewerbeaufsichtsamt. Erst 1968 nahm das Ministerium Ermittlungen über die Luftverunreinigung durch Blei, Zink und Cadmium auf. Im Jahre 1977 ergaben Gemüseproben die Überschreitung der Höchstwerte um 140 %. Der Bleistaub färbte den Grünkohl gelb. Da entwarf das Ministerium eine Verzehrsempfehlung: Obst und Gemüse sollten gut gewaschen, Kartoffeln durch Zukauf eingeschränkt werden! Die Bauern bekamen aus den Nachbargemeinden sauberes Futter, um ihren Viehbestand zu erhalten. Trotzdem verendeten 20 Kühe und Kälber. Das störte die Konzernmanager jedoch nicht, die nach eigenen Aussagen angeblich 11,4 Millionen für Umweltschutz ausgegeben haben und dabei den Staubausstoß um 80 % verringert haben wollten.

Am 10. April 80 berichtet der Stern über das Auftauchen zahlreicher **weißer Spatzen** in der Nähe des **Kernkraftwerkes Ohu bei Landshut in Bayern**. Der Biologe und Museeumsdirektor Dr. Spitzlberger fand heraus, daß sich innerhalb eines halben Jahres "das natürliche Vorkommen von weißen Abartigkeiten bei Spatzen" vervielfacht hat. Während früher in einer Gemeinschaft von ca. 70 Tieren allenfalls ein weißes auftrat, sind es heute 10-12 Stück. In diesem Zusammenhang sprach Dr. Spitzlberger von sichtbar gewordenen Folgen durch den Betrieb des Atomkraftwerks Ohu und der danebenstehenden Reaktor-Ruine Niederaichbach, welche die Erbmasse der Tiere verändert hätte.

Während von den Kraftwerksbetreibern gleich lange Gegengutachten geschrieben wurden, fand der Doktor seine Befürchtungen in einer wissenschaftlichen Publikation bestätigt. In der Zeitschrift "Theoretische und angewandte Genetik" wird beschrieben, wie Bestrahlungen an Wirbeltieren zu Mutationen (Hellfärbung und Fleckigkeit) führten. Das bayrische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltschutz! tat die Spatzen zunächst als "nicht amtlich" ab. Als sie sich dann doch als existent erwiesen, wurde eine Untersuchung der Albinos abgelehnt.

Der Gift-Skandal von Hamburg

Nachdem Hamburg bereits mit den Giftfunden auf dem **Stoltzenberg-Gelände in Eidelstedt** und auf dem **alten Gaswerksgelände** gut im Rennenlag, wurden am 10.4.80 in **Winterhude auf einem Firmengelände am Mühlenkamp 35 Fässer mit hochgiftigen Zyaniden** entdeckt.

Verbindet sich Cyanid mit Wasserstoff, der im Wasser enthalten ist, so entsteht Blausäure, eines der am schnellsten wirkenden Gifte. Schon das Einatmen von nur 0,06 Gramm kann zum Erstickungstod führen.

Die Giftstoffe waren bereits ins Erdreich eingedrungen, und haben möglicherweise das Grundwasser verseucht. Der Betrieb hatte die Rückstände aus seiner Galvanisierung einfach in Fässer gefüllt und diese auf dem Hof gelagert. Da es ca. 6000 solcher Kleinbetriebe in Hamburg gibt, die mit ähnlichen Methoden arbeiten, waren die Behörden mit ihrer chronischen Unterbesetzung im Umweltschutzbereich gar nicht in der Lage, auch nur Stichproben bei diesen Betrieben zu machen.

Am 24. April 1980 wurde ein weiterer Unfall im stilliegenden **Kernkraftwerk Brunsbüttel** bekannt. Nachdem schon am 18. Juni 1978 der bisher schwerste Unfall in einem deutschen KKW durch Abreißen eines Dampfrohres, welches zur Turbine führte, stattfand und 145 Tonnen radioaktiven Dampfes in di die Umgebung geblasen wurde, waren diesmal "nur" 150.000 Liter "schwachradioaktives" Wasser in das Reaktorgebäude gelaufen. Nichtsdestotrotz wollten die Betreiber gleich wieder die Sicherheitsbestimmungen umgehen und eine weitere Betriebsgenehmigung in Bonn einholen. Und das, obwohl sie bereits vor 5 Jahren zur Auflage bekommen hatten, die Schnellabschaltbehälter zu erneuern. Diese Nachrüstung hat bis heute nicht stattgefunden.

Am 22. Mai 80 wurde ein weiterer Fall von **Bleiverseuchung in Nordenhamm an der Weser** bekannt. Wieder war der Betreiber der Hütte die **Preussag AG**, die auch in Goslar verantwortlich ist.

An den Kindern wurden Bleikonzentrationen von über 30 Mikrogramm festgestellt. Dazu kommt noch, daß auf ganz wenigen Kilometern an der Wesermündung das Kernkraftwerk Esenshamm steht, Metallverarbeitungsbetriebe sowie ein Asbesthersteller und ein Titanwerk produzieren. Das Land Niedersachsen kauft weitere Grundstücke für die Industrieansiedlung an der Weser auf.

Am 4. Juni 80 veröffentlicht der Stern eine Reportage, die umfassend darlegt, daß die **Nordsee** kurz vor dem Umkippen zu einem toten hinterließ große Abraumhalden, von denen sogar der Wind den Bleistaub mitnimmt.

Ebenfalls im Juni 80 erscheint in 'Bild der Wissenschaft' ein Artikel, der sich mit dem **Seensterben auf der nördlichen Halbkugel** befaßt. Und zwar wurde bereits in den 50er Jahrer. entdeckt, daß der ph-Wert des Regens unter normal lag. In den USA ist heute ein Regenfall mit einem ph-Wert von 4 keine Seltenheit. Dieser gigantische Säureanstieg ist das Produkt der Abgase, die Autos, Kraftwerke und Industrie ständig in die Luft blasen.

Dieser saure Regen beeinträchtigt das biologische Gleichgewicht in Flora und Fauna. Er tötet die zur Verkompostung des Laubes notwendigen Bakterien und beraubt so den Boden seiner wichtigsten Nährstoffquelle. Wenn der ph-Wert unter 5 sinkt, kann der Regen beträchtliche Mengen von giftigen Metallen iwe Beryllium, Kadmium, Blei, Quecksilber usw. aus dem Boden herauslaugen. In den sauren Seen der USA ist der Aluminiumgehalt des Wassers 10-20 mal höher als normal.

In die Brutplätze von Hering, Kabeljau und Scholle darf die **Bayer AG mit ihrer Säure** auch alljährlich über 10 Tonnen giftiger Schwermetalle kippen. Wegen der Blockade der Säureschiffe in den Niederlanden beantragte Bayer beim Kölner Regierungspräsidenten, die Abfälle wieder wie bis 1969 in den Rhein leiten zu dürfen! Dabei könnte der Konzern sich eine saubere Lösung leisten: In den ersten drei Monaten stieg der Bruttogewinn gegenüber dem Vorjahr von 71 auf 276 Mio. DM.

Auch vor der **deutschen Küste** sieht es trübe aus: die Giftfracht des Rheins ist bis Helgoland nachzuweisen. Dort vermengt sie sich mit dem Dreck von Weser und Elbe. 280 Tonnen chemisch gebundenen Stickstoffs und 35 Tonnen Phosphor ergießen sich täglich in die deutsche Bucht. Vor der Elbmündung werden seit 1976 jährlich 750.000 To. eisen- und schwermetallhaltige Schwefelsäure ins Meer gepumpt. Vor Helgoland wird zusätzlich noch der Hamburger Klärschlamm verklappt, der auch von vielen Kleinbetreiben geiftige Abfälle enthält. Die Schelde-Chemie beantragte kürzlich, jährlich 400.000 Kubikmeter giftige Abfälle in die Nordsee kipüen zu dürfen. Längst finden sich in dem einst fischreichsten Meer der Erde auch radioaktive Abfälle. Strahlendes Cäsium und Strontium stammen aus den Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Windscale. Von dort driftet die radioaktive Spur an den europäischen Küsten entlang und ist noch in Norwegen nachweisbar.

Zu alldem kommen noch ca. 6 Mio. Tonnen Altöl jährlich aus Tankern, sowie von den rund 150 Bohrinseln zwischen England und Norwegen. Der Meeresbiologe Dr. Dörries vom Senkenberg Institut Wilhelmshaven ist überzeugt: "Die Nordsee ist ein empfindliches System. Jede Störung einzeln genommen vermag sie noch zu verkraften, aber alles zusammen ist zuviel."

Und am 19. Juni 1980 erschienen in der Presse einige Artikel, aus denen hervorging, daß 80 % der deutschen **Getreidefelder** und 90 % aller **Zuckerrüben- und Maisschläge** mit **Herbiziden** bestreut werden, die man auch unter dem Namen TCDD kennt. Dieses Unkrautvernichtungsmittel wurde bereits in Vietnam zur Entlaubung benutzt, und zahlreiche GIs haben heute Krebs oder leiden an Impotenz, Neurosen, Gefühllosigkeit in Armen oder Beinen, ihre Haut ist mit Geschwüren oder schmerzhafter Chlorakne bedeckt. Ihre Frauen erleiden Fehlgeburten oder bringen Krüppel zur Welt.

In der Bundesrepublik besprühen Förster Himbeer- und Brombeersträucher in Fichtenschonungen mit diesen "Wachstumshemmern". Gartenbauämter verseuchen mit dieser chemischen Keule Parks und Grünanlagen, halten Wege und Kinderspielplätze "sauber". Prof. Dr. Klaus Goerttler vom Krebsforschungszentrum Heidelberg: "Das 2,4-T schädigt den Zellkern und steht deshalb im Verdacht, mutagen (erbverändernd) zu wirken."

Daß die Herstellung und Verwendung von Dioxin-Herbiziden auf der Basis von 2,4,5,-T inzwischen in den Niederlanden, Italien und Schweden untersagt ist, ficht die deutschen Hersteller und Behörden nicht an. Der Leiter der Abteilung Pflanzenschutz beim "Bundesgesundheitsamt": "Wir sehen nach wie vor durch die Verwendung von Herbiziden für den Menschen kein Risiko."

Na, denn guten Appetit!

H. Bedermann

Die grosse freiheit ist wieder mal fertig composert bis zur nächsten Nummer hab ich Zeit für andere Sachen: Kleinkrams, Broschüren, Zeitungen, Bücher . . . ruft mal an oder kommt vorbei:
Ulla Penselin, Bellealliancestr. 56a, 2000 Hamburg 19, Tel. 439 68 97

Halt, Hier Langsam Arbeiten

Bei der "Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft" HHLA steht seit langer Zeit die Einführung der 'ständigen dritten Schicht' an. Das bedeutet einen festen Schichtplan rund um die Uhr incl. Wochenende, in dem u.a. in regelmäßigem Turnus eine Woche durchgehend (desh. 'ständig') Nachtschicht gearbeitet werden muß.

Gegen die Einführung von Schichtplänen haben sich aufgrund der zugespitzten Lage die Arbeiter des Containerterminals am Burchardkai mit der Verweigerung jeglicher übertariflicher Mehrarbeit gewehrt.

Wir haben mit zwei Mitgliedern der linken Betriebsgruppe 'Alternative' (Jörg, Betriebsratsmitglied; Rolf, Vertrauensmann) ein Interview gemacht, in dem es um Auswirkungen neuer Technologien im Hafen geht, um den konkreten Konflikt und um Möglichkeiten und Probleme von linker Betriebsarbeit, die die meisten von uns als Möglichkeit schon abgeschrieben haben.

Das Interview ist am 24.9. vor einer entscheidenden Kollegenversammlung entstanden, auf der entweder ein positives Verhandlungsergebnis oder ein Warnstreik erwartet wurde. Wie ihr aus der Übersicht über die Ereignisse entnehmen könnt, ist die ständige 3. Schicht erstmal vom Tisch. Es ist noch einmal ein zweimonatiger Test mit der alten Regelung ausgehandelt worden.

Einen zweiten Teil des Interviews, den wir nach der Versammlung gemacht haben, und in dem es vor allem um die Frage ging, ist das nun ein Erfolg oder nicht – Jörg ist da ganz optimistisch –, können wir leider aus Platzgründen nicht mehr abdrucken. Wir haben uns aber zumindest mit Jörg verabredet, uns noch mal zu einem Gespräch über linke Betriebsarbeit zusammenzusetzen. Ein anderer vielleicht noch anzugehender Punkt wäre, die ganze Geschichte noch mal mit Arbeitern, die nicht in solchen Funktionen drinstecken, aufzurollen.

Da sich das Interview auf den konkreten Konflikt um die ständige Nachtschicht bezieht, lest doch zuerst den kleinen Überblick. . .

ÜBERBLICK über die EREIGNISSE

Schon seit 1978 versucht die HHLA einen 'Kontischichtplan' an ihrem Containerterminal Burchardkai durchzusetzen. Tariflich sind die Hafenarbeiter da bisher nur verpflichtet, eine 3. Schicht (=Nachtschicht) pro Woche zu arbeiten. Zur zweiten Schicht können täglich höchstens 15% der Belegschaft für eine Woche verpflichtet werden; am Wochenende wird nur durch einen Zusatzvertrag gearbeitet. Über diese Regelung hinaus wurde bei Bedarf sehr viel freiwillige Mehrarbeit geleistet (dazu genaueres im Interview). Ein Kontischichtplan sieht die wochenweise wechselnde Verpflichtung zu allen Schichten vor; incl. Wochenende (z.B. eine Woche 1., eine Woche 2., 1 Woche 3. Schicht o.ä.).

Im Sommer 79 schlug die ÖTV für den neuen Rahmentarifvertrag die Einführung einer ständigen (d.h. über eine Woche gehenden) 3. Schicht vor. Dies ließen aber die HHLA-Vertrauensleute nicht zu.

Dann stellte die HHLA ihre Gegenforderungen auf: Schichtpläne rund um die Uhr, incl. Wochenende.

Dagegen liefen die Kollegen Sturm und zwangen die ÖTV, darüber nicht zu verhandeln.

Ende Dez. 79 versuchte die HHLA den Betriebsrat (BR) zu einem abgewandelten Abschluß einer Betriebsvereinbarung rumzukriegen. Auch dagegen wehrten sich die Kollegen.

So kam es am 4. Jan. zum Abschluß einer Betriebsvereinbarung, die bei der wöchentlich einmaligen Verpflichtung zur 1. und 3. Schicht an einem Tag erstmals die 10stündige Ruhepause nach der Arbeitszeitverordnung (AZO) vorsah. Das beinhaltete eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden (am Burchardkai fängt in diesem Fall die 3. Schicht also um 1.00 statt um 11.00 Uhr an.) Das fanden die Kollegen toll.

Seitdem wird der BR von der Firmenleitung mit Drohungen (Reedereiabwanderung, Arbeitsplatzverluste) bedrängt, diese Betriebsvereinbarung zurückzunehmen.

Im April 80 schlug die HHLA dem BR vor, bei der Vermittlung von der 1. auf die 3. Schicht die 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung wahlweise bei Ende der 1. oder bei Anfang der 3. Schicht stattfinden zu lassen. Die Firma wollte mit diesem 4wöchigen Test im Juni beweisen, daß so nicht gearbeitet werden könne, und legte erneut ihre Schichtpläne auf den Tisch.

"An den Betriebsrat der HHLA
Wir Kollegen vom Burchardkai protestieren gegen den Beschluß des Betriebsrates, eine ständige 3. Schicht als Pflichtschicht einzuführen.
Eine Änderung der bisherigen Nachtarbeit durch Einführung einer wochenweisen Nachtschicht ist gegen den Willen von uns Kollegen und Vertrauensleuten vom Burchardkai geschehen. Obwohl unsere Gewerkschaft die Abschaffung der Nachtarbeit fordert und arbeitsmedizinische Erkenntnisse die Gesundheitsschädlichkeit der Nachtarbeit nachweisen, zwingt uns der Betriebsrat ein Schichtsystem auf. Durch das Verhalten des Betriebsrates sehen wir den Betriebsfrieden am Burchardkai gestört. Unter diesen Umständen sind wir nicht mehr bereit, freiwillige Mehrarbeit in 2. und 3. Schicht zu leisten, solange, bis die ständige 3. Schicht abgeschafft ist.
Wir verlangen vom Betriebsrat, diese Betriebsvereinbarung zum nächsten gesetzlich möglichen Zeitpunkt zu kündigen und eine Regelung zu vereinbaren, die die 3. Schicht höchstens einmal pro Woche zuläßt."

Arbeitsdirektor Sohst auf der Kollegenversammlung am 19.9.80

Am 5.9. nimmt ein urlaubsgeschwächter, mit Ja-Sagern besetzter Betriebsrat auf Druck der Firmenleitung die ständige 3. Schicht an.

Praktisch gleichzeitig beschließen die Kollegen am Burchardkai, jegliche Mehrarbeit zu verweigern, um diese Vereinbarung wieder vom Tisch zu kriegen. Das ist ein beliebtes legales Kampfmittel, da mit einer tariflichen 40-Std-Woche im Hafen nichts funktioniert.

Die Vertrauensleute und wieder eingetrudelten Betriebsräte beginnen sofort mit der Organisierung des Widerstandes. Innerhalb von 2 Tagen kommen knapp 400 Unterschriften unter folgendem Brief zusammen:

Aufbauend auf frühere positive Erfahrungen werden ca. alle 3 Tage Vollversammlungen in der Mittagspause einberufen. Das ist wichtig, da die Arbeitsplätze auf dem riesigen Gelände weit auseinanderliegen.

Am 11.9.80 wird dem 'zwangseingeladenen' Betriebsratsvorsitzenden und dem Gewerkschaftssekretär (ÖTV) auf einer Pausenversammlung ein klares Nein zu den Schichtplänen gesagt.

Unter diesem Eindruck schleicht sich auch der Rest des Betriebsrates auf die Seite der Kollegen, um nicht gänzlich unglaubwürdig zu werden.

Die Verweigerung der Mehrarbeit am Burchardkai läuft in nie dagewesener Geschlossenheit der ca. 1000 betroffenen Kollegen weiter. Bei der Schiffsabfertigung treten Verzögerungen bis zu 48 Stunden auf. In der zweiten Woche (ca. ab 12.9.) schließen sich auch große Teile der Arbeiter an den alten Kaistrecken der HHLA an.

Am 19.9. erscheint Arbeitsdirektor Sohst ("Häuptling Schnelle Lippe") auf Druck der Kollegen auf einer Pausenversammlung. Er wird ohne den sonst üblichen Respekt mit einem Pfeifkonzert empfangen und erfährt mit seinen Schichtplänen eine glatte Abfuhr.

Eine achtköpfige Verhandlungskommission des BR (der Vorsitzende darf keinen Schritt mehr alleine gehen) versucht, den Firmenvorstand von der abgeschlossenen Betriebsvereinbarung abzubringen.

Der Betriebsrat traut sich nicht mehr, Entscheidungen zu fällen, ohne die Vertrauensleute mit einzubeziehen.

Am 23.9. kündigt der BR einstimmig seine eigene Vereinbarung vom 5.9. unter dem Eindruck der sturen Verhandlungstaktik der Firma, die nur einen noch schlimmeren Schichtplan vorlegt (totales tägl. hin und her zwischen den Schichten unter Einbeziehung des Sonnabends bis 19 h – ein 'Schüttelschichtplan').

Am 24.9. haben wir den ersten Teil des Interviews gemacht.

Am 26.9. wieder Pausenversammlung. Die Kollegen sind bereit, sitzen zu bleiben, bis ein Vorstandsmitglied kommt und alle Verpflichtungen zu ständiger Nachtschicht und Schichtpläne vom Tisch sind. Als die Mittagspause schon fast vorbei ist, kommen die Betriebsräte aus der Verhandlung.

Sie haben ausgehandelt, daß die alte Regelung mit einer Pflicht-Nachtschicht pro Woche usw. und der Einhaltung der 10 Stunden Ruhepause in einem zweimonatigen Test ab Montag, den 6.10. wieder in Kraft tritt.

Test deswegen, weil durch die Verkürzung der Schichten bei der Besetzung qualifizierter Arbeitsplätze Probleme aufgetaucht waren, die die Geschäftsleitung als unlösbar hingestellt hat, wo der BR und die Vertrauensleute aber überzeugt sind, daß das funktionieren kann. Die Versammlung löst sich dann nach ca. 3/4 Stunde Diskussion auf.

Hier ist eine Containerbrücke zu sehen. Die Container werden von einem Vancarrier übernommen – das sind die Dinger, die wie Mondlandefähren aussehen (so kam's uns jedenfalls vor).

Interview

gf: Könnt ihr zunächst mal etwas zur besonderen Struktur der HHLA sagen?

Jörg: Die HHLA gehört zu 100% der Freien und Hansestadt Hamburg und wird politisch vom Hamburger Senat gelenkt. Die neue Hafenordnung zwang die HHLA 1970, durch wirtschaftliche Selbständigkeit ihre Investitionen und ihre Ausgaben selber zu regeln. Das veränderte systematisch die Arbeitsbedingungen.

Das wurde anfänglich besonders deutlich im Außenbetrieb, wo die Kaiarbeiter zu höheren Leistungen gezwungen wurden; das wird ganz besonders deutlich am Containerterminal, wo die meisten Zuwachsraten des Umschlags zu finden sind.

Die Kollegen sind sich im klaren darüber, daß die Zuwachsraten, Gewinne und Umschlagrekorde auf ihren Schultern gefahren wurden, und zwar mehr oder weniger durch die freiwillige Mehrarbeit. Daraus ist historisch gegenüber der alten 'roten Zelle Überseezentrum', wo die alten SPD-Kader versuchten, ihre Politik zu machen und sich auch mal ein bißchen kampfstark zu tun, am Burchardkai ganz langsam ein Selbstbewußtsein gewachsen, das der HHLA heute schwer zu schaffen macht.

Die alten HHLA-Kollegen verstehen heute die Kollegen nicht mehr, die dort nur wegen des Geldes arbeiten. Bei den alten Kollegen wurde die Arbeitsweise der HHLA generationsweise vermittelt. Sie wollten eben gerade bei der 'sozialen' HHLA arbeiten, die bezeichnenderweise immer als 'Halt, Hier Langsam Arbeiten' bezeichnet worden ist.

Die HHLA ist gegenüber anderen privaten Betrieben immer als etwas besonderes angesehen worden. Während es sich die HHLA-Kollegen z.B. erlauben können, nur eine Schicht am Tag zu arbeiten, ist in privaten Stauerei- und Hafenbetrieben eine Sklavenmentalität herangezüchtet worden, die durch übertarifliche Bezahlung kompensiert wird.

Die Kollegen, die in den letzten 10 Jahren bei der HHLA Erfahrungen machten, haben sich also von der traditionellen Verbundenheit mit der SPD losgelöst. Dies hat dazu geführt, daß es möglich war, eine von der SPD losgelöste Betriebspolitik zu machen. Es gibt seit Jahren im Betrieb die Betriebsgruppe 'Alternative' – alternativ gegenüber der traditionellen SPD-Politik –, damit die Kollegen ihre Belange selbst in die Hand nehmen – auch gegen die ÖTV-Politik.

Man muß wissen, daß die Arbeiter bei der HHLA 100%ig ÖTV-organisiert sind, es wird keiner eingestellt, der nicht gleichzeitig ÖTV-Mitglied wird. Heute haben die Kollegen, die seit 1972/73 eine andere Art von Betriebsarbeit machen, zunehmend unter den Kollegen Vertrauen gewonnen, so daß sie heute maßgeblich mit an den Auseinandersetzungen am Burchardkai beteiligt sind.

Wenn du siehst, was wir uns als linke Vertrauensleute und Betriebsräte so systematisch an Freiheiten erkämpft haben. Früher nach der ersten Wahl wurden wir bespitzelt wie in so einem faschistischen Betrieb. Die Kollegen trauten sich nicht, mit uns öffentlich zu reden – anonym sind wir ja gewählt worden, aber öffentlich Sympathie zu zeigen, hat sich keiner getraut. Heute ist das total anders. Bis in die mittlere Führungsebene hinauf sagen sie, ohne die Alternative hätten wir heute längst schon die Arbeitsbedingungen, die der HHLA vorschweben. Das ist prima.

gf: Du hast eben gesagt, daß der alte Schnack HHLA = 'Halt, hier langsam arbeiten' nicht mehr stimmt. Auf welche Art und wodurch seid ihr eigentlich immer genauer in eurem Arbeitsablauf festgelegt, und wie wirkt sich das auch auf die Arbeitsbelastung der einzelnen aus?

Jörg: Heute sind durch den Einsatz der effektiveren Transportmittel wie z.B. Gabelstabler, Vancarrier und Containerbrücken (s. Foto) sowie durch effektivere Ablaufplanung die Arbeitsmethoden wesentlich überschaubarer geworden für den Unternehmer – und weniger überschaubar für den Kollegen, der zunehmend entfremdete Arbeit macht. Im Grunde genommen vollzieht sich die Industrialisierung der Hafenarbeit.

Also, wenn man sich so den Containerterminal anguckt im Vergleich zu früher, zu so einem Schuppen- oder Kaibetrieb, so ist das heute bei uns am Burchardkai so, daß wir – was das Spezielle an der Containerladung ist – eben die Fachkräfte haben, die eine Containerbrücke oder die Vancarrier bedienen. Da sitzt einer isoliert da oben, fährt mit dem 40to schweren Vancarrier in

Forts. von Seite 19

8m Höhe durch die Gegend. Da sind Kollegen an Datenendterminals ausgebildet, die sämtliche Containerbewegungen einspeichern; dann machen welche Funkdienst bei der Verladung, um den Vancarrierfahrern Anweisungen nach computermäßig aufgearbeiteten Plänen zu geben.

Heute findet da also eine derart ausgefeilte Arbeitsmethode statt, daß die Kollegen kaum mehr dazu kommen, mal zwischendurch einen Verholer (= Pause) miteinander zu machen. Da macht jeder für sich alleine irgendwo Frühstückspause und keiner kann mit dem anderen reden. Das ist heute eine derart isolierte Arbeitsweise, daß Streßerscheinungen da sind.

Das macht auch den Konflikt um die Nachtarbeit jetzt wichtig. Es gibt Kollegen aus anderen Betrieben, die erstaunt sind, daß wir uns gegen mehr Pflicht-Nachtarbeit wehren. Die sagen, wieso, Nachtarbeit gehört doch zum Hafen, das weiß doch jeder. Dieser Konflikt wird eben nur verständlich über die Arbeitsweise am Burchardkai. Und dann kommt natürlich hinzu, daß die Erfahrungen anderer westeuropäischer Terminals uns lehren, daß es dagegen zu kämpfen gilt, daß das die Gesundheit auf das letzte ankratzt, das Menschsein hört auf. Das wissen die Kollegen auch, das haben sie auch durch die langjährige Arbeit bei uns auf den normalen Schichten schon zu spüren gekriegt. Sie sind nicht auch noch motiviert, wochenlang nachts zu arbeiten, es reicht, wenn wir jetzt vom Tarif her einmal die Woche müssen.

gf: Laßt uns doch noch mal dazwischenschieben, was ihr beide eigentlich genau arbeitet.

Jörg: Ich arbeite in einer Containerpack-Halle, wo wir die Container be- und entladen und die dazugehörigen Be- und Entladungen von LKWs und Waggons machen.

Es besteht natürlich die Möglichkeit, uns innerhalb des ganzen Terminals an alle dort vorzufindenden Arbeitsplätze zu schicken. Und zwar wird täglich eine neue Vermittlung gemacht, so daß du erst morgens gucken mußt, wo du denn nun arbeitest. Da kann es passieren, daß man jeden Tag mit neuen Leuten zusammenarbeitet.

Rolf: Ich bin als ständiger Vancarrierfahrer eingeteilt. Wenn wir jetzt also bei der Schiffsabfertigung sind, sind wir mit 3 Vancarriern eingeteilt und haben auch nur Funkkontakt unter drei Kollegen.

Dann können wir noch eingeteilt werden für die Hallenabfertigung, d.h. Containergestellung zum Auspacken und zum Abräumen der Hallen.

gf: Wie sehen die Auswirkungen der technischen Veränderungen denn für die Beziehungen der Kollegen aus den verschiedenen hierarchischen Ebenen untereinander aus?

Jörg: Die hierarchischen Strukturen haben sich stark bei der HHLA geändert. Früher waren die Vorgesetzten – bei uns heißt das die Vorgeordneten, weil man die sanfte Art der Ausbeutung betreibt – durch langjährige Tätigkeit aus dem Stamm der nomalen Arbeiterschaft herausgewachsen. Heute werden für die Führung Kapitäne eingekauft, die den HHLA-Stil nicht kennen und die die Rationalisierungen durchziehen sollen. Man kann das sehr deutlich machen. Es gab nur eine Art unter den Kollegen, sich zu unterhalten bis zu den höchsten Chefetagen – über das DU, weil man sich kannte. Die Herren, die heute da das Sagen haben, die sind Fremdkörper im Betrieb – so sehen es die Kollegen, und das führt zu permanenten Reibereien.

In der mittleren Führungsebene sind sehr wohl genau die selben Widerstände zu finden wie bei den einfachen Kollegen, weil sie durch die Rationalisierung genauso zu leiden haben.

gf: Wie groß sind denn die Gruppen, in denen ihr bei euch zusammen arbeitet, Jörg?

Jörg: Da muß man der dort tätigen ÖTV den Vorwurf machen, daß sie als einzige europäische Gewerkschaft keine festen Bemannungsstärken, Gangstärken sagen wir, festgelegt hat, so daß die Arbeitsweise im Hafen zur Dispositionsfreiheit des Unternehmers gehört. Vor 15 Jahren hat es beim Fruchtpacken Gänge von 14 Mann gegeben. Da wurde schon eine Stunde vor der Pause jemand in die Kaffeeklappe zum Anstellen rübergeschickt. Heute sind die Arbeitsgänge auf 3 Mann reduziert. Dieselben Erfahrungen haben auch die Stauer gemacht, die früher mit 8 Mann 1200 Sack geschmissen haben – heute machen 4 Mann 2400 oder 3000.

Oben von der Containerbrücke her fotografiert

gf: Du hast vorhin ja kurz was zur bisherigen Arbeitsorganisation gesagt. Was hat das eigentlich mit dieser freiwilligen Mehrarbeit auf sich?

Jörg: Da muß man sagen, daß die Kollegen, die bei uns arbeiten – auch Rolf und ich – gelernte Berufe haben. Wir arbeiten im Hafen als Hilfsarbeiter mit der Möglichkeit, dort freiwillig Mehrarbeit, sog. 'Doppelschichten' zu gehen und durch unser eigenes Dazutun quasi unsere eigene Tarifpolitik bestimmen zu können. Das zeigt sich in dem Desinteresse an der Gewerkschaftsarbeit; die Kollegen sagen, ich bestimme durch meine Arbeit selber, wieviel Geld ich verdienen will oder nicht. Das ist ein wesentlicher Punkt im Hamburger Hafen, daß die Arbeit dadurch funktioniert und der Ruf des schnellen Hafens dadurch bestimmt ist, daß die Kollegen nicht nur ihre tariflichen 40 Stunden arbeiten, sondern weit darüber hinaus.

Rolf: . . . um sich eben einen bestimmten Lebensstandard zu leisten.

Jörg: Ja, damit kalkuliert der Unternehmer. Die Firma hat bei uns Verträge abgeschlossen, z.B. im Südafrika-Verkehr, mit der Zusage, bis zu 1000 Container in 24 Stunden umzuschlagen – das ist nur mit freiwilliger Mehrarbeit möglich.

Dazu gehört natürlich auch, daß wir wissen, daß die Arbeit zum Erliegen gebracht werden kann einfach dadurch, daß wir Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitsschutzbestimmungen und die 40-Std-Woche einhalten.

gf: Weswegen dringt die HHLA jetzt im Moment so stark darauf, rund um die Uhr feste Schichtpläne zu machen?

Jörg: Ja, man muß da vielleicht sehr deutlich machen, daß auch früher schon und eigentlich in allen Hafenbetrieben rund um die Uhr gearbeitet wird. Was die Kollegen jetzt so auf die Zinne bringt, ist, daß wochenweise eingeteilt wird. Wir sind seit 2 1/2 Jahren in einer Auseinandersetzung um die Reglementierung der Arbeitszeit. Die Kollegen sind es gewöhnt, wollen daran festhalten, ihre freiwillige Mehrarbeit zu machen. Die Unternehmer haben das immer als sehr angenehm empfunden. Das hat ihnen sehr viel Mehreinstellungen erspart und Extraprofite gebracht. Heute fühlen sich die Kollegen durch diese vorgelegten Schichtpläne einfach ihrer traditionellen Freiheit beraubt, selber zu bestimmen, ob ich Mehrarbeit machen will und wie ich arbeiten will. Sie haben sehr genau im Hinterkopf, daß es bei derartigen Plänen keinen Spielraum mehr für irgendwelche Mehrarbeit, und damit auch Mehrverdienst mehr gibt. In Rotterdam oder Antwerpen z.B. existiert das System der Mehrarbeit überhaupt nicht.

Der Unternehmer dagegen sagt heute, bei den für ihn kalkulativ hohen Investitionen für Container-Transportgeräte – wir wollen diese Geräte rund um die Uhr einsetzen. Die Reeder kommen an mit ihren Schiffen, sie haben Tageskosten von 60.000 Mark bei den Containerschiffen der dritten Generation, und wollen diese Schiffe in den Häfen, wo sie das aufgrund der Konkurrenzsituation der einzelnen Hafenbetriebe erzwingen können, zu jeder Tag- und Nachtzeit abgefertigt haben.

gf: Ihr habt gesagt, daß im Hafen ziemlich vereinzelte Arbeitsbedingungen existieren. Wie weit ist das eine Schwierigkeit jetzt bei den Auseinandersetzungen, wie weit müssen sich die Kollegen da untereinander erstmal überhaupt kennenlernen, um dann auch gemeinsam was zu machen?

Jörg: Wir haben zu dem Mittel gegriffen, die Kollegen zusammenzurufen und mit ihnen gemeinsam darüber zu diskutieren, was man machen muß.

Als im November 79 der Konti-Schichtplan vorgelegt wurde und die Vertrauensleuteleitung erstmal dazu meinte, ja, da müssen erstmal die Vertrauensleute einberufen werden, haben wir das einzig richtige getan und die Kollegen zusammengerufen. Die Kollegen waren jeder für sich verängstigt bei dem Gedanken an das Schichtsystem; jeder für sich wußte – auch zuhause mit den Frauen –, daß man so nicht arbeiten könne; sie wußten aber nicht, wie man dagegen vorgehen könnte. Und dazu haben wir die Kollegen mehr oder weniger überredet und dazu gebracht, daß sie sich in der unbezahlten Mittagspause versammelt haben. Das war neu für sie, daß sie sich alle getroffen haben. Sie haben miteinander festgestellt und die wahnsinnige Erfahrung gemacht, daß sie alle dagegen sind, ob Angestellt, Arbeiter, ob hochqualifizierte oder niedrigqualifizierte – von allen Hallen haben sie sich zusammengefunden und standen dort und waren einig, merkten mit einem Mal, daß das ne Kraft ist, wenn sie alle zusammenstehen und sagen, so wollen wir nicht arbeiten – und wenn wir so einig sind, dann schaffen die das nie.

Das ist genau der Hebel gewesen, an dem wir als linke Betriebsräte und Vertrauensleute versuchen, was zu verändern; die Kollegen dazu zu führen, selber was zu machen, die Erfahrung zu machen, daß nur, wenn sie irgendwas bewegen, der BR in der Lage ist, Veränderungen durchzuführen. Und daß man auch damit nur Eindruck gegenüber der Geschäftsleitung erwecken kann.

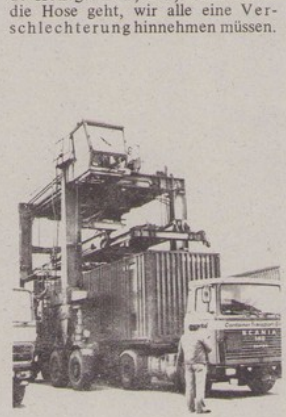
Das ist eigentlich ein routiniertes Spiel, was wir, seitdem wir im BR sind, machen: Pausenversammlungen in den einzelnen Hallen und Räumen, die Kollegen in der Mittagspause um Gehör bitten, um sie neben der regelmäßig erscheinenden Betriebszeitung zu informieren. Was uns einfach noch fehlt, und da haben sicherlich andere Kollegen, die versuchen, was zu bewegen in den Betrieben, dieselbe Erfahrung, daß die Kollegen selbständiger zu Forderungen kommen.. Wir wollen die Kollegen dazu kriegen, daß sie entscheiden – nicht die Betriebsräte – wie sie leben und arbeiten wollen, daß sie sich nicht krankmachen und daß sie Mut kriegen. Wir wollen nicht nur aufzeigen was schlecht ist, sondern die Kollegen dazu kriegen, positive Kampferfahrungen zu machen, daß sie merken, daß nur durch ihr Dazutun hier auch was verändert werden kann. Und das führt natürlich dazu, daß sie sich auch in anderen Lebensbereichen selbstbewußter verhalten.

Da sind wir seitdem wir im Betriebsrat sind seit 1975 ein schönes Stück vorangekommen. Das zeigt sicht jetzt auch daran, daß die abgeschlossene Betriebsvereinbarung zurückgenommen oder zumindest erstmal ausgesetzt wurde, daß sich die Firma hier also nicht traute, sie vom ersten möglichen Termin an durchzusetzen. Wenn das endgülig zurückgenommen wird, dann ist das wirklich ein Erfolg der Kollegen, der Vertrauensleute und der Betriebsräte, die die Auseinandersetzungen mit beeinflußt, mit durch ihre Möglichkeiten der Informationspolitik gelenkt haben, dann ist das wirklich ein hervorstechendes Beispiel, wie man kollegennahe Politik machen kann.

gf: Ihr sagt, daß das bis jetzt ganz positiv verlaufen ist. Ihr habt gesagt, daß vieles überhaupt erst für die Arbeiter im Hafen über die Mehrarbeit möglich ist, und darauf verzichten sie im Moment – also einen bestimmten Lebensstandard. Ist das nicht auch ein kritischer Punkt, womit die andere Seite kalkuliert?

Rolf: Ja sicher. Die Verweigerung der Mehrarbeit läuft jetzt seit 2 1/2 Wochen, und die Unternehmensleitung rechnet damit, daß die Kollegen jetzt in den nächsten Tagen umfallen und sagen, ich kann einfach nicht mehr, ich muß meine Mehrarbeit wieder aufnehmen, eben weil ich mir so einen hohen Lebensstandard aufgeladen habe. Ob das zutrifft, kann ich dir heute auch nicht sagen. Bei uns ist die Stimmung im Moment immer noch so, daß die Leute sagen, wir halten – noch – durch. Ob das machbar ist, weiß ich nicht. Aber eines Tages wird Schluß sein, dann können sie einfach nicht mehr, weil sie finanziell am Ende sind.

Jörg: Die Kollegen wissen, wir haben früher viel versucht, mit Mehrarbeitsverweigerung Verbesserungen durchzusetzen, und da hat es immer Kollegen gegeben, die gesagt haben, mir ist das sowieso egal, ich arbeite ja sowieso soundsoviel Mehrarbeit freiwillig. Die haben also ihre egoistischen Interessen und sind ausgeschert aus der Solidarität der Mehrheit. Aber heute ist das so: jeder Kollege weiß, daß, wenn das in die Hose geht, wir alle eine Verschlechterung hinnehmen müssen.



Ein Vancarrier übernimmt einen Container von einem LKW

Es geht hier nicht um Verbesserung, es geht hier um die Verhinderung einer Verschlechterung.

Der Vorstand spürt natürlich sehr genau, daß da auch organisierende Kräfte sind, die das in die Hand genommen haben, die die Meinungsbildung zwischen den einzelnen Hallen, den Kais natürlich lenken und auch koordinieren. Das geht auch gar nicht anders. Der weiß auch, wer das macht. Aber die Kollegen werden in keinster Weise manipuliert, sondern sie finden einfach ihren Willen vorangetragen, das ist der Witz. Hier wissen die Kollegen immer, wer auf ihrer Seite steht und wer gegen ihr Interesse steht. Die Kollegen wissen auch, daß der Betriebsrat, der jetzt ja plötzlich einstimmige Beschlüsse in ihrem Interesse faßt, nur auf Druck der Belegschaft und der Arbeit der linken Vertrauensleute und Betriebsräte reagiert.

Man muß auch sehen, daß die HHLA unter unheimlichen Druck steht seitens der privaten Wirtschaft wegen ihrer SPD-Orientierung. Die CDUler sagen, daß die HHLA und die Sozialdemokraten nicht in der Lage seien, leistungsfähig zu arbeiten, daß der Staatshaushalt zusätzlich belastet wird. Man darf nicht vergessen, daß die HHLA mit 4200 Mitarbeitern der weitaus größte Betrieb des Hamburger Hafens ist und 40% des gesamten Stückgutumschlages tätigt und daß sich alle gerne, zumindest was den Containerterminal angeht, reinschmeißen und den unter sich aufteilen würden.

Gerade jetzt vor der Wahl versuchen die rechtsorientierten Privatunternehmer im Hafen, diese sozialdemokratische schwerfällige HHLA in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Sie sehen den Ruf des Hamburger Hafens gefährdet und versuchen, Kunden abzuwerben. Da spielt auch eine Rolle, daß jetzt gerade bei der HHLA neue Technologien ausprobiert werden, wo die HHLA trotz ihres sozialeren Charakters bzw. Images Vorreiter ist.

gf: Was kommt da konkreter an neuen Techniken auf euch zu?

Jörg: Erstmal kommt auf uns die computergesteuerte Einteilungsweise für Arbeitsplätze zu. . . . . und Datenfunk . .

Rolf: Heute ist das noch so, daß z.B. die Containernummer beim Löschen über Funk an den Funker geht, der sie dann in den Computer gibt. In Zukunft soll es dann auf den Vancarriern so sein, daß der Funker wegfällt und ich die Daten gleich in den Zentralcomputer eingebe. Da ist kein Mensch mehr zwischen. Da werden viele Leute wegfallen durch die Computer, das wird ziemlich stressig werden.

Jörg: Die ganzen Suchaktionen – ach, was suchen wir manchmal stundenlang rum, wie schön ist das Suchen von Containern auf dem Terminal – das fällt dann alles weg.

Rolf: Dazu kommt dann noch die Zeitkontrolle. . .

Jörg: Ja, wir haben Papiere vorgelegt bekommen, da steht drin 'Angleichung der Netto- an die Bruttoarbeitszeit'. D.h. uns soll systematisch unter dem Hintern weggezogen werden, was wir uns an Verholern rauschinchen.

Rolf: Wenn ich heute was über Funk krieg – z.B. einen Container irgendwo wegzuholen –, dann kann ich erstmal 3 mal um die Halle fahren und kann dann immer hinterher noch sagen, ich hab nichts gehört – das fällt mit dem Datenfunk weg.

gf: Haben die Rationalisierungen schon Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen gehabt?

Jörg: Wir sind seit Jahrzehnten ca. 4000 Mitarbeiter, aber schlagen heute die doppelte Ladungsmenge um wie Ende der 50er Jahre. In einer Schicht wird heute bei den Containern das umgeladen, wofür bei einem konventionellen Schiff früher 500 Leute eine Woche lang gearbeitet haben.

gf: Wieweit kann eigentlich auf die kleinen schleichenden Rationalisierungen und Umstellungen reagiert werden?

Jörg: Also, es gibt so eine Tendenz zur Maschinenstürmerei, also das Zerstören von irgendwelchen Maschinen, daß die durch Reparatur erstmal ausfallen, das gibt's wie in allen anderen Industriebetrieben.

Bei der Einführung von Datenfunk bei den Vancarriern z.B. gibt es ne ganz deutliche Tendenz, sich dagegen zu wehren. Wir kehren ja nicht nach diesem Konflikt zum Alltag zurück, die nächsten Rationalisierungsschritte sind ja eingeleitet. EDV, Computereinteilung, darüber sind die Kollegen sehr sauer...

An dieser Stelle mußten wir das Interview leider abbrechen.

VERGEWALTIGUNG

Presseerklärung *Vergewaltigungsprozeß:*

Zeugin der Anklage — angeklagte Zeugin

Nach insgesamt sieben Prozeßtagen ging in Hamburg am 3. September ein Vergewaltigungsprozeß zuende, der geradezu bilderbuchhaft alle negativen Erfahrungen, die die Frauenbewegung zu diesem Thema bisher zusammengetragen hat und die betroffenen Frauen über sich ergehen lassen mußten, in sich vereinte.

Teilweise bereits vor und dann in der Hauptverhandlung erzeugten Staatsanwalt Gammelin, Verteidiger Hüser und Richter Schmaltz ein Verhandlungsklima gegen die beiden durch den Angeklagten, den nigerianischen Seemann Moses Harry, vergewaltigten Frauen, das offenbar folgendes klarmachen sollte: Gerichte fühlen sich für vergewaltigte Frauen nicht zuständig — und wer's nicht begriffen hat, kriegt's im Gericht bewiesen.

Das durch eine im September 79 vergewaltigte Radio- und Fernsehtechnikerin und ihren Anwalt angestrengte Verfahren stellte Staatsanwalt Gammelin gleich zweimal ein. Ein Weiteres wegen Körperverletzung einer Frau im Dezember 79 ebenfalls. Daß das Verfahren nicht wie sonst üblich vor dem Landgericht, sondern vor dem Amtsgericht eröffnet wurde, meinte man wohl dem Angeklagten schuldig zu sein, war er doch offenbar als V-Mann tätig gewesen, wie aus einer Vernehmung hervorgeht.

An den ersten beiden Prozeßtagen versuchte die Verteidigung, die beiden vergewaltigten Frauen zur rauschgiftabhängigen Gelegenheitsprostituierten und Kleindealerin bzw. zur in Zuhälterkreisen verkehrenden Alkoholabhängigen zu stempeln. Von Frau K. verlangte er Auskunft über die Öffentlichkeit im Zuschauerraum. Am vierten Prozeßtag beschimpfte er die Zuschauer — in der Mehrzahl Frauen — als „mitgebrachte Klaqueure". Richter Schmaltz meinte, der geringe Strafrahmen des Amtsgerichtes wäre ausreichend, denn die Vergewaltigungen wären „ja nicht in freier Wildbahn" passiert, sondern in der Wohnung des Angeklagten (ausführlicher dazu auch unsere Pressemitteilung vom 25.7.).

Unter dem Vorwand, die Angaben von Frau K., ihrer Mutter und zweier Freundinnen bezüglich ihrer Verletzungen auf ihre Glaubwürdigkeit überprüfen zu wollen, setzte Verteidiger Hüser weitere drei Prozeßtage durch.

Ein medizinischer Sachverständiger sollte sagen, ob man die in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag von Schlägen und Würgen herrührenden Verletzungen am Montag abend noch hätte sehen müssen. Kann sein, muß aber nicht, war die Bilanz des Dr. Schulz. Für dieses offenbar unvorhersehbare Ergebnis wurden die beiden Freundinnen zur Wiederholung ihrer Aussagen genötigt und dabei versucht, Widersprüche in ihre Berichte hineinzulegen und sie als ungiaubwürdig hinzustellen. Auch Frau K. blieb es nicht erspart, noch einmal die ihr angetanen Brutalitäten zu schildern und sich zu erinnern, ob der Vergewaltiger sie mit der Faust oder flachen Hand geschlagen habe. Das Würgen wurde von Dr. Schulz als „Angriff gegen den Hals von geringerer Schwere" eingeschätzt, Frau K. war dabei ja auch „nur" schwindelig geworden und sie habe danach nur von Schluckbeschwerden gesprochen. Danach möchte er die erlittenen Brutalitäten noch einemal geschildert haben: ob das Würgen lange war, will er wissen. „Für mich lange genug", ist Frau K.'s Antwort. Das reicht ihm dann.

Auch den dritten Prozeßtag läßt RA Hüser nicht ungenutzt, um gegen die Öffentlichkeit Stimmung zu machen. Als er von Frau K. unterbrochen wird, da er Unwahrheiten verbreitet, und er sie dann oberlehrerhaft zurechtweist, erntet er Lacher aus dem Zuschauerraum. Seinem Antrag, die Zuhörer rauszusetzen, mag Richter Schmaltz aber doch nicht folgen.

Wozu, angesichts der Bilanz des Sachverständigen, noch Fragen nach sichtbaren Verletzungen an zwei Polizeibeamte, die bei der Anzeige mit Frau K. gesprochen haben, gerichtet werden sollen, muß sich nicht nur RA Hüser, sondern auch Richter Schmaltz fragen lassen. Sie konnten auch nicht sonderlich zur Klärung der angeblich „strittigen" Fragen beitragen, es sei denn durch Äußerungen wie die des Kriminalbeamten Scheffelke, der meinte: „Für mich erschien es suspekt, nachts mit einem Ausländer in eine Wohnung zu gehen".

Zu den Plädoyers: Als erster ist Staatsanwalt Gammelin dran.

Er geht zwar von den Aussagen der Frauen aus, meint aber, der Angeklagte habe sich erst zur Vergewaltigung entschlossen, als sie freiwillig nicht wollten. Als strafmildernd führt er die in seinen Augen „am unteren Rande anzusiedelnde Gewaltanwendung" bei Frau K. an. Gemeint ist damit: Schläge ins Gesicht und ganzen Körper, Würgen; Frau K. wurde beim leisesten Widerstand immer wieder mit dem Gesicht ins Kissen gepreßt, so daß sie das Gefühl hatte zu ersticken, sie sprach von Todesangst. Als mildernd wird ebenso der Umstand gewertet, daß der Angeklagte die Frauen „nicht auf der Straße angefallen, sondern die Wohnung ausgenutzt hat". An Frau K. gerichtet: „Ein bißchen mehr von dem Interesse, was wir hier bei Frau K. in der Hauptverhandlung gesehen haben, hätte das Geschehen verhindern können." Drei Jahre fordert er für die beiden Vergewaltigungen.

RA Hoffmann, Frau K.'s Anwalt, zieht eine kritische Bilanz des Verfahrens: Monatelang bekam er keine Akteneinsicht. Im Gegensatz zu anderen Prozessen verlaufen hier die Kontroversen zwischen Staatsanwalt und dem Verteidiger einerseits und der Nebenklägerin und ihrer Vertretung andererseits. Er vergleicht die Diffamierung der vergewaltigten Frauen vor Gericht mit dem Strafverfahren wegen Körperverletzung oder der Wegnahme einer Brieftasche. Niemand würde z.B. auf die Idee kommen, dem Geschädigten „ein freiwilliges Moment in der Hingabe der Brieftasche" zu unterstellen.

Die Tatsache, daß der Angeklagte die beiden Frauen unter einem Vorwand in seine Wohnung gelockt hat, bewertet RA Hoffmann als strafverschärfend. Angesichts des Prozeßklimas brauche man sich nicht über geringe Anzeigebereitschaft und zunehmende Selbstjustiz zu wundern, wie sie z.B. eine Ärztin mit der fachgerechten Kastration ihres Vergewaltigers geübt habe.

Bewundernswert war, daß Frau K. nach so vielen Unterstellungen und Demütigungen die Kraft hatte, von ihrem Recht der Schlußerklärung als Nebenklägerin Gebrauch zu machen. „Ich habe mich damals spontan entschlossen, Anzeige zu erstatten. Ich halte es nach wie vor für richtig, obwohl im Prozeß aus mir, der Zeugin der Anklage, die angeklagte Zeugin gemacht wurde. ... Der Ekel wird gesteigert". Die Prozeßführung, wie sie sie jetzt erlebt habe, sei schuld, daran, daß so wenig Frauen Anzeige erstatten.

Frau K.'s Erklärung hielt Anwalt Hüser jedoch nicht davon ab, sie in seinem Plädoyer erneut in den Dreck zu ziehen. Er besteht auf der Rauschgiftversion, behauptet, es wäre „aufgrund von Rauschgiftkonsum zu einer sexuellen Begegnung gekommen, die sehr heftig und wild war, wodurch sich auch der desolate Zustand erklären ließe, den sie am Morgen auf ihre Mutter machte. ... Möglicherweise aus Frustation bei dem Gedanken daran, mit einem Schwarzen zusammen gewesen zu sein, hat sie die Frage der Mutter, ‚bist du vergewaltigt worden', mit Ja beantwortet ... Um sich der Verpflichtung der Anzeige zu entheben, hat sie dann ihren Freundinnen gegenüber behauptet, der Angeklagte sei nach London gereist". ... Aus einer falschen „Solidarität" heraus wäre Frau K. dann von ihren Freundinnen „in eine Situation gedrängt worden, in der es ihre nicht mehr möglich war, die Behauptungen zu widerrufen und damit das Gesicht zu verlieren".

Auch meinte Verteidiger Hüser, Frau K. wäre, „anders als viele Zeuginnen in derartigen Prozessen, ungeheuer cool gewesen. ... Sie war durchaus in der Lage, im Prozeß Einwürfe zu machen ... ihre Frau zu stehen. ... Sie hat also Abwehrkräfte, die man in einer anderen Situation vermißt ... (Und) daß jemand sein eigenes Publikum mitbringt, habe ich bisher noch nicht erlebt, eher den Ausschluß der Öffentlichkeit." Er sagte in diesem Zusammenhang: „Ich stehe zu der im Verlaufe dieses Verfahrens gemachten Äußerung vom Mitbringen von Klaqueuren". Von ihrer Freundin wäre sie dann auch dazu gedrängt worden, den Angeklagten zu suchen und „mußte von ihr erstmal auf den Angeklagten aufmerksam gemacht werden. Zu diesem Zeitpunkt gibt es kein Zurück mehr."

„Und Verletzungen", so dürfen die Prozeßbeteiligten jetzt von RA Hüser erfahren, „waren da, das ist für mich keine Frage". Gab es dann andere Gründe für die ausgiebige Befragung von Sachverständigen und Zeugen?

Abgebrüht auch die Argumentation im Fall der vergewaltigten Schwedin, Frau V.: „Auf die Frage, ob Geschlechtsverkehr und wenn ja, ob Gewalt, darauf wage ich keine Beantwortung zu geben, will ich auch nicht". Ob „der Geschlechtsverkehr — zumindest *aus der Sicht des Angeklagten* — mit Gewalt durchgeführt wurde oder nicht", ist für Dr. Hüser wichtig. „Wenn eine Frau dort schläft, dort ißt, eine Kneipe besucht und duscht, dann muß bei einem normalen Mann der Eindruck entstehen, ‚dann ist sie auch sicherlich zu mehr bereit' "! Auch sei zu berücksichtigen, daß „das Ganze sich nicht in Wellingsbüttel, sondern in St. Pauli abspielte." Und „selbst wenn sie es nicht gewesen ist, mußte der Angeklagte nicht davon ausgehen? Und ist es nicht auch noch eine Frage, ob sie ihre Ablehnung auch deutlich gemacht hat?" Schließlich ist auch „die Unterschiedlichkeit der Kulturkreise" zu berücksichtigen.

Daß, wie Herr Hüser meint, Frau V. „den Geschehensablauf blaß geschildert hat", soll wahrscheinlich andeuten, daß es ja so schlimm nicht gewesen sein kann. Und das Motiv ihrer Anzeige: Frau V. sei „in Katerstimmung aufgewacht, mit dieser Nacht nicht einverstanden" gewesen. Mit der als Seitenhieb gedachten Bemerkung an der Anwalt von Frau K.: „Es geht der Nebenklage um frauenrechtliche Prinzipien" — für Dr. Hüser ist das offenbar negativ — schließt er sein Blödoje.

Nun sollte der Angeklagte eigentlich mit seinem letzten Wort kommen. Dafür ist er aber offenbar von Dr. Hüser nicht vorbereitet worden. Der Dolmetscher schafft es nicht, sein Durcheinander zu übersetzen. Daher beschließt und verkündet Richter Schmaltz, daß dieser Prozeß einen weiteren Tag bekomme. Zur Fortsetzung hat Moses Harry eine 8-seitige Erklärung mitgebracht. Sie enthält z.B. die Frage, warum Frau K. nicht gleich nach der angeblichen Vergewaltigung zur Polizei gegangen wäre, wo doch die Wache gegenüber seiner Wohnung gelegen habe. Richter Schmaltz ist verärgert, war doch bis dahin nicht aufzuklären gewesen, um welche Wohnung es sich handelte. Das Gericht tritt noch einmal in die Beweisaufnahme über das Wie und Wo der Wohnung ein, das kostet natürlich noch mal Zeit. Schließlich geht es weiter in der Erklärung: Rache sei das Motiv von Frau K. für die Anzeige und die beiden Freundinnen haben gelogen. Als er ankündigt, sowohl etwas zu der vom Gericht nicht verfolgten Körperverletzung als auch zu dem Vorwurf der Spitzeltätigkeit zu sagen, greift RA Hüser ein und bewegt seinen Mandanten dazu, darauf nicht einzugehen: 3 oder 4 Seiten werden beiseitegelegt.

Für die 2. Anzeige nennt er den Schwarzenhaß in Zuhälterkreisen als Motiv. Frau V. erklärt er noch einmal ausdrücklich zur Alkoholikerin.

Für Beratung und Urteilsverkündung ist nun keine Zeit mehr, der 7. Prozeßtag wird angesetzt.

In seiner Urteilsbegründung für das Urteil von drei Jahren ohne Bewährung, bei Anrechnung der U-Haft, folgte das Gericht der Darstellung der Frauen.

Für strafmildernd hielt es jedoch, daß die Schwedin, Frau V.. „bereit war, materielle Vorteile inkauf zu nehmen, mit dem Angeklagten ins Kino, Essen und eine Diskothek ging, dort (bei dem Angeklagten, die Verf.) duschte und schlief". Daraus ergab sich — wie Richter Schmaltz vortrug — eine „Gesamtlage, daß sich der Angeklagte Hoffnungen machte", daß er „Annäherungsversuche machen könnte". Frau V. habe also „objektiv" die Tat „gefördert".

Die Argumentation des Gerichts ist doch widersprüchlich, wenn es andererseits sagte, daß „die Ausgangslage in beiden Fällen durch den Angeklagten herbeigeführt wurde", mit anderen Worten, die Vergewaltigungen b e i d e geplant waren.

Ob Richter Schmaltz solche Argumente auch bei einer Körperverletzung oder Schmuckraub gebraucht hätte??

Der Strafrahmen des Amtsgerichts wurde mit drei Jahren zwar voll ausgeschöpft; daß dieses Gericht für diese Taten einen zu geringen Strafrahmen hat, darf dabei nicht in Vergessenheit geraten.

Noch ein Wort zur Öffentlichkeit: Weder die Ausfälle eines Verteidigers, noch die Geheimniskrämerei der Justiz werden uns daran hindern, vergewaltigte Frauen, ob wir sie persönlich kennen oder nicht, vor Gericht zu unterstützen. An jedem Prozeßtag hatte Frau K. Unterstützung durch die zahlreich erschienene Öffentlichkeit, natürlich überwiegend Frauen. Wir haben das Gefühl, es hat genützt.

Mit den Hamburger Medien sieht es allerdings noch anders aus. Gerade die sich als liberal verstehenden, z.B. „Morgenpost" oder NDR haben trotz mehrmaliger Aufforderung gekniffen. Auch die „taz" hat es nicht für nötig gehalten, darüber Öffentlichkeit zu schaffen (liegt es am Sexismusgeruch?).

Aufruf

Jetzt langt es mit der Frauenfeindlichkeit in der taz!!!

Artikel aus der Frauenbewegung finden immer weniger Platz in der Taz. Beispiele von vielen: Berichte zu Vergewaltigungsprozessen werden ingnoriert und der Aufruf zum Antiimperialistischen Treffen in Hamburg wurde nur durch das Eingreifen der Frauen selbst - Druckplatte vertauscht - veröffentlicht. Es ist wohl im Zusammenhang zu verstehen, daß gerade ein Aufruf zum antiimperialistischen Kampf nicht abgedruckt wird, aber eine halbe Seite zum Wahlaufruf für die SPD bereitgestellt wird.

Die Sexismuskritik wurde mit chauvinistischer Arroganz beantwortet. Die Krönung bildet der (wie uns entschuldigend gesagt wurde, schon um zwei Seiten gekürzte) Pornoartikel vom 12.9.80 "Eine Traumfrau zieht sich aus". Der Autor fordert z.B. ernsthaft neben tausend Schweinereien: "Nieder mit der Frauenbewegung. Für mehr Peepshows."
Wir Frauen sind wütend und fordern:
CHAUVIS RAUS AUS DER TAZ!!!!!!!!!

Frauen in der taz sorgt dafür, daß sich was verändert oder schmeißt die Sachen hin!
Wir rufen alle Frauen auf, ihr taz-Abo zu stoppen!!!!
150 Frauen aus 15 verschiedenen Städten am 14.9.80 zum antiimperialistischen Treffen in Hamburg.

Der Artikel, um den es im folgenden geht, stand in der TAZ vom 12.9.80 und war überschrieben mit 'Eine Traumfrau zieht sich aus'. Das nur zur Erinnerung. Er stammt von einem ehemaligen TAZ-Redakteur und wurde von ursprünglich drei Seiten auf eine Seite gekürzt – ein Kompromiß nach den, von einer kleinen Fraktion der Berliner Zentralredaktion entfachten Auseinandersetzungen. Ursprünglich sollte er von diesen Leuten in voller Länge hinter dem Rücken der anderen in der Zeitung veröffentlicht werden (übrigens die gleichen Leute, die der TAZ-Leserschaft zum Beispiel auch Syberberg zugemutet haben).

'Eine Traumfrau zieht sich aus' ist unter Pseudonym erschienen, was ein Licht auf den Mut des Schreiberlings wirft: er ist feige. Schließlich ging es ihm nicht nur um verbale Schaumschlägerei, sondern auch um die Herstellung einer Offenheit, die es ihm ermöglicht, seine Phantasien öffentlich zu machen. Was für eine Offenheit aber ist das, die sich hinter der Maske eines Pseudonyms verstecken muß?

Der 'TAZ-Porno', wie der Artikel inzwischen im einschlägigen Sprachgebrauch heißt, ist sicher eine bewußte Provokation, was seine Qualifikation als ernstgemeinten Diskussionsbeitrag natürlich von vornherein herabmindert. Doch ist nicht allein die Provokation als solche entscheidend, sondern auch und vor allem ihre Zielrichtung. Und gerade hier empfinde ich den Artikel nicht mehr als überspitzende Entgleisung, sondern als brutal, überheblich und dumm. Doch dazu später.

Zunächst noch ein paar Worte zu dem, was ich gut an ihm finde. Das ist vor allem seine Veröffentlichung. Sie hat einiges an Diskussionen in Gang gesetzt, die schon sehr nötig sind. Im Zuge der Verwissenschaftlichung, der Verwaltung der Sexualität und auch im Zuge der Frauenbewegung haben Männerphantasien tatsächlich den Weg der **INNEREN EMIGRATION** genommen. Die berechtigte Kritik gerade an denen, die der Frau nur noch die Rolle des sexuellen Objekts zugestehen, haben die Phantasien in die Verdrängung gezwungen, ohne sie aufzuheben. Sie öffentlich zu machen, um sie überhaupt erst einmal zum Diskussionsgegenstand werden zu lassen, ist wichtig und zugleich unabdingbare Voraussetzung für Veränderung. Das gilt übrigens nicht nur für Unterdrückungsphantasien, sondern für Männerphantasien allgemein. Es ist einfach klar, daß mich viele Frauen schon rein äußerlich anmachen: über ihren Körper, ihre Kleidung, ihren Gang, ihre Stimme und was weiß ich nicht alles. Meine sie betreffenden Wünsche, meine Lust und meine Begierden kann ich jedoch, gemessen an dem, was auf mich einwirkt, nur selten ausleben. So bleibt vieles Sehnsucht, wird Phantasie und Traum. Die Möglichkeit der Erfüllung der Wünsche ist oft gestört oder gar zerstört. Die ständig aufflackernde Alltags-Sinnlichkeit aus ihrem Gefängnis zu befreien, gelingt nur selten. Lustvoll zu lieben im Sinne eines unvermittelten, direkten Reagierens auf erotische Reize, Sexualität zu erleben als Verwirklichung unausgesprochener Sehnsüchte nach dem Körper einer Frau, die man schön findet, endet in der Regel entweder in der **VERBINDLICHKEIT**, die die Lust zur **BEZIEHUNG** werden läßt, oder man muß sie sich gänzlich **VERKNEIFEN**. Das komplizierte Geflecht von Wünschen und Bildern und den Mechanismen ihrer Verhinderung zwingt auch zu neuen Formen der Offenheit, wozu die öffentliche Reflexion der Männer über ihre Phantasien entscheidend gehört.

Das angesprochen zu haben, kann Gernot Gailer sich anrechnen. Aber nur ganz abstrakt. Denn dieses Verdienst verschwindet völlig hinter seiner Offenbarung als der geile Gernot. Kann ich das vorher gesagte als ein Stück Weg zur **EMANZIPATION VON ENTFREMDETER EROTIK** begreifen, ist die Gailersche Beschreibung seiner Flucht aus dem Knast nicht gelebter Lust nichts anderes mehr als ein Rückfall in einen Alltag, den ich bei Linken bereits im Keimstadium seiner Überwindung glaubte ein Rückfall in die gewöhnliche Sexualität als Männerherrschaft. Wo es nicht mehr darum geht, aus unterdrückten oder verkümmerten Phantasien den Kern sexueller Befreiung für Frau und Mann herauszumeißeln, sondern wo es nur noch gilt, sich die Frau als Sexualobjekt zu konservieren, hat auch die Provokation ihre Berechtigung verloren.

Gernot Gailers Pornos enthalten, wie die von ihm veröffentlichte "Variation" andeutet, viel Herrenmenschenmentalität. Sich die Frau gefügig zu machen, sie zu erniedrigen und zu demütigen, scheint ja ein alter Männertraum zu sein. Dem Schreiberling jedenfalls erscheint er geil. Und er paßt zum Rest des Artikels. Als da ist zum Beispiel seine **HERRSCHAFTSSPRACHE**: "reingreifen wollen in die Votze, gieren nach den Titten, das 'harmonische' Bild (des Galaempfangs; P.) zerstören, brutal oder dezent, je nach Stimmung. Ich lasse mich nicht durch allerlei ästhetischen Firlefanz täuschen: die Modelle sind unmißverständlich fickbereit". Noch deutlicher drücken die Worte Herrschaft dort aus, wo er von Sexualität als Herrschaft träumt – in seinen "Variationen auf ein altes Thema 1". Wer sich nicht mehr erinnert, möge es noch einmal nachlesen.

Doch ist es nicht nur die Herrschaftssprache, die die Bilder sexueller Männerherrschaft beschreibt; es ist auch die **WARENSPRACHE**. Zum Beispiel dort, wo er sagt, daß ihn die Großaufnahmen der skandinavischen Pornoindustrie wenig interessieren, "wo die meist häßlichen Frauen vollständig hinter ihren Geschlechtsteilen verschwinden. Die will eigentlich auch gar keiner ... meine Frauen sind immer Traumfrauen, mit makellosen, ganzen Körpern. Das Teil und das ganze muß schon stimmen ... Körper, die raffiniert verarbeitet werden." "Nacktes Frauenfleisch trifft auch ein Bedürfnis. Und befriedigt es." Zum Beispiel dort, wo er sagt, daß ihn die Großaufnahmen der skandinavischen Pornoindustrie wenig interessieren, "wo die meist häßlichen Frauen vollständig hinter ihren Geschlechtsteilen verschwinden. Die will eigentlich auch gar keiner ... meine Frauen sind immer Traumfrauen, mit makellosen, ganzen Körpern. Das Teil und das ganze muß schon stimmen ... Körper, die raffiniert verarbeitet werden." "Nacktes Frauenfleisch trifft auch ein Bedürfnis. Und befriedigt es." Zum Beispiel dort, wo er sagt, daß ihn die Großaufnahmen der skandinavischen Pornoindustrie wenig interessieren, "wo die meist häßlichen Frauen vollständig hinter ihren Geschlechtsteilen verschwinden. Die will eigentlich auch gar keiner ... meine Frauen sind immer Traumfrauen, mit makellosen, ganzen Körpern. Das Teil und das ganze muß schon stimmen ... Körper, die raffiniert verarbeitet werden." "Nacktes Frauenfleisch trifft auch ein Bedürfnis. Und befriedigt es."

Ein derart undifferenziertes Gewäsch über Sexualitätstheorie oder Frauenbewegung habe ich außerhalb des Bereiches der Boulevardpresse oder der Trivialliteratur oder außerhalb meines persönlichen, hin und wieder erlebten 'Arbeiter'alltags genausowenig gelesen oder gehört, wie die Propagierung des Ideals der erniedrigten Frau als Ware auf dem Markt geiler und verstümmelter Männerphantasien. Gernot Gailer geht es **NICHT** darum, Träume freizusetzen, zu **VERTEIDIGEN**, ihnen Berechtigung zu verschaffen. Er macht nicht Front gegen die Unterdrückung der Sinnlichkeit schlechthin, sondern versucht für sich das in den letzten Jahren verloren gegangene Terrain von Sexualität als Herrschaft zurückzuerobern. Und genau das ist ihm vorzuwerfen.

1. Man sollte Gailer mal ins Gedächtnis zurückrufen, daß die neue Frauenbewegung nicht primär entstanden ist, um der "Triebökonomie" derer, die "kaum noch wissen, wo (ihnen) der Hammer hängt", die "immer nur Druck und keine Entladung" haben, eine "Schwanz-ab"-Therapie zu verpassen. Es war die soziale, ökonomische und kulturelle **HERRSCHAFT DER MÄNNER** gegen die sich der Widerstand organisierte. Daß sich Sicht man einmal von ihrer Verwendung als Arbeitskraft ab, spielt die Frau als **LUSTOBJEKT** im Alltag oder in der Prostitution, als **GEBÄROBJEKT** zur Nachwuchssicherung oder einfach als **BEWEISOBJEKT** für angenommene männliche Überlegenheit im Restalltag noch immer eine hervorragende Rolle. Das gilt, wenn auch mit Abstrichen, in der Tendenz auch für die männliche Linke. Wenn sich in größerem Umfang überhaupt etwas verändert hat, was ich als Mann nicht so ohne weiteres sagen kann, so ist das dem Widerstand zu verdanken, der sich als Frauenbewegung organsiert hat und den Gailer, die Unterdrückungsverhältnisse auf den Kopf stellend, schlichtweg diskriminiert. "Nieder mit der Frauenbewegung" zu schreien heißt nicht einfach mehr provozieren zu wollen – bei dem Frauenbild, was Gailer entwirft, bedeutet es, dieser Bewegung ihre moralische und geschichtliche Notwendigkeit absprechen zu wollen. Und hiervon möchte ich mich als Linker und als Mann distanzieren.

2. Gailers Borniertheit schreckt auch nicht vor der Huldigung der **FRAU ALS WARE** zurück. Der, der vom "damals" träumt, wo man "von der Würde der Frau noch wenig sprach", sieht die Emanzipation dort, wo der Warencharakter seinen deutlichsten Ausdruck gefunden hat – z.B. bei den Peep-Show-Frauen. "Das sind die eigentlich emanzipierten. Die sich nicht unter ihrem Wert verkaufen. Für'n Appel und n'Ei. Und irgendwelche Flausen im Kopp. Vor denen kann ich auch Hochachtung haben". Was Gailer hier anhimmelt, ist das Produkt einer sexuellen Revolution, die keine war. Die Zeichen der Not erkennend, haben Pornoindustrie und Staat den weiblichen Körper zur Kommerzialisierung freigegeben. Ziel war und ist natürlich nicht die Befriedigung, sondern der Verkauf. Und Gailer, der "eine Hand am Glied, die andere am Geldbeutel" (Gudula Lorez), ist zufrieden: "Du kriegst gute Waren für wenig Geld". Und obendrein glaubt er noch, seine Zufriedenheit sei Befriedigtheit. Er hält das Wichsen beim Anblick einer unnahbaren Frau für ein Stück erotischer Kommunikation: "Wenn du ganz nah an die Scheibe gehst, sehen dich die Mädchen. Deinen Kopf natürlich nur. Wenn du Glück hast, kannst du flirten. Wenn sich eine für dich entschieden hat, verliert sie oft die gelangweilte Routine ... sie spielen dann mit dir ..." usw.. **DIE ENTFREMDUNG SCHLÄGT PURZELBÄUME UND GAILER KÜSST IHR DIE FÜSSE.**

3. In einem weiteren Punkt möchte ich mich noch von Gailers dummdreistem Geschreibsel distanzieren, indem ich noch einmal auf die Frauenbewegung zurückkommen will. Aus meiner Sicht will ich ganz kurz umrissen das benennen, was durch sie für mich als Mann verändert wurde. Das ist zum einen natürlich unsere Rolle in dieser patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaft. Unsere Vorstellungen von der Funktion der Frau wurden gründlich **VERUNSICHERT**. Was sich dadurch an Veränderung für die Frauen ergeben hat, kann ich, wie schon oben gesagt, nicht so richtig benennen. Ich merke oft nur, daß noch vieles beim alten geblieben ist – auch bei mir. Und das macht nach wie vor die Verunsicherung notwendig. DA ist sie ja noch. Und das sicher nicht nur bei mir. (Rolf würde sicher sagen: das ist gut und nicht schlecht). Ich bekomme nur das dumpfe Gefühl, daß eine **GEGENBEWEGUNG** beginnen könnte, die z.B. in Gailers Artikel ihren vielleicht extremsten, sicher aber zugleich klarsten Ausdruck gefunden haben könnte. Die Reaktion vieler Männer war die einer Erleichterung, einer Zufriedenheit darüber, daß endlich mal jemand zu seinen Phantasien als Mann gestanden habe. Die Bedeutung solcher Reaktionen kann durchaus eine gute sein, hat doch die Verunsicherung durch die Frauenbewegung nicht nur positives mit sich gebracht. (Siehst du, Rolf das ist also auch schlecht). Neben dem notwendigen und mehr als berechtigten Zwang zur Hinterfragung des eigenen Männlichkeitsideals hat sie auch ein Stück **UNTERDRÜCKUNG** gebracht. Dort nämlich, wo männliche Verhaltensweisen nicht mehr begriffen werden konnten als Formen, die sich mit neuen Inhalten füllen können (z.zw. gerade durch den Zwang zur Hinterfragung). Ein konkretes Beispiel mag das klarer machen. Frauen hinterherzusehen, sie anzuschauen oder anzusprechen, weil ihre Reize Lustgefühle weckten, wurde zu recht als Anmache kritisiert – war doch die Frau bei solchen Wünschen nichts anderes als Objekt im schon beschriebenen Sinn. Nun wurde aber aus dem Verdikt gegen das Anmachen unter der Hand das Verbot des Anschauens oder Ansprechens schlechthin, wenn es mit erotischen Bedürfnissen in erster Linie etwas zu tun hatte. Ich will nicht sagen, daß die Frauenbewegung dieses Verbot explizit formuliert hat; aber es war doch die Folge ihrer Kritik. Konsequenz: auch wenn man gar nicht im Sinn hatte, die Frau zum Objekt seiner eigenen männlichen Befriedigung zu degradieren, war das Gefühl da, das Zugehen auf sie könne als Anmache aufgefaßt werden. Die Verdrängung von erotischen Wünschen ohne Rücksicht auf die konkrete Form dieser Wünsche war somit Folge der Verunsicherung. Sicher nur eine Folge, sicher nur ein Beispiel. Sich hiervon freizumachen, halte ich jedoch für wichtig, um zu einem männlichen Selbstbewußtsein zu kommen, das frei von Repressionen gleichzeitig die alte Rolle radikal über Bord wirft. Das beides, die Unterdrückung der Männer in diesem, aber auch im allgemein gesellschaftlichen Sinn und die Unterdrückung der Frau durch die Männer und im Kapitalismus, ohne die Hilfe und Selbsthilfe der Frau läuft das allerdings glaube ich nicht.

WENN DIE CHAUVIS

IN IHREN

SCHWARZEN

KOFFERN WÜHLEN

Die eine Hand am Schwanz...

Zum Beispiel in der Peep-Show. Dort "kriegst du gute Ware für wenig Geld". Die Frau als Objekt Ware, das man kaufen oder sich nehmen kann; in Natura oder im Bild. Und das man(n) beherrschen oder von dessen Beherrschung man(n) träumen kann. Mit dieser Ideologie wirbt Gernot Gailer für den unter anderen Gesichtspunkten guten Aspekt: die Freilegung männlicher Phantasien und ihre Verwirklichung.

Seine Vorbilder sind gängig und alltäglich. Auf zu den "geilen Spießbürgern"! Die scheinen ihm der Hort wahrer Erotik zu sein. Sie sind von dieser Welt der "Sexualökonomie, Sexualwissenschaft, Sexualforschung", vertreten durch die "linken Puritaner" und "Schwanzamputierten" noch nicht verdorben. Auch nicht von der Frauenbewegung, die sich anmaßt, in unsere, der Männer"triebökonomie" hineinzupfuschen. Wo doch "die eigentlich Unterdrückten wir sind, wir Männer". Darum: "Nieder mit der Frauenbewegung. Für mehr Peep-Shows". ("Das ist kein Witz").

die neue männliche Linke in die alten patriarchalischen Traditionen fast nahtlos einreihen kann, hat dabei schon wieder seine eigene Tradition. Die SDS-Genossen waren der Anganf dieser Entwicklung, ein Gernot Gailer verkörpert ein sicher gar nicht so seltenes heute. Auch wenn die von ihm phantasierte demütigende Erniedrigung einer Frau gegen ihren Willen, ihre rücksichtslose Unterwerfung unter die Macht und Herrschaft eines Mannes sicher nur ein Extrem des Männlichkeitswahns ist. Um so verbreiteter sind die allgemeineren Strukturen der Unterdrückung und Ausbeutung.

...die andere am Geldbeutel

Hier unterscheide ich mich von Gailer, ganz bewußt. Und nicht nur hier. Auch mein beschriebenes Gefühl von Unterdrückung hat nur sehr begrenzt und abstrakt etwas mit seiner Beschreibung von Unterdrückung zu tun. In der Konsequenz meint er nämlich nicht eine Vorwärtsentwicklung durch Neubesinnung, sondern ein **NACH-HINTEN-GEHEN DURCH RÜCKBESINNUNG** auf altes und tradiertes. Genau an diesem Punkt wären auch die Reaktionen auf seinen Artikel, als Ausdruck ähnlicher Empfindung wie der seinen, Anlaß zu dem Gefühl bei mir, was ich ein dumpfes nannte. Die vielleicht aufkeimende Gegenbewegung würde dann nämlich zu nichts anderem führen als zur Verfestigung dessen, was als Restbestand männlicher Herrschaft bei den Verunsicherten ohnehin noch zu dominieren scheint.

Bislang habe ich nur die Verunsicherung als einen Punkt genannt, an dem sich für mich die Wirkungen der Frauenbewegung auf mich festmachen lassen. Zum Schluß möchte ich noch einen weiteren nennen, den ich für genauso wichtig halte und der das "Nieder mit der Frauenbewegung" aus dem Munde eines Linken (?) einmal mehr in seiner Dummheit verdeutlichen soll. Ein zukünftiges Gesellschaftssystem kann sich nicht nur am hohen Stand seiner Produktivkräfte, an dem vergesellschafteten Eigentum an seinen Produktionsmitteln und an der vergesellschafteten Verfügungsgewalt über sie messen lassen, sondern vor allem auch an einer konkreten Qualität seiner zwischenmenschlichen Verkehrsformen. Diese Qualität wird bestimmt sein müssen von den **WERTEN**, die gerade durch die Frauenbewegung wieder neu formuliert wurden: z.B. Gewaltlosigkeit, Zärtlichkeit, Toleranz, Einfühlsamkeit u.s.w.. In einer Leistungsgesellschaft, in der nur die Stärke zählt, die obendrein noch zur Schau gestellt wird und in der sich Herrschaft neben anderem ganz entscheidend über eine Rationalität vermittelt, wird einer Entfaltung solcher Gefühle kein Raum gelassen – es sei denn sie haben die Funktion, das System zu stabilisieren (was bei der typischen Rolle der Frau ja der Fall ist). In einer solchen Gesellschaft hat die Propagierung der genannten Werte dann revolutionären Charakter, wenn sie mit der Forderung verknüpft ist, diese Werte zu den, eine Gesellschaft entscheidend mitbestimmenden, zu machen. Die Proklamierung von Zärtlichkeit, Verständnis und Toleranz oder der Verzicht auf Gewalt sind den heutigen Werten nicht nur extrem entgegengesetzt, sondern fordern, um sich verwirklichen zu können, zugleich die **ABSCHAFFUNG** dieser Gesellschaft.

Das heißt jetzt nicht, daß das Einklagen und der Kampf für diese Werte die einzig antikapitalistische Perspektive ist. Genauso wenig wird damit die Notwendigkeit der Gewalt als Mittel zur Beseitigung dieser Gesellschaftsordnung in Frage gestellt. Wichtig ist aber, daß mit der Frage nach der Qualität der Beziehungen zwischen den Menschen, ein **MANGEL** in der orthodox marxistischen, nur an ökonomischen Kathegorien orientierten Revolutionstheorien aufgezeigt wird. Und wichtig ist, daß es gerade die Frauenbewegung war, die diese Neuformulierung der Werte hervorgebracht hat. Statt Neuformulierung sollte man vielleicht besser **NEUBESTIMMUNG** sagen, denn diese Werte sind in unserer Gesellschaft ja keine unbekannten. Nur daß sie hier keine allgemeingesellschaftlichen Werte sind, sondern in engem Zusammenhang mit der Rolle und der Funktion der Frau in dieser kapitalistisch-patriarchalischen Gesellschaft stehen. Ihre Neubestimmung löst sie aus diesem Zusammenhang heraus. Die Verallgemeinerung frauenspezifischer Werte macht aus dem Mittel der Unterdrückung und Gewalt, dem Mittel der Unterwürfigkeit und Schwäche, das sie in dieser Gesellschaft darstellen, ein Mittel im Kampf zur Aufhebung jeglicher Herrschaft. Das erscheint mir sehr wichtig zu sein.

Hier schließt sich auch der Kreis zu der schon genannten Verunsicherung. Werden aus diesen Werten Anforderungen nicht nur an eine neue und hoffentlich zukünftige Gesellschaft abgeleitet, sondern werden daraus auch Anforderungen an die gestellt, die diesen Kampf der Überwindung des heutigen Gesellschaftssystems mit tragen, so heißt das für die linke Männlichkeit einmal mehr **REFLEXION** der eigenen Rolle und vor allem **VERÄNDERUNG** derselben. Neben den Bereichen einer praktischen politischen Arbeit, in denen nach meinen Empfindungen die männerherrschaftliche Dominanz noch immer überwiegt, betrifft das natürlich auch den Bereich einer neuen, veränderten Sexualität. **BEFREIUNG KANN FÜR UNS NICHT BEFREIUNG GEGEN DIE SELBST BESTIMMTE BEFREIUNG DER FRAUEN HEISSEN.** Befreiung ist auch nicht schon damit erreicht, wenn wir jetzt endlich einmal die Sau der eigenen Phantasien rauslassen können. Dort wor sie auf Unterdrückung von anderen gerichtet sind, egal ob dabei Frauen, Kinder oder andere Männer die Zielobjekte sind, gibt es keine Berechtigung, zu ihnen zu stehen oder gar ihre Verwirklichung zu fordern. Wir sind nicht einfach nur Produkte dieser Gesellschaft, sondern auch dazu aufgefordert, sie zu verändern. Und das geht nicht, ohne daß wir uns selbst verändern. Das hat der ehemalige TAZ-Redakteur ... anscheinend nicht kapiert, wenn er meint, das Rausholen seiner Pornos aus seinem schwarzen Koffer oder das geile Begeiern von Peep-Show-"Modellen" (sein Originalton) sei schon "geradezu sozialrevolutionär". **NIEDER MIT DER DUMMHEIT! NIEDER MIT DER ARROGANZ! NIEDER MIT DER HERRSCHAFT SOLCHER IDIOTEN!**

Ein paar Worte noch zum Schluß. Bei mir ist nicht der Eindruck entstanden, daß der Artikel lediglich provozieren wolle und daher nicht so ernst gemeint sein könne. Reduziert man einmal von Peep-Show oder der beschriebenen Sado-Szene, so bleibt als Kern MINDESTENS das Bedauern darüber, das in der linken Publizistik, in der linken Sprache oder in der linken Gesellschaftskritik von Marx bis Anti-AKW die Zurschaustellung des "nackten Frauenfleisches" durch Sexualwissenschaft und Frauenbewegung ausgetrieben worden sei. Da kann ich nur sagen: bravo! und feststellen, daß ich kein Wort meiner Kritik zurücknehmen muß.

Peter

GEIL JA GAILER NEIN

Meine Wut und Traurigkeit über den Artikel (Gailers "Traumfrau", taz v. 12.9.), viel mehr aber die Reaktionen vieler Typen, mit denen ich bisher noch irgendwie zu tun hatte und von denen ich eine solche nicht erwartet hätte, wird immer stärker.

Mit welcher Arroganz, Borniertheit und Dummheit sie diesen Artikel und damit ihre eigene verkrüppelte, entmenschlichte Sexualität verteidigen und ihre Unfähigkeit oder ihren Unwillen bloßlegen, sich in Frage zu stellen als Ansatz für Veränderung...

Was für eine Utopie haben diese Männer im Kopf, wofür kämpfen sie, wenn sie die Vermarktung der Frau verteidigen und die mehr als berechtigte Empörung von uns Frauen als Moralisieren abtun, sich an ihre 'frigide' Religionslehrerin erinnert fühlen, die mit dem Zeigefinger wackelnd von Schweinereien redet...

Männer, die sich weigern, den Kampf auch im Kopf zu führen, den Kampf gegen diese ganze verinnerlichte Scheiße von Warenbeziehungen, repressiver Sexualität (z.B. Frauen sind zu nehmen, mindestens aber zu kaufen) und und und ...
Mit denen habe ich nichts mehr zu tun!

Sie hintergehen meinen alltäglichen Klein-Kampf. Es ist wie ein Schlag auf den Kopf aus den eigenen Reihen. Oder gibt es diese Gemeinsamkeit zwischen den Geschlechtern nicht? Hänge ich einem Phantom nach? Ist die Kluft zwischen den Geschlechtern so tief und unüberwindbar?
Ich will das nicht!

Doch gibt es immer öfter Momente, in denen ich Frauen verstehen kann, die jegliche tiefere Kommunikation mit Männern abgebrochen haben. (Und das, obwohl ich sehr große Schwierigkeiten mit diesen Frauen habe, mir ihr "wohin" nicht einsichtig ist.)

Klar, ich habe auch meine Phantasien, Gefühle. Ich will auch lernen, offen darüber reden zu können. Ich will zu meiner Geilheit stehen und möchte sie auch leben können!

Aber Gefühle, Phantasien sind nicht unantastbar. Sie müssen hinterfragt werden, denn sie sind auch ein Ausdruck der realen Verhältnisse. Wenn die Vorstellung der gesichtslosen, erniedrigten, ängstlichen aber angeblich "fick"bereiten Frau Typen aufgeilt, ist das die (Zerr-)Spiegelung der ganz konkreten Demütigung, die ich täglich erfahre: wenn mir Typen im Vorbeigehen statt ins Gesicht auf den Busen starren, wenn ich nachts schneller durch die Straßen gehen muß als ich eigentlich möchte, wenn mir in der vollen U-Bahn eine Hand zwischen die Beine greift...

DAS NENNE ICH VERGEWALTIGUNG!

Und dann sagt mir son Typ, das sei ja wohl übertrieben, von Vergewaltigung könne man(n) erst reden, wenn es blaue Flecken gäbe.
Da kann ich nicht mehr weiterreden, nur noch fassungslos weinen oder laut schreien...
Zu Peters Artikel:
Zum Glück (?) gibt es auch noch Männer, die sich auch von Herrn Ga(e)iler verarscht fühlen. Mit Peter hatte ich ein gutes Gespräch über seinen Artikel, auch wenn es oft vom eigentlichen Thema abgeführt hat. Doch bleibt Peter an vielen Punkten sehr allgemein, abstrakt. Was sind deine Phantasien? Wie gehst du mit ihnen um? Wie lebst du sie? Diese Diskussionen stehen doch an!

Die nur abstrakt-analytische Auseinandersetzung bietet und fördert die Möglichkeit, die konkrete eigene Scheiße zu verstecken. (Obwohl ich mich an dieser Stelle auch nicht darüber auslasse). Denn das ist ja wohl in den letzten Jahren gelaufen, wie die heftige Jubelreaktion auf Gailers Artikel gezeigt hat.

Margrit

Klein-Anzeigen

Suchen (sonnige) 2-3 Zimmer-Wohnung mit Bad od. Dusche in HH 6, 19, 50 oder so. Paragraph-S-Schein (2x) vorhanden. Eventuell falls Interesse: Tausch gegen (dustere) kl. 3-Zi-Whg. ohne Dusche mit Hof im Karolinenviertel in ruhigem Gäßchen. (ebenfalls mit Paragraph-S-Schein!) Simone, Tel. 439 77 64

Welche Frau unter 30 hat sich sterilisieren lassen und kann mir ein paar Informationen darüber vermitteln. Simone, Tel. 439 77 64

Suche ab Sept. für die WEs ruhige Übernachtungsmöglichkeit in HH (ggf. Mietkostenbeteiligung). Näheres unter Tel. 3924 gc (vielleicht soll gc auch 80 heißen, das ist mir nicht so ganz klar, Ulla) abends.

Wir suchen dringend eine 3 Zi. Whg. in Hamburg, Tel. 392480

Krankenpfleger sucht dringend ein großes Zimmer oder 2 kleine in WG bis 500 DM Warmmiete. Alles weitere dann unter 48 59 05 (Gert)

Liebe/r Mitbewohner/in in HH 50 gesucht (Zi. 14 oder 16 qm), ruhig, schöner Ausblick, 200 DM incl., ab November. Angelika u. Jochen, Tel. 31 68 08, zu erreichen ab 20. Okt.

Verkaufe: Opel Blitz (alte Feuerwehr, umgebaut als Wohnmobil), Bauj. 1954, TÜV Mitte 82, 30.000 km, Motor: 6 Zylinder, 2500 ccm, 58 PS, Preis 5000 DM VB. Klaus Golombek, Hof Hirschberg, 3432 Großalmerode (bei Kassel). Bin ab und zu mit dem Wagen in Hamburg (Postkarte mit deiner Anschrift schicken)

ein paar Worte zu uns:
Wir sind eine vierköpfige Kleinfamilie (Rosmarie, Klaus, Frank und Nico), die aus der üblichen Arbeitsteilung – 40-Stunden-Büro- und 80 Stunden-Haushaltswoche – die Konsequenzen gezogen hat. Wir möchten gern zusammen leben und zusammen arbeiten und dabei unsere Kinder einbeziehen. Deshalb haben wir uns den Wollversand aufgebaut. Klaus hat noch einen Halbtagsjob, arbeitet in einer Kindergarteninitiative, Rosmarie in der Frauenhausinitiative in Herford.
100% reine Schurwolle gibt's beim Wollversand "Die Schlinge", Engerstr. 102, 4900 Herford. Z.B. Karakul in 5 Naturtönen DM 2,00/100g, Merino natur u. pflanzengefärbt DM 6,20 bis DM 10,-/100g; Seide/Wolle DM 12,-/100g und andere schöne Sachen. Muster und Prospekt gegen DM 1,- in Marken.

Verkaufe meine Schallplatten (Klassik) – sehr gut erhalten – Kassetten und Einzelplatten, Peter 432 756 oder 391180 (Nachricht hinterlassen)

Wolfgang und Simone suchen Zimmer in WG, Tel. Wolfg. 480 79 29
Simone 439 77 64

Mensch (22, m) sucht dringend Platz in WG. Lutz Gräfe, Große Brunnenstr.116, HH-Altona, Tel. (nur am Tag, da taz-büro) 39 11 89

Wir suchen nette Leute zur Gründung einer WG im Raum Altona, Eimsbüttel, evtl. St. Pauli. Gut wär's, wenn Ihr schon ne Wohnung habt. Meldet Euch doch bei Burkhard oder Sven, Tel. 435 884 od. 04103/3460

Cornelia will uns verlassen! Deshalb suchen wir ab Nov./Dez. eine Frau, die bei uns einziehen möchte. Wir, das sind Sabine (Soziol. Stud. in den letzten Zügen), Olaf, Klavierspieler und Musiwiss. Stud., und Klaus, der neu einzieht und Jura studiert. Das Zimmer ist so 19 qm, 230 Mäuse, die Wohnung ist ehrlich schön, hell und so. (Direkt bei der Friedenseiche im schönen Altona.) Ich, Sabine, möchte am liebsten mit einer sehr bewußten und engagierten Feministin zusammenwohnen, falls das überhaupt in gemischten WGs geht.
Sabine, Olaf, Klaus: 380 97 51

Wir brauchen ganz dringend eine Anlage (f. Musik). Am besten geschenkt oder ganz billig oder getauscht. Marion + Petra, Tel. 439 67 97

Strafgefangener sucht nette Leute, die ihm Briefmarken schicken. Manfred Ostler, Paradeplatz 5, 35 78 Schwalmstadt.

Was hat denn bloß der Kreis um das A in NATO zu suchen? o.ha

Also, ich fand's doof.

Preisfrage:
Was haben Hollolullu und Verfassungsschutz gemeinsam?

Ich möchte ab Herbst (Okt.) in Hamburg Soziologie studieren und suche deshalb ganz arg dringend ein Zimmer bzw. eine 2-2 Zimmerwohnung oder Anschluß an eine WG. Tel. H. Stölding, geschftl. 040/24 21 18, priv. 040/738 65 13 (schick doch einfach ein paar Briefmarken – so wie du denkst)

Hamburg Bergedorf: Jugendzentrum Vierlanden sucht Erzieher/in für 1 Jahr ABM-Stelle ab 1. Okt. 80 mit Aussicht auf Planstelle bzw. oder Halbtagsjob. Wir versuchen Jugendarbeit in Selbstverwaltung zu machen, das heißt offene Arbeit und Gruppenarbeit.
JZ Vierlande, Wrauster Bogen 54
205 Hamburg 80, Tel. 7239 (?)
oder: W. Bartsch, Süderquerweg 358, 205 Hamburg 80, Tel. 723 91 24

2 Frauen suchen Parterre- oder Ladenwohnung (ab 2 1/2 Zimmer). Am Eingang höchstens zwei Stufen. Dringl.keitsschein vorhanden. Tel. 796 40 41 (Bettina)

In Hamburg gibt es seit dem 19.7.80 das Feministische Frauentherapiezentrum, Frauen-Selbsthilfe-Laden in der Marktstr. 27, Tel. 439 53 89
Öffnungszeiten des Zentrums:
Mo 18-20.00 Uhr, Do. 10-12.00 Uhr Cafe, Informationen, Möglichkeiten zu Beratungsgesprächen
Öffnungszeiten Laden:
Di 18-20.00 Uhr, Mi. 16-18.00 Uhr Möglichkeiten zu Informationen, Klönen, lesen, Tee trinken
Außerdem Selbsthilfegruppen zu bestimmten Themen.

Herzlichen Glückwunsch zum 61. Geburtstag, Oma, ein Küßchen vom Rolf.

Gitta, guckt doch mal in der Mittagspause vorbei, ich wohne jetzt fast genau gegenüber, Rolfi

Auflösung unserer Preisfrage:
Beide müssen die grosse freiheit immer vom Anfang bis zum bitteren Ende lesen. Wer kann das sonst schon von sich behaupten?

Uli, ich bin enttäuscht – ich glaube, du arbeitest zu viel. Ulla

IMPRESSUM

grosse freiheit –
zeitung für Hamburg und Umgebung
Herausgeber/in: gf-Kollektiv,
Nernstweg 32, 2 Hamburg 50
Tel. 040 / 390 28 75

Verantwortlich für Anzeigen und i.S.d.Pg: Ulli Kaiser (z.Zt. im Urlaub), Nernstweg 32, 2 HH 50
stellvertretend für das Kollektiv
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.
Bei Nachdruck bitte Belegexemplar an uns.

Eigendruck
Eigensatz

Anzeigenpreise auf Anfrage
Geld an: PSchA Hmb.
Kto.Nr. 432377-208, m. jacob

Termine für Nr. 39
LEGEN 1. Nov. 14h
mit fressen + saufen !

Redaktionsschluß ist jeweils am 19ten des Vormonats
Erscheinungsweise: monatlich, möglichst am Anfang
Handverkäufer und Wiederverkäufer bekommen 20% Rabatt
Bürostunden: Mo + Do 17-22 h

• • •

Frau sucht Wohngemeinschaft in HH, wo ich vorübergehend oder länger leben kann. Wir lösen unsere WG auf dem Lande auf, ich will/muß auf jeden Fall erstmal den Winter über in HH arbeiten. Außerdem suche ich Adressen u. Informationen von Menschen, die in Bau- u. Schaustellerwagen in Form eines Reservates oder Dorfes zusammenleben.
Birgit Keller, 2381 Wohlde, Hauptstr.

ABBORTNEMONG

Ich red so gern mit meinem/r Briefträger/in, deshalb möcht ich die "grosse freiheit" per Post, gleich nach Erscheinen, für 10 Ausgaben haben

Name .....

Adresse .....

Unterschrift .....

25,– DM ....
.... DM ....
habe ich auf das PSchKto.
PSchA Hmb. Nr. 432377-208,
M. Jacob, überwiesen.

.... Scheck liegt bei.
.... Aboverlängerung
.... Neuabo

grosse freiheit
KLEINANZEIGEN

Bitte mit Schreibmaschine ausfüllen und einschicken:

Nernstweg 32,
2 Hamburg 50

Berlin! Mutter + Tochter (16 J.) wollen Berlin kennenlernen. Wer weiß urige, billige, private Übernachtungsmöglichkeit vom 22. - 26. Oktober? Tel. 800 67 58, Gnass

Suche Platz in Land-WG, möglichst mit eigenem oder gemietetem Haus mit Garten oder Leute zur Gründung einer solchen. Jörg, Tel. 040/56 32 90

Ich suche Zimmer in WG, bin 32 J., m., studiere an der HfBK im Bereich visuelle Kommunikation. Yüksel, Tel. 44 84 64

Fahrrad-Bastler und -Freaks gesucht zur Beteiligung und Mithilfe an neu einzurichtender Fahrradwerkstatt am Neuen Kamp (Nähe U-Bahn Feldstraße). Wer Lust hat, es gibt viel zu tun, z.B. aufräumen, mauern, malen, usw. – Martin, Tel. 38 73 43

Suche dringend wegen VHS Semesterbeginn Frauen mit Säugling, alleinstehende oder nicht zum gelegentlichen 'Einhüten' diskutieren von spezifischen Frauenproblemen m. Säuglingen (z.B. 'Zwangsprivatisierung'). Außerdem will ich nächstes Jahr d. ZBW (?) fortsetzen. Weiteres am besten per Tel., Sülldorf 87 57 20, Christiane

Wer Lust hat, in einer Männergruppe mitzumachen, ruft an: Clive: 439 84 32

Wir verkaufen Umweltschutzpapier in den verschiedensten Verarbeitungsarten. Fordert eine Preisliste an! Papyrus – Vorderer Lech 9 – 89 Augsburg

Dringend –
Wer weiß eine erschwingliche 1-Zi-Whg. (Miete bis 200 DM). Uli Sandau, Brockmannsweg 2a, HH 13, Tel. 44 38 79 (Billi)

Frau sucht Landkommune, in der sie weiterleben kann. Birgit 040/691 48 40, nach mir fragen.

Gebrauchte Hollandräder zu verkaufen. Tel. 49 32 27, nur freitags und samstags

Altonaer Frauen Initiative, Eulenstr. 60, Neue Telefonnummer! 390 29 24

Nora, die schönste Hündin von Hamburg, hat Nachwuchs gekriegt. Noch sind einige wenige zu haben. Tel. Marion + Petra 439 67 97

Die Cooperative Machiavelli in Florenz bietet jeden Monat italienische Sprachkurse an – 4 od. 5 Niveaus, je nach Sprachkenntnissen – 20 Stunden die Woche über vier Wochen.
Parallel zum Sprachkurs finden nachmittags Kulturveranstaltungen und Spezialkurse statt. In den Monaten Oktober und November wird von Experten eine Informations- und Diskussionsreihe über das Thema Psychiatrie und Antipsychiatrie in Italien gehalten. Wir warten auf euch.
Die Cooperative Machiavelli
Pizza Santo Spirito 4, Firenze
055/29 69 66

Antipädagogik – ich schicke euch Infos für Freiumschlag und 40 Pf (oder gern mehr) in Briefmarken. Förderkreis Freundschaft mit Kindern e.V., Ute Gruschka, Stedinger Str. 35, 2800 Bremen 1

P.S. ein Küßchen für Amerika sowie er wieder bei mein Brüderchen, euch eintrudelt aus

Ich hab läuten hören, daß auf der Strauß Demo ein Springerfotograf an der Sternschanze einem Taxifahrer Fotomaterial übergeben hat, um es zum Verlag zu fahren. Dort sind die Sachen nie angekommen. Derjenige soll sich mal vertrauensvoll melden, falls die Sachen noch nicht in den richtigen Händen sind. (z.B. an die gf)

Am Samstag (1.6.80) gegen Abend, dem letzten freien Samstag der Freien Republik, die Tage später von BRD-Aggressoren 'geräumt' wurde, übergab ich zu treuen Händen einem Sani mein CB-Handfunkgerät Marke 'stabo" Stratofon P6 nebst Ladegerät, das ich seitdem vermisse. Lieber Sani, auf der Rückseite der beiden Geräte steht meine Adresse. Ist diese nicht mehr leserlich, wende Dich vertrauensvoll an die Leute von der gf oder taz (hoffentlich hab ich jetzt nicht was falsch gemacht. – NÖ), ansonsten schicke es mir als unfreies Paket.
Ein Bürger der Freien Republik Wendland

TERMINE

2.10.

Norbert Hofmann liest seine Gedichte
Foolsgarden, 21.00

3.10.

Ratibor-Theater aus Berlin
Foolsgarden 21.00

4.10.

Aktionstag gegen das AKW-Brunsbüttel mit Demo in Brunsbüttel und Infoständen in Hamburg

5.10.

Erstes JUST-LIFE-Concert im Grünspan "So ein Tag, so wunderschön wie heute" ertönt es nach gewonnener Schlacht von den Rängen des Volksparkstadions oder wie auch immer die Arena andernorts heißen mag bevor am nächsten Morgen der graue Alltag das Hochgefühl einer alkoholisierten Fußballnacht verdrängt. Szenenwechsel, 5. Oktober, aus Spaß wird bitterer Ernst. Das Millionenspiel um die Zukunft zieht eine ganze Fußballnation in seinen Bann, selbst die nicht Sportbegeisterten lassen sich antörnen. Im Fernsehen nichts als gähnende Langeweile: Infa-Palast proudly presents Computerband Rudolf Rohlinger und die Schocker. Friedhofsruhe wie am Totensonntag. Nichts geht ab. No future? Denkste! Im Grünspan tobt das Leben, sozusagen ein Wahlendedankfest
Initiative 'Rock für alle', 17.30

7.10.

'Das autonome Wettrüsten – was können wir tun?'
Vortrag von Dr. Helen Caldicott
Hochschule für Bildende Künste 20.00

8.10.

Hans-Strich aus Heidelberg-Lieder
Follsgarden 21.00

10.10.

L'amour fou – Clownsein heißt Menschsein
Foolsgarden 21.00 + 24.00

Bildwechsel – Kultur- und Medienzentrum für Frauen e.v. Rostocker Str. 25, Tel. 24 63 84
4./5.
Fotokurs für Fortgeschrittene (Collagen, Colorieren, Tönen etc.)
Wir erheben einen Beitrag zur Ladenfinanzierung
9.10.
'Der Scharfrichter', von Ursula Reuter Christiansen, Dänemark 1971
16.10.
'Film about a woman who. . .' (Film über eine Frau die...), USA 1974
23.10.
"La Coquille et le clergyman" (Die Muschel und der Kleriker), Frankreich 1927
30.10.
"Execution. A study of Mary" BRD 1979

17.10.

NUALA
Foolsgarden, 21.00 + 24.00

18.10.

NUALA
Foolsgarden 21.00 + 24.00

22.10.

Bolivien Solidaritätsveranstaltung
Markthalle ca. 18.00

23.10.

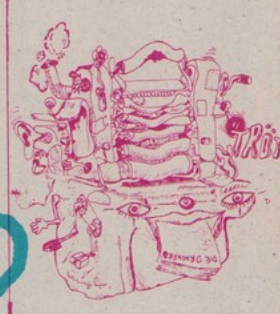
Wolf Kuhl, Blues u. Rock für und mit Publikum gegen das Warten
Foolsgarden 21.00

24.10.

Lieste Latina (Lateinamerika Solidaritätsfete
Peru-Gruppe, Uni-Mensa 19.30
Prozeß für die Einstellung der Lehrbeauftragten am SPZ
Landesarbeitsgericht, Altonaer Bahnhofsplatz 5, 11.Stock, Saal 1106, 13.30

Das war alles an Terminen, Leute. Liegt daran, daß ihr uns einfach nichts geschickt habt. Wenn wir, wie vielfach gewünscht, BI-Termine abdrucken sollen, müssen diese BIs ihre Termine auch an uns schicken.

DRUCKEREI IN ST. PAULI
SIMON-VON-UTRECHT STR. 85A
2 HH 6 TEL. 040/310154
OFFSETDRUCK BIS DIN A2



» Die Druckerei «
zollenspieker hauptdeich 54
2050 hamburg 80
tel. 7239810